

Politische Berichte

Zeitschrift für linke Politik



Tarifabschluss im öffentlichen Dienst: deutlich bei den Prozenten, aber kein Sockel

- *Griechenland: Nach dem Schuldenschnitt, vor der Parlamentswahl – S. 5*
- *Russland wählt Stabilität und Sicherheit – S. 7*
- *Landtagswahlen: NRW wählt Liste – Schleswig-Holstein: Interview mit Spitzenkandidat – S. 14*
- *Europäische Berufsbildungspolitik: Vergleich der Maurerausbildung in acht Ländern – S. 19*
- *Die Linke im Saarland nach der Wahl – S. 23*

mit Beilage „Rundschreiben“ der ArGe Konkrete Demokratie – soziale Befreiung

Ausgabe Nr. 4 am 5. April 2012, Preis 4,00 Euro

Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch!“. Fortgeführt vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR LINKE POLITIK
– ERSCHEINT ZWÖLFMAL IM JAHR

Herausgegeben vom Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Christiane Schneider, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Rüdiger Lötzer, Postfach 210112, 10501 Berlin, E-Mail: ruediger-loetzer@onlinehome.de – Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Thorsten Jannoff, Tel. 0209/81 53 43 oder 0178/2 87 75 71, E-Mail: t.jannoff@web.de

Diskussion / Dokumentation: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11/62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, E-Mail: pb@gnn-verlage.de

In & bei der Linken: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373. E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Letzte Seite: Alfred Küstler, Anschrift Aktuelles.

Die Mitteilungen der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Partei Die Linke Konkrete Demokratie – Soziale Befreiung“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, Venloer Str. 440, 50825 Köln und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-Mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 4,00 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabo kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Sozialabo: 46,80 €. Ausland: +6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck und Vertrieb: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

– zum Abonnieren – zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 1 Ausgaben für 5 € (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Streit um Betreuungsgeld in der Regierung

Financial Times, 1.4.; *Tagesspiegel*, 1.4., *Berliner Zeitung*, 31.3. rül. Die schwarz-gelbe Koalition steuert im Streit um das Betreuungsgeld auf eine Krise zu, weil immer mehr Unionsabgeordnete dem Gesetz im Bundestag nicht zustimmen wollen. In der Koalitionsvereinbarung hatten Unionsparteien und FDP bei Regierungsantritt auf Drängen insbesondere der CSU beschlossen, spätestens 2013 für Familien, bei denen mindestens ein Elternteil nicht arbeitet und die ihre Kinder im Alter bis drei Jahren auch nicht in eine Kita schicken wollen, ein sogenanntes „Betreuungsgeld“ von monatlich 150 Euro zu zahlen. Letzte Wochen kündigten nun 23 Abgeordnete der CDU an, einem entsprechenden Gesetzentwurf aus Bayern im Bundestag nicht zuzustimmen. Auch der CDU-Spitzenkandidat für die Landtagswahl in Schleswig-Holstein, Wirtschaftsminister Jost de Jager, sprach sich am Sonntag dagegen aus. Im November 2011 hatte der Koalitionsausschuss eine Zahlung vereinbart, die den Steuerzahler im kommenden Jahr rund 400 Mio. Euro kosten soll, 2014 wären sogar 1,2 Mrd. Euro fällig. Von 2013 an sollen an Eltern zunächst 100 Euro monatlich für Kinder im zweiten Lebensjahr und ab dem folgenden Jahr 150 Euro für die Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr gezahlt werden, die nicht in einer staatlich geförderten Krippe betreut werden. SPD und Grüne fordern einen sofortigen Stopp der Pläne. Die Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig (SPD), appellierte an Bundesfamilienministerin Kristina Schröder, sich einzuschalten. Die CDU-Politikerin will noch vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf vorlegen. Regional betrachtet kommt der Widerstand gegen das Betreuungsgeld vor allem aus den neuen Bundesländern. Hier ist das Angebot an Kitas für kleine Kinder weit höher als im Westen, der Anteil der Kinder, die zu Hause aufwachsen, entsprechend niedrig. Alle neuen Bundesländer, inklusive Berlin, hatten 2010 für mehr als 40% aller Kinder unter drei Jahren, zum Teil für mehr als 50% aller Kinder Kita-Plätze. In NRW dagegen gab es nur für 14% der Kinder unter drei Jahre Kita-Plätze, in Niedersachsen für 15,9%, in Baden-Württemberg und Bayern für 18,4 bzw. 18,6% der Kinder.

Aus Schweizer Sicht

Tagesanzeiger, 2.4. alk. Vor allem SPD-Politiker äußern sich empört: Die Schweiz schütze Steuersünder und verfolge jetzt sogar pflichtbewusste

deutsche Steuerbeamte aus NRW mit Haftbefehl. Hier zunächst einmal die Fakten aus Schweizer Sicht, wir zitieren den „Tagesanzeiger“ aus Zürich vom 2. April 2012:

„Für die deutsche Politik lief beim Datenkauf alles legal ab. Ganz wohl dürfte es den Fahndern bei dem Deal aber nicht gewesen sein. Das zeigt dessen Abwicklung.“

Es war ein stolzer Preis für eine einzige CD: 2,5 Millionen Euro zahlte das Bundesland Nordrhein-Westfalen im Februar 2010 für eine CD mit Namen von über tausend Kunden der Credit Suisse. Treibende Kraft hinter dem Deal waren die drei deutschen Steuerfachleute, gegen welche die Schweiz einen Haftbefehl erlassen hat. Die Daten entwendet hatte ein Schweizer CS-Mitarbeiter im Kanton Zürich. Über einen österreichischen Mittelsmann gelangten die Kundendaten nach Nordrhein-Westfalen.

Um die Spuren zu verwischen, schalteten die Steuerfachleute einen Strohmann dazwischen. Dieser, ein deutscher Notar, überwies dem österreichischen Mittelsmann zunächst 893 000 Euro auf dessen Konto bei einer Bank in Österreich. Als Grund für die Überweisung nannte der deutsche Notar eine mysteriöse „Erbschaft gemäß Aufteilungsvereinbarung“. Das machte die Bank stutzig. Sie erstattete eine Verdachtsmeldung an die zuständige Geldwäschereimeldestelle.

Die Antwort aus Deutschland: Die auf dem Konto des deutschen Notars liegenden 2,5 Millionen Euro dienten der Begleichung einer vertraglichen Verpflichtung des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen. Im Klartext: Die Behörden von Nordrhein-Westfalen schalteten den Notar als Strohmann ein, um über ihn die Zahlungen für den Schweizer Datendieb und dessen Mittelsmann abzuwickeln.

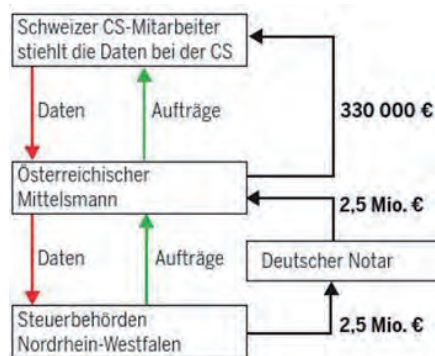
Das entging auch den Schweizer Behörden nicht. Die Bundesanwaltschaft (BA) stellte in der Folge verschiedene Rechtshilfesuche an die deutschen Behörden, um Klarheit über die Transaktionen auf dem Treuhandkonto des Notars zu gewinnen. Zudem ersuchte die BA um eine Einvernahme der an der Abwicklung des Datenverkaufs beteiligten Personen. Die Gesuche blieben trotz mehrmaliger Mahnung durch das Bundesamt für Justiz erfolglos. Im Frühjahr 2010 nahmen die Schweizer Behörden den Österreicher fest. Im September 2010 beging dieser in Untersuchungshaft in Bern Selbstmord.

Unklar ist, wie der Credit-Suisse-Mitarbeiter und sein österreichischer Mittelsmann miteinander ins Geschäft kamen. Die Bundesanwaltschaft geht von einem Zufall aus. Der CS-Mann soll ab 2007 aus Langeweile und „histo-

Politische Berichte im Internet: www.politische-berichte.de

rischem Interesse' angefangen haben, im CS-System nach gewissen Bankkundendaten zu recherchieren.

Die Ergebnisse seiner Recherchen notierte er von Hand auf Papier und trug die entsprechenden Dokumente jeweils in der Aktentasche mit sich herum – bis er sie Anfang 2008 in einem Fitnessstudio in Winterthur liegen ließ. Der glückliche Finder: der österreichische Mittelsmann. Er und der CS-Mitarbeiter sollen 'entfernte Bekannte' gewesen sein. Der Österreicher erkannte den Wert des Datenmaterials. Die beiden besiegelten ihr Geschäftsmodell. Im Herbst 2008 kam es zum ersten Treffen zwischen dem Österreicher und den deutschen Steuerfahndern.



So sieht die Schweizer Bundesanwaltschaft das Vorgehen der Steuerbehörden NRW (Grafik „Tagesanzeiger“).

Der CS-Mitarbeiter hatte zu den deutschen Behörden keinen Kontakt. Alles lief über seinen österreichischen Partner ab. Dieser nahm die Aufträge entgegen und leitete sie an den CS-Mitarbeiter weiter. Die deutschen Steuerfahnder wussten, was sie wollten: Namen, Kontoinformationen, bankinterne Unterlagen über das Geschäftsmodell. Der CS-Mitarbeiter lieferte. Für seine Dienste zahlte ihm sein österreichischer Partner gut 330 000 Euro. Im Dezember 2011 wurde der CS-Mitarbeiter vom Bundesstrafgericht in Bellinzona zu einer bedingten Gefängnisstrafe von zwei Jahren und einer Buße von 3500 Franken verurteilt. Wenig später weitete die BA das Verfahren auf die drei deutschen Steuerfahnder aus.“

Soweit der „Tagesanzeiger“ aus Zürich. Bei der Verfolgung von Straftaten sind manchmal auch besondere Ermittlungstechniken angebracht. Dabei gibt es allerdings ein Problem: Es waren keine Polizeibeamten, die da im Ausland auf Grundlage internationaler Vereinbarungen ermittelten, sondern Beamte der Finanzbehörden eines deutschen Bundeslandes. Was dürfen die? Welche gesetzlichen Grundlagen hatte ihr Handeln, sind diese international vereinbart? Viele offene Fragen. Zurückhaltung und Bemühen um Regelungen wären eher angebracht als forsche Beschuldigungen.

NPD-Verbot

Im Rahmen einer Aktuellen Stunde der Hamburger Bürgerschaft am 28. März zum Thema NPD-Verbot kritisierte die innenpolitische Sprecherin der Linksfraktion Christiane Schneider die Untätigkeit seit dem vor ziemlich genau neuen Jahren gescheiterten NPD-Verbotsantrag scharf:

Vor ziemlich genau neun Jahren scheiterte der NPD-Verbotsantrag der damaligen Bundesregierung, weil nach Auffassung einer Minderheit des Bundesverfassungsgerichts der Einsatz von V-Leuten auf den Führungsebenen der NPD ein nicht behebbares Verfahrenshindernis darstellte. Die unzureichende Vorbereitung und die inakzeptable Praxis des V-Leute-Wesens haben damals das Verbot zu Fall gebracht.

Neun lange Jahre wurden aus dem fahrlässig verursachten Scheitern des Verbotsverfahrens keine Konsequenzen gezogen. Ein neuer, dann besser vorbereiteter Verbotsantrag wurde von keinem der berechtigten Verfassungsorgane ernsthaft in Erwägung gezogen, die V-Leute, insbesondere die in führenden Positionen, machten dreist weiter, und hohe Geldsummen, Steuergelder!, flossen in die Erhaltung und den Aufbau von Nazistrukturen. Diese langen neun Jahre seit dem Urteil – das möchte ich dann schon sagen – sind Neonazismus und Rechtsextremismus nicht ernst genug genommen worden.

Insofern begrüßen wir, dass die Innenministerkonferenz jetzt die Frage des NPD-Verbots zumindest auf die Tagesordnung gesetzt und mit dem Abzug der V-Leute aus den Führungsebenen der NPD einen ersten Schritt in den Einstieg in ein neues Verfahren gemacht hat: Spät, sehr spät, unzureichend und immer noch unentschieden – aber immerhin, ein allererster Schritt ist getan. Jetzt müssen die nächsten Schritte folgen. Die V-Leute müssen samt und sonders abgeschaltet werden, denn es entbehrt jeder Logik, zehn abzuschalten, um 120 weiter arbeiten zu lassen. Damit wird ohne Not das erneute Scheitern eines Verbotsverfahrens riskiert. Nein, der Verbotsantrag muss gut und gründlich vorbereitet und dann vor allem auch gestellt werden!

Alles andere wäre ein fatales Signal, eine Entwarnung, die verhängnisvolle Fortsetzung der jahrelangen Unterschätzung der Bedrohung durch Neonazismus und Rechtsextremismus.

Wir haben immer gesagt, dass ein NPD-Verbot bei weitem nicht alle Probleme löst. Es löst das Problem rechter, rechtsextremer Auffassungen, es löst das Problem des Rassismus und auch das Problem anderer Spielarten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht. Die politische Auseinandersetzung mit Ideologien, die die Gleichheit der Menschen infrage stellen und

angreifen, ist und bleibt eine zentrale Aufgabe, der Zivilgesellschaft, der Politik, der staatlichen Institutionen.

Aber die NPD ist nicht einfach eine rassistische Partei.

Sie ist eine Partei, die rassistische Gewalt zum Programm erhoben hat,

- eine Partei, die die Würde des Menschen bestreitet und Rechtfertigung für gewalttätige Angriffe auf Andersdenkende, anders Aussehende, anders Lebende liefert;
- eine Partei, zu deren alltäglichem Repertoire die Drohung, die Bedrohung von Menschen gehört;
- eine Partei, deren Kader in erheblichem Ausmaß verurteilte gewalttätige Straftäter sind;
- eine Partei schließlich, die dem Kreis um das mörderische Trio, die den Mittätern und Unterstützern des braunen Terrors politische Heimat und organisatorische Unterstützung bot. Man kann es auch umgekehrt formulieren: Nicht wenige führende Mitglieder haben den braunen Terror des NSU aktiv unterstützt.

Völlig zu Recht schreibt Heribert Prantl in der „Süddeutschen Zeitung“, dass es in dem Verbotsverfahren gegen die NPD darum geht, die Gewalttätigkeit, die sich als Partei ausgibt, zu enttarnen. Es gibt eine Verbindungslinie zwischen der Ideologie der NPD, ihrer Programmatik, und der Gewalt, die von organisierten und unorganisierten Neonazis ausgeht und die seit 1990 zu über 180 Todesopfern geführt hat. Diese Verbindungslinie gilt es bloßzulegen. Und übrigens liegt hierin, in der Tarnung der Gewalttätigkeit als Partei, ein Hauptargument für die sofortige Abschaltung der V-Leute, aller V-Leute in der NPD. Mag der eine oder andere seine Dienste anbieten, weil er vielleicht Schlimmeres verhindern will: Im Großen und Ganzen handelt es sich bei den V-Leuten um vom Staat bezahlte Täter.

Vieles wird, vor allem aus liberaler und aus konservativer Richtung, gegen ein neues NPD-Verbotsverfahren eingewandt. Die Einwände und Argumente überzeugen nicht. Dass man das Gedankengut, das die NPD verbreitet, politisch bekämpfen muss, kann im konkreten Fall gegen das Verbot nicht ins Feld geführt werden. Dass ein Verbot nazistische Gewalt nicht verhindert, ist wahr, aber es delegitimiert die Begründungen und Rechtfertigungen für Gewalt und schwächt damit die Gewalttäter. Dass man die Verhältnismäßigkeit wahren müsse und der Staat angesichts der Bedeutungslosigkeit der NPD und im Hinblick auf das Parteienprivileg nicht überreagieren dürfe – dieser Einwand ignoriert nicht nur das reale Bedrohungspotenzial. Das Parteienprivileg gibt nicht das Recht, nazistischer Gewalt Programm und Rückhalt zu geben.

Deutlich bei den Prozenten, kein Sockel

Am 21. März erklärte der Verdi-Vorsitzende, Frank Bsirske, auf der Streik-Kundgebung in Köln: Wenn die Arbeitgeber von Bund und Kommunen ihren bisherigen Kurs fortsetzen, werde ein Streik organisiert, „wie es ihn 20 Jahre nicht gegeben hat“. Führten die Verhandlungen in der kommenden Woche nicht zu Lohnerhöhungen, „dann heißt es Urabstimmung und Arbeitskampf“. Eine Schlichtung zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern lehnte er ab. Auch die Arbeitgeber hatten zunächst erklärt, dass sie die Schlichtung nicht anrufen werden. Zu dem großen Streik wird es nun nicht kommen.

Nachdem die Arbeitgeber in der ersten Verhandlungsrunde gar kein Angebot vorgelegt hatten, unterbreiteten sie beim zweiten Verhandlungstermin ein völlig inakzeptables Angebot: bei einer Laufzeit von zwei Jahren im ersten Jahr ab Mai 2,1 Prozent, dann 2013 weitere 1,2 Prozent, dazu eine Einmalzahlung von 200 Euro. Eine soziale Komponente lehnten sie strikt ab, ebenso die geforderte dauerhafte Übernahme von Auszubildenden.

Das Angebot hätte z.B. für einen Gärtner oder Schlosser in Entgeltgruppe 5 nach 14 Jahren Beschäftigung in 2012 ein Plus von 50,90 Euro brutto bedeutet, in 2013 monatlich nur 29,69 brutto Euro mehr.

In der Forderungsaufstellung war allen Delegierten in der Bundestarifkommission ein Mindestbetrag besonders wichtig: die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen brauchen mehr Geld zum Leben. Inzwischen sind die Gehälter im öffentlichen Dienst so niedrig, dass z.B. das Gehalt eines Busfahrers mit 1 950 Euro brutto nicht mehr zum Leben reicht und er ergänzende Sozialhilfe beantragen muss.

„Gerecht geht anders: 6,5 Prozent, mindestens 200 Euro!“ Diese Parole war bei vielen Menschen angekommen, vor allem auch angesichts wieder sprudelnder Gewinne, steigender Managergehälter, der Debatte um „Ehrensold“ und „Rettungsschirme“. So beteiligten sich an den Warnstreiks sich in der ersten Woche 130 000 Beschäftigte, in der zweiten Warnstreikwelle stieg die Beteiligung weiter an auf ca. 250 000 Streikende.

Es ging auch um weitere Forderungen: Die Tabellenentgelte für den Bereich des Tarifvertrages Versorgung (z.B. Stadtwerke) sollen um 7,9% erhöht werden, die Entgelte der Auszubildenden und PraktikantInnen um 100 Euro, die Fahrtkosten zur Berufsschule muss der Arbeitgeber bezahlen; die technischen Beschäftigten bei den

Theatern müssen vom Geltungsbereich des TVöD erfasst werden; den Beschäftigten in den Flughäfen ist wegen der gestiegenen Anforderungen an „Safety und Security“ eine Zulage von 90 Euro monatlich zu zahlen; nach Abschluss der Tarifrunde wird über die Bezahlung in den Sparkassen verhandelt.

Die Verhandlungen mit zum Teil inkompetenten und nicht entscheidungsfähigen Arbeitgebervertretern waren von Rückschritten und Stillstand geprägt, alle Forderungen wurden zunächst abgelehnt: Eine Tarifeinigung werde es nur ohne soziale Komponente geben.

Das am 30. März vorgelegte Angebot sieht nun folgendes vor:

Die Löhne und Gehälter steigen zum 1. März 2012 um 3,5 Prozent, ab 1. Januar 2013 um 1,4 Prozent und ab 1. August 2013 um weitere 1,4 Prozent. Innerhalb von 10 Monaten bedeutet dies einen Sprung von 4,9 % in der Entgelttabelle, nach 18 Monaten werden insgesamt 6,3 % tabellenwirksam. Für den oben genannten Gärtner oder Schlosser be-



deutet dies innerhalb von 12 Monaten ein Plus von 120,05 Euro.

Die Auszubildenden haben bei bedarfsgerechter Ausbildung einen Anspruch auf eine unbefristete Anstellung, wenn sie sich im ersten Jahr nach dem Ausbildungsende „bewährt“ haben. Die Ausbildungsvergütungen steigen zum 1. März 2012 um 50 Euro und zum 1. August 2013 um weitere 40 Euro. Bei den Fahrtkosten für Auszubildende zu auswärtigen Berufsschulen übernehmen die Arbeitgeber künftig die Kosten oberhalb eines Eigenanteils.

Die Beschäftigten an Flughäfen mit mindestens fünf Millionen Passagieren erhalten 2012 eine Sonderzahlung von 600 Euro (bei weniger Passagieren: 200 Euro). Verhandlungen über eine Ertragsbeteiligung der Beschäftigten an Flughäfen ab 2013 werden 2012 geführt. Weitere Verbesserungen gab es für die Beschäftigten im Bereich der Versorgungsbetriebe.

Großer Streitpunkt war die Frage der Urlaubsdauer. Nach der aktuellen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts, das die Diskriminierung jüngerer Beschäftigter (bisher 26 Tage Urlaub, ältere Beschäftigte 30 Tage) gerügt hatte, erhalten nun ab 2013 alle

Beschäftigten einheitlich 29 Tage Urlaub (ab 55 Jahre: 30 Tage). Wer nach der bisherigen Regelung schon jetzt Anspruch auf 30 Tage Urlaub hatte oder ihn 2012 erlangt, behält diesen Anspruch auch zukünftig (Besitzstand). Dies bedeutet eine Verbesserung für jüngere Beschäftigte und eine Verschlechterung für die Älteren. Die Arbeitgeber drohten, dass sie bei Nichtzustimmung zu diesem Vorschlag die bestehende Urlaubsregelung aus dem Manteltarifvertrag zum 31.12.12 kündigen werden. Damit würden nur noch die bereits angestellten Beschäftigten in der Nachwirkung der bestehenden Urlaubsregelung bleiben, neu eingestellte Beschäftigte hätten dann nur noch einen Urlaubsanspruch nach dem Bundesurlaubsgesetz (24 Tage). Diese massive Drohung zeigte Wirkung.

Die Verdi-Bundestarifkommission für den öffentlichen Dienst hat sich nach sehr langer Debatte und wiederholten Abstimmungen mit knappen Mehrheiten dafür ausgesprochen, den Mitgliedern in einer Befragung das Angebot zur Annahme zu empfehlen.

Kritisch wurde die Tatsache diskutiert, dass es nicht gelungen ist, in irgendeiner Form eine soziale Komponente durchzusetzen. Berücksichtigt werden musste aber auch die Frage, welche wirtschaftlich wichtigen Betriebe gegen das vorliegende Arbeitgeberangebot mobilisiert werden können. Die Beschäftigten in den Versorgungsbetrieben wären es jedenfalls nicht gewesen. Ihre Gehälter sind eher im oberen Bereich angesiedelt und schon im Vorfeld hatten sie sich für eine reine Prozentforderung ausgesprochen. Auch die Beschäftigten in den streikfähigen Bereichen der Krankenhäuser profitieren überwiegend von der prozentualen Erhöhung. Der Nahverkehr hätte zwar in vielen Bundesländern in den Städten stillgestanden, der wirtschaftliche Schaden eines Streiks in diesem Bereich ist aber eher gering einzuschätzen. Hinzu kam die Überlegung, dass die Arbeitgeber signalisiert hatten, nun doch die Schlichtung anrufen zu wollen. In dieser Schlichtung hätte Georg Milbradt (ehemaliger Ministerpräsident Sachsen) als Arbeitgebervertreter mit Stimmrecht gesessen.

Letztlich überwog bei der getroffenen Entscheidung der Bundestarifkommission die Einschätzung, dass es bei einer Schlichtung und dann anschließend notwendigem langem Erzwängungsstreik sehr schwierig gewesen wäre, ein besseres Angebot als das vorliegende herauszuholen.

Marion Pufal

Nach dem Schuldenschnitt, vor der Parlamentswahl

Ende April wird in Griechenland neu gewählt. Das Vertrauen der griechischen Wählerschaft zu den Parteien ist untergraben. Wird sich die nächste Regierung an die Abkommen gebunden fühlen, die in den letzten Monaten zwischen dem griechischen Staat, den Institutionen der EU und dem Internationalen Währungsfonds IWF bzw. der Weltbank getroffen wurden? Die europäischen und internationalen Institutionen scheinen das zu erwarten. Dagegen sprechen Wählerumfragen, die den bisher Verantwortung tragenden Parteien, der sozialdemokratischen Pasok und der konservativen Neo Demokratia, verheerende Verluste voraussagen. Dafür sprechen Umfragen, nach denen ein überwältigend großer Teil der griechischen Bevölkerung will, dass das Land in der Euro-Zone verbleibt.

Auf der politischen Linken wird in ganz Europa darauf hingewiesen, dass der Staatsumbau, der in Griechenland ansteht, auf Kosten der Lebenschancen der breiten Bevölkerung vollzogen wird. Nicht wenige Ökonomen meinen, dass die Senkung der Staatsausgaben die griechische Wirtschaft immer nur noch tiefer in die Rezession drücken wird, so dass die Steuereinnahmen weiter sinken und das Staatsdefizit

allen Einsparungsmaßnahmen zum Trotz weiter zunehmen würden. Nicht umstritten ist der unfertige Zustand der griechischen Staatsorganisation. Der moderne Steuerstaat, der sich in Zentraleuropa aus der feudalen Domänenwirtschaft herausentwickelt hat, muss in Griechenland noch vollendet werden. Die Einzelheiten der technischen Organisation des Steuerstaates sind die eine, schwer durchschaubare Sache. Handgreiflich hingegen sind die Grundsätze: Keine Klasse oder Schicht darf von der Steuerpflicht ausgenommen werden. Die Besteuerung muss auf die Leistungsfähigkeit der Steuerpflichtigen Rücksicht nehmen. Die Staatsausgaben müssen transparent nachgewiesen werden. Auch in den Staaten, die Industriegesellschaften im Zustand der Reife darstellen, müssen diese Prinzipien stets aufs Neue verfochten werden. Als Grundsätze der Staatsorganisation sind sie jedoch anerkannt. Die Geschichte der Westausrichtung griechischer Staatsbildung setzt mit der Loslösung aus dem osmanischen Herrschaftsverband ein, führt leidvoll durch die Zeit der Weltkriege, enthält Erfahrungen mit der modernen Barbarei des deutschen Faschismus und führt schließlich in die Europäische Union.

Wie bekannt, hat die EU eine Reihe von Verfahren entwickelt, die an der europäischen Integration interessierten Staaten ermöglichen, sich auf die Bedingungen einzustellen, die in diesem Wirtschafts- und Herrschaftsraum angetroffen werden. Unklar und nicht diskutiert ist bis zum heutigen Tag, wieso die Institutionen und Mitgliedsstaaten der EU das griechische Staatswesen ohne die erforderlichen Umbauten passieren ließen. Ein wichtiger Punkt dabei dürfte sein, dass der griechische Staat und seine Militärmacht angesichts der staatssozialistischen Ländern auf dem Balkan und vor allem gegenüber der Türkei bei Laune gehalten wurden. Unbestritten ist, dass ein nicht unerheblicher Teil der griechischen Staatsschuld auf überdimensionierte Rüstung zurückgeht. Vor diesem Hintergrund ist einzusehen, dass die Institutionen und Mitgliedsstaaten der EU Griechenland eine faire Chance bereiten müssen, den erforderlichen Staatsumbau zu bewerkstelligen.

Der Ausgangspunkt der griechischen Finanzkrise sind unzulängliche politische Strukturen. Offenbar wurden

diese Mängel aber nicht in einer Diskussion über politische Normen und Sitten, sondern durch das Urteil der Märkte. Zum Verständnis dieses Vorgangs ist ein Blick auf die Wirtschaftsgeschichte Zentraleuropas hilfreich. Staatsanleihen treten im neuzeitlichen Europa neben die Steuereinnahmen, wenn außergewöhnliche Staatsausgaben anfallen. Klassische Felder dafür sind Investitionen in die Infrastruktur und, nicht zuletzt, Finanzierung von Feldzügen. In beiden Fällen erwarten die Anleihegeber einer Rückzahlung des Kredits durch den Staat. Sie wird entweder durch Kontributionen finanziert, die dem unterlegenen Kriegsgegner auferlegt werden, oder aus den erhöhten Einnahmen, die dem Staat letztlich erwachsen, wenn öffentliche Einrichtungen die Prosperität heben.

Die Finanzierung des Kriegs durch Staatsanleihen wurde in Deutschland letztmalig im Ersten Weltkrieg propagiert, indem die Bürger ganz offen mit dem Versprechen einer Dividende auf Sieg geködert wurden und mit der Niederlage auch ihre Ansprüche verloren. Bereits im Zweiten Weltkrieg wurde die Finanzierung verschleiert, der Durchgriff auf Sparguthaben und Forderungen an die Rentenversicherung erfolgte über das Bankensystem, eine Zustimmung von Bürgern, wie beim Kauf von Kriegsanleihen der Fall, konnte so umgangen werden. Seit dem Ausgang des 18ten Jahrhunderts existiert eine Kritik an der Verwerflichkeit von Kriegsanleihen.

Warum überhaupt Staatsanleihen? Das ist sinnvoll, wenn öffentliche Investitionen erforderlich sind, die aus den laufenden Steuereinnahmen nicht bestritten werden können, aber zum Wirtschaftswachstum beitragen, wenn es gut geht, so viel und mehr, wie die Kosten für Zins und Tilgung ausmachen. Es liegt auf der Hand, dass eine Finanzierung von Rüstungsausgaben über die Staatsschuld diesem Kriterium niemals genügen kann. Es muss aber auch gesagt werden, dass die Finanzierung laufender Sozialleistungen durch Verschuldung ins Desaster führt. Zur Finanzierung solcher laufenden Ausgaben müssten die entsprechenden Steuern durchgesetzt werden.

Vor allem im Zusammenhang mit der Altersvorsorge entsteht in den modernen Industriegesellschaften ein Bedürfnis nach sicherer Anlage von Ersparnissen. Der wirtschaftlich solide Staat kann diese Ersparnisse zur

Umfragen zur Wahl

Die konservative Nea Dimokratia gibt sich rechts und nationalistisch; sie liegt in Umfragen bei 23 Prozent. Die sich selbst als sozialistisch bezeichnende Pasok wird vom bisherigen Finanzminister geführt und säubert gerade nicht auf Linie liegende Parteimitglieder raus. Sie liegt bei 13,5 Prozent. Jeweils 12,5 Prozent erreichen die Kommunistische Partei (traditionalistisch) und das Linksbündnis Syriza. Etwa zehn Prozent sind für die Demokratische Linke (Abspaltung von Pasok und Syriza) gesetzt. Auf jeweils um die fünf Prozent kommen drei rechte Parteien: die auf antideutsche Ressentiments setzenden Unabhängigen Griechen, die Chrysi Avgi (Schlägertrupp, nationalistisch, antisemitisch) und das Sammelbündnis Laos. Bei einer Drei-Prozent-Klausel fürs Parlament ist mit wahrscheinlich neun Parteien zu rechnen; eine stabile Mehrheit z.B. eine Fortsetzung des Bündnisses aus Konservativen und Pasok ist danach nicht in Sicht.

Finanzierung öffentlicher Aufgaben günstig heranziehen. Günstig, weil und solange er den Anliegern langfristige Sicherheit ihrer Ersparnisse verspricht, günstig, weil diese Art Anleger mit niedrigen Zinsen zufrieden ist.

Die Konstruktion ist nur so lange stabil, wie die Sicherheit der Staatsanleihen gegeben ist. Auf diese Annahme gründet sich jedenfalls die EU-Politik zur allgemeinen Rückführung der Staatsverschuldung. Zwischen Links und Rechts umstritten ist, ob dies durch Ausgabenreduzierung oder durch Einnahmeverbesserung geschehen soll. Selbstverständlich brauchen auch solche Verschiebungen Zeit, aber sie können in den gegebenen rechtlichen und politischen Strukturen vollzogen werden.

Zum Verständnis der griechischen Situation gehört aber, dass hier die staatliche Struktur selbst verändert werden muss, d.h. das griechische Staatswesen muss umgebaut werden, die politische Ungewissheit drückt sich wirtschaftlich als verheerendes Rating aus. Der griechische Staat kann das Vertrauen der Anleger erst dann zurückgewinnen, wenn die Modernisierung ganz eindeutig und unbezweifelbar auf dem Weg zum Erfolg ist. Staat und Wirtschaft Griechenlands brauchen eine Zeitspanne, in der sie sich vom Vertrauen der Anleger / Sparer unabhängig neu sortieren können. Diese Zeitspanne hat die Krisenpolitik der EU und der griechischen Übergangsregierung dem Land im Wesentlichen dadurch verschafft, dass die Anleger, die auf hohe Zinsen griechischer Staatspapiere spekuliert hatten, mit in die Verpflichtung genommen wurden, und, noch viel wichtiger, dass die Kapitalaufnahme, die Griechenland jetzt, in der Zeit seines Umbaus braucht, von

den Staaten und Einrichtungen der EU abgesichert werden. Wie geschah das im Einzelnen?

Mitte März fand der lange diskutierte Schuldenschnitt für griechische Staatsanleihen in der Hand nichtstaatlicher Anleger statt.

Private Gläubiger

Der griechische Staat hat im Einvernehmen mit den EU-Staaten und den großen Gläubigern, also Banken, Pensionsfonds, Versicherungen, 177,2 Milliarden Euro seiner Staatsschulden entwertet – rund 85 Prozent der privaten Gläubiger hatten zugestimmt, der Rest wurde per Gesetz durch das griechische Parlament dazu gezwungen.

Die Gläubiger mussten ihre alten Staatspapiere zurückgeben, erhielten neue Papiere mit nur noch 46,5 Prozent des ursprünglichen Nennwerts. Wer also 100 Euro griechische Staatsanleihen hielt, musste damit auf 54,50 Euro verzichten. Außerdem ist die Verzinsung der neuen Papiere niedriger, so dass einschließlich der ursprünglich zu erwartenden Zinsen, der Verlust rund 74 Prozent der ursprünglichen Forderungen beträgt (zu den Details der Abwicklung siehe den Kasten aus „Spiegel-Online“). Eine Rückzahlung der Schulden war diese Maßnahme aber nicht, die Gläubiger haben weiterhin nur Papiere mit einem Zahlungsverprechen in der Zukunft, also auch der Ungewissheit, ob dieses Versprechen sich realisieren wird. Daran ändert die Zusage der EU prinzipiell nichts, dass diese Gläubiger, bei einem weiteren Zahlungsausfall griechischer Staatspapiere nicht erneut herangezogen werden sollen – es verringert sich nur das Risiko.

Die Staatsschulden Griechenlands sind durch diese Operation um 105 Mil-

liarden verringert worden – entsprechend hoch sind Verluste der Gläubiger.

Ausfallversicherungen sind kein Risiko

Diese Schuldenstreichungsoperation war auch deshalb möglich, weil die Kreditausfallversicherungen im Gegensatz zu früheren Finanzkrisen nicht zu einem großen Problem werden konnten. Zwar waren auch viele griechische Staatsanleihen durch sogenannte „Credit Default Swaps“ abgesichert und der zuständige Verband hat auch ein sogenanntes Kreditereignis festgestellt, d.h. die Versicherung muss dafür eintreten, dass ein Investor sein Darlehen nicht oder nicht vollständig zurückerhält. Auch wenn es keine exakte Übersicht über die abgeschlossenen Kreditausfallversicherungen gab (rund 70 Milliarden Forderungen sollen abgesichert gewesen sein), waren die Reaktionen auf den Ausfall gering – nicht vergleichbar mit der Pleite der Lehmann-Bank, die damals beinahe auch noch den größten Versicherer auf diesem Sektor, die US-Gesellschaft AIG, in die Insolvenz brachte. Die Erklärung: Viele der jetzt vom Ausfall betroffenen Banken waren nicht nur Versicherungsnehmer, sondern traten sozusagen als Gegenwette selber als Versicherer auf. Die Fachzeitschriften meinen, dass tatsächlich nicht mehr als 2 bis 3 Milliarden Euro Ausfälle als Versicherungszahlungen fällig wurden (an denen haben dann natürlich welche verdient und andere verloren).

Keine Pleite, aber nicht aus der Krise

Die Entlastung von 105 Milliarden Euro Staatsschulden ist für Griechenland zwar spürbar, aber die Probleme sind damit nicht geschafft. Der griechische Staat hat weiterhin Staatsschulden von rund 120 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung. Derzeit schrumpft die griechische Wirtschaft; die staatliche Verwaltung unternimmt Anstrengungen sich zu reformieren. Um diese Anpassungsprozesse zu befördern, haben sowohl die EU als auch der Internationale Währungsfonds IWF neue niedrigverzinsliche Kreditzusagen an Griechenland gemacht.

Ausblick

Hoffentlich finden die griechischen Parteien den Weg zu einer Regierung, die für einen ausgewogenen Verteilung der Lasten sorgt, durchsetzt, dass sich alle Erwerbstätigen und Vermögenden angemessen an der Finanzierung der öffentlichen Aufgaben beteiligen, so dass bessere Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Wirtschaft des Landes eintreten. Ein springender Punkt wird die Frage der Rüstung/Abrüstung sein.

Alfred Küstler,
Martin Fochler

Was erwartet Anleger? (aus Spiegel-Online):

Hier ein Rechenbeispiel, für eine alte Anleihe über 1000 Euro. Für sie erhalten die Investoren neue Papiere über 465 Euro, die sich wie folgt aufgliedern:

- 315 Euro werden in neuen Anleihen des griechischen Staates ausgezahlt. Die Anleihen sind nach britischem Recht ausgegeben und haben eine Laufzeit von 30 Jahren. Die Zinsen sind gestaffelt. Sie beginnen bei zwei Prozent und steigen im Laufe der Zeit auf bis zu 4,3 Prozent. Ab 2022 sollen jedes Jahr fünf Prozent des Geldes an die Gläubiger zurückgezahlt werden.
- Um die Zinserträge möglicherweise noch etwas aufzupeppen, gibt es zusätzlich einen sogenannten Besserungsschein: Er bringt ab 2015 bis zu ein Prozent zusätzlich Zins, wenn die griechische Wirtschaft im Vorjahr entsprechend gut gewachsen ist.

- 150 Euro sollen in bar an die Investoren ausgezahlt werden, als Anreiz, am Schuldenschnitt teilzunehmen. Dazu stehen aus dem zweiten Hilfspaket von EU und Internationalem Währungsfonds insgesamt 30 Milliarden Euro als sogenannte Sweetener bereit – zu Deutsch: Süßungsmittel. Das Geld soll aus dem europäischen Rettungsfonds EFSF kommen, es fließt allerdings nicht sofort, sondern erst im Verlauf der nächsten ein bis zwei Jahre. Für die Zwischenzeit erhalten die Gläubiger niedrig verzinsten Anleihen des EFSF mit einjähriger und zweijähriger Laufzeit.

- Zusätzlich gibt es weitere EFSF-Anleihen mit sechsmonatiger Laufzeit. Sie sollen die Zinsen der alten Griechenland-Papiere ausgleichen, die wegen des Umtauschs nicht mehr ausgezahlt werden können.

Russland wählt Stabilität und Sicherheit

Bei der Jahrestagung des Trägervereins der Politischen Berichte referierte am 1. April Wolfgang Grabowski (Rosa Luxemburg Stiftung, ehemals Botschafter der DDR in Indien, lange Jahre Aufenthalt in Russland) zum Verhältnis EU Russland und der aktuellen gesellschaftlichen Entwicklung. Sein Vortrag wurde mit großem Interesse aufgenommen und seine Thesen kontrovers und lebhaft diskutiert. Im Folgenden geben wir die schriftliche Fassung des Vortrags zu den zurückliegenden Präsidentschaftswahlen wieder. Mit der nächsten Ausgabe der Politischen Berichte erscheinen als Beilage die Ergebnisse der Jahrestagung, die dann noch den Aufsatz von Wolfgang Grabowski zur russischen Linken enthalten werden.

Die Würfel sind gefallen. Wie in unzähligen Umfragen in Russland, auch durch das kremlikritische Lewada-Institut, ziemlich genau vorausgesagt wurde, hat sich Wladimir Putin durchgesetzt und das mit ziemlicher Deutlichkeit.

Gründe für den Wahlerfolg

Die große Mehrheit der Bevölkerung wünscht Stabilität, soziale und äußere Sicherheit, Umbrüche und Gewalt will man nicht.

Viele der älteren und mittleren Generationen erinnern sich noch gut an die Wirren der Jelzin-Zeit, an die wilde Privatisierung und den Niedergang Russlands. Wer kann schon vergessen, dass in kurzer Zeit zweimal sämtliche Ersparnisse verloren gegangen waren, 1991/92 und während des Zusammenbruchs der Staatsfinanzen 1998. Renten und Gehälter wurden oft nicht gezahlt. Russland wurde ein hoch verschuldeter, mit Kernwaffen ausgerüsteter, gefährlicher Notfall.

Mit Putin trat 1999 die Wende ein. Er setzte die Anstrengungen fort, die der von Jelzin notgedrungen Weise eingesetzte, im Kreml verhasste Premierminister Jewgenij Primakow zur Abwendung des Absturzes Russlands eingeleitet hatte. Dieser auch heute noch hoch geachtete, links-zentristische Politiker brachte in einer Rede im Merkurij-Klub am 13. Januar die Meinung einer großen Mehrheit der Wähler auf den Punkt:

„Putin halte ich für die optimale Figur für diese Wahlen. Wie bei jedem Politiker, gab es auch bei Putin Fehlleistungen, die besonders in der Kadernpolitik zu spüren waren. Aber entscheidend ist, dass Putin sich eindeutig als Kämpfer gegen den Terrorismus, für die territoriale Integrität unseres Landes, für eine evolutionäre Fortentwicklung ohne jegliche ‚bunten Revolutionen‘, für wirtschaftliche Stabilität unter den Bedingungen der Krise in der

Welt, für die Verbesserung des Lebens der Bevölkerung, für die Sicherheit Russlands bewährt hat. Ihn zeichnet aus, dass er einerseits Konsequenz bei der Verteidigung prinzipieller Positionen an den Tag legt, und andererseits ist ihm Starrköpfigkeit fremd, wenn das Leben neue Ansätze zu von ihm getroffenen Entscheidungen erforderlich macht.“

Aufschlussreich sind das Interview im „Neuen Deutschland“ mit Alexander Rahr vom 25./26. Februar und sein jüngstes Buch „Der kalte Freund. Warum wir Russland brauchen“ (R. ist einer der profunden Russlandexperten in Deutschland).

Er schreibt in seinem Buch: „Putin hatte ein Land mit leeren Staatskassen, funktionsunfähigem Staatsapparat, existenzbedrohter Wirtschaft, unausgereifter Marktwirtschaft, eskalierenden Clankämpfen um die Kontrolle der wichtigsten Industriezweige, brachliegendem Sozialsystem, separatistischen Tendenzen mit gefährlicher Sprengkraft, ausufernder Korruption, überdimensionaler Kriminalität und äußerst schwacher Stellung im Koordinatensystem der internationalen Beziehungen geerbt ... Putin ... stellte das Staatsmonopol über die wichtigsten Industriezweige wieder her, drängte durch massiven Militäreinsatz den Separatismus in Tschetschenien zurück und brachte Russland als handlungsfähigen Akteur wieder in die erste Liga der Weltpolitik, gab vielen Russen die Würde zurück...“

Milliarden aus dem Petro-Dollar Stabilitätsfonds wurden für die Gesundheitsreform, soziale Wohnbauprojekte und die Modernisierung von Bildungseinrichtungen verwendet, der Durchschnittsverdienst auf 750 \$ erhöht (2000 etwa 70 \$, d. A.).“

Rahr beschreibt, wie Russland die schweren Folgen der Weltkrise überwunden hat, in der der russische Staat ca. 40 Milliarden \$ Anlagekapital in den USA und durch Kapitalflucht 230 Mrd. \$ verloren hatte. Ein Viertel des Stabilitätsfonds (200 Mrd. \$) wurde für die Rettung angeschlagener Banken und Industriekombinate aufgewendet. Im Westen war man überrascht, wie großzügig die Putin-Regierung in den schwersten Monaten der Krise ihren sozialen Verpflichtungen nachkam, Russland gar den Rest seiner Auslandsschulden bezahlt hat, 5 Mrd. \$ für die Stabilisierung des Arbeitsmarktes einsetzte.

Michael Harms, Leiter der Außenstelle der deutschen Wirtschaft in Moskau fand heraus, dass 2010 die Wirtschaft um 4 %, die Industrie um 8 %, ausländische Investitionen nach 21 %

Minus in der Krise auf plus 40 % (zum Krisenvorjahr) gestiegen waren.

Russland hat mit 635 Mrd. \$ heute mehr Gold- und Valutareerven als vor der Krise (Bank of Finnland, Russland-Analysen, Nr.229, 18.11.11)

Ein weiterer Grund für das Wahlergebnis: Putin lag richtig, als er sich im Wahlkampf nicht auf die oberflächlichen Wahldeuile im Fernsehen eingelassen, sondern inhaltliche Positionspapiere zu den akuten Herausforderungen vorgelegt hatte. Für eine Mehrheit in der Bevölkerung festigte sich der Eindruck, dass nur Putin in der Lage ist, die anstehenden gewaltigen Probleme zu schultern. Für diese Mehrheit waren die Angebote seiner Konkurrenten nicht überzeugend, teilweise populistisch-marktschreierisch. Die sieben Artikel Putins, die in verschiedenen Zeitungen erschienen sind, stellen ein komplexes, pragmatisches Arbeitsprogramm dar. Putin hat es geschafft, eine diskussionsfähige Vorlage für einen gesellschaftlichen Dialog zu formulieren. Er hat diesen Dialog faktisch noch vor der Wahl angestoßen, und die Leute begrüßen das.

Viel diskutiert wird Putins Wirtschaftsstrategie. Mehrheitsfähig sind seine Überlegungen über die weitere Stärkung des Staates in der Wirtschaft, über eine Industriepolitik, für die Stärkung des unternehmerischen Mittelstandes vor allem in Produktion und Hightech, zur Transparenz bei der Vergabe staatlicher Investmittel, zur sozialen Funktion des Staates, über die „Luxussteuer“, seine „Kampfansage“ an die Offshore-Aristokratie, wie sich Michail Deljagin, Direktor des Instituts für Probleme der Globalisierung und Arbeitspartner der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau in einem Artikel in der „Nesawissimaja Gaseta“ am 2. Februar ausdrückte. Volle Unterstützung findet die Hervorhebung der Reintegration des postsowjetischen Raumes, was von „unseren westlichen Konkurrenten und damit vom liberalen Klan (in Russland) kategorisch abgelehnt wird“. (M.D.)

Putin hat auch mit seinem Papier über die Stärkung der Streitkräfte und der Verteidigungsindustrie als Motor der Modernisierung den Nerv seiner Wähler getroffen. Mit der Übertragung der Verantwortung für diesen Bereich an Rogosin wurde eine wichtige Kaderentscheidung getroffen. Man teilt die Beurteilung der Gefahren aus Nato-Osterweiterung und Stationierung der US-Raketenabwehr. Einmischung, so durch den neuen Botschafter der USA, und „bunte Revolutionen“ werden strikt abgelehnt. Auch der Vorwurf populistischer Angstmache mit dem Wes-

ten, der von den neoliberalen Prowestern vorgebracht wird, kommt nicht gut an. Viel Unterstützung findet sein außenpolitisches Programm des Ausgleichs und der Gewaltlosigkeit, der Entwicklung enger Beziehungen mit China und den anderen BRICS-Staaten*, seine souveräne, auch manchmal kantige Haltung bei Unzumutbarem (Rede in München 2007).

Nach den Wahlen

Putin hat sich einen Tag nach den Wahlen mit seinen Wahlkonkurrenten getroffen. Er schlug diesen eine enge Zusammenarbeit vor. Der Vorsitzende der Kommunistischen Partei (KPRF) Gennadij Sjuganow zog es leider vor, dem Treffen fern zu bleiben. Eine konstruktiv-kritische Auseinandersetzung mit den Strategiepapieren Putins und der künftigen Politik des Kreml dürfte aber in der Gesellschaft eine positive Resonanz finden und würde sicher dem zu beobachtenden Prozess verstärkter linker Entwicklungen förderlich sein, die in der Fernsehdebatte zur Wahlauswertung wie auch im Primakow-Beitrag angemerkt wurden (Ergebnisse der Dumawahlen, Aufgreifen linker Positionen im Agieren von Putin). Sie würde ein produktives Korrektiv sein. Ein vorurteilsfreier, sachbezogener Positionsvergleich dürfte nicht wenige Schnittstellen offenbaren: „Luxussteuer“, angekündigtes Vorgehen gegen die „Offshore-Aristokratie“, Rolle des Staates in der Wirtschaft, Industriepolitik, Problem der gewachsenen Einkommensungleichheit, Zurückweisung der Nato-Osterweiterung und der Antiraketenpläne, der Dominanzbestrebungen der USA, von Einmischungsversuchen, die Ablehnung des westlichen Vorgehens im Nahen Osten, sowie die Überlegungen zur Schaffung einer Eurasischen Union im postsowjetischen Raum, die Vertiefung der Zusammenarbeit mit China, der Schanghaier Organisation für Zusammenarbeit und der BRICS.

Über diesen Weg könnten auch die Bestrebungen der KPRF an Kraft gewinnen, sich von den rechten, neoliberalen Kräften in der Protestbewegung zu distanzieren.

Es zeichnet sich ab, dass Putin bemüht sein wird, den Dialog über die von ihm vorgelegten Sachvorstellungen rasch in Gang zu setzen und, so weit wie möglich, inhaltliche Angebote mit einzubinden. Für die Arbeit danach hatte er bereits vor einiger Zeit Kaderveränderungen herbeigeführt. Neuer Chef der Präsidentenadministration ist Sergej Iwanow, ein enger Vertrauter noch von der KGB-Zeit her. Dieser sitzt bereits mit Stäben von Spezialisten am Feinschliff für die wichtigsten Arbeitsvorhaben. Zentral werden zunächst die Baustellen sein, die für viel Unmut unter der Bevölkerung, auch der

eigenen Wählerschaft gesorgt haben. Putin hatte ja im Wahlkampf genügend Gelegenheit gehabt, auch gesucht, sich diesem zu stellen. Korruption, Machtmissbrauch, Verquickung des Beamtenapparates und von Funktionsträgern mit der Privatwirtschaft zum Zwecke der Schaffung von Monopollösungen, Vetternwirtschaft, Behinderung kreativer, unternehmerischer Tätigkeit von Mittelständigen durch korrupte Beamte, geringe Durchsetzungskraft getroffener Entscheidungen (Anti-Korruptionsgesetz), Kritik am Gesundheitswesen, gravierende Probleme der Kommunal- und Hauswirtschaft, die vor allem die Mittelschichten, die Wohnungseigentümer, auf die Palme bringen.

Putin war offensichtlich über das Ausmaß der Protestbewegung überrascht und nimmt sie sehr ernst. Trotz ihres engen Zusammenwirkens mit dem Westen geht von den neoliberalen Altoppositionellen, wie Nemzow, Kasjanow, Kasparow, Ryschkow keine wirkliche Gefahr aus. Diese hatten versucht, sich an die Spitze der Bewegung zu stellen. Extreme Aufrufe, wie den von Kasparow an die USA, mit Russland wie mit Libyen umzugehen (Infox.ru, 22.11.2011), finden in der Gesellschaft keinerlei Verständnis. Diese Neoliberalen haben keinen ernsthaften Widerhall, sie haben sich durch ihr Versagen in der Vergangenheit und ihren Dienst für Jelzin verschlissen, sind nicht mehr wählbar. Es geht auch nicht um den vom Westen hochstilisierten Blogger Nawalnij, trotz seiner gefährlichen, vor allem gegen die Kaukasier gerichteten chauvinistischen Attacken (russische Märsche). Und der Kaukasus ist schließlich immer noch ein Pulverfass.

Es geht um die vielen jungen Leute, gut Ausgebildete und Anspruchsvolle (über 70% der Demonstranten am 24. Dezember 2011 haben einen Hochschulabschluss), die spüren, dass sie etwas durchsetzen können. Sie sind keine Straßenkinder, wie Putin es in seiner Arbeiterfamilie war, sondern leben in mehr oder weniger gehobenem Wohlstand in den Großstädten. Sie sind Kinder der ganz Reichen, mehrheitlich aber des neuen, vom Kreml gewollten Mittelstandes (etwa 25 bis 30 % der Bevölkerung). Sie und deren Eltern sind Nutznießer der mit Putin eingetretenen Stabilisierung und Entwicklung des Landes. 29% haben ein Auto, 50% können sich alle Informations- und Haushaltstechnik, Datschen leisten. Auslandsreisen, Restaurant- und Diskobesuche sind kein Problem. Aber was nutzt das Auto, wenn man im Dauerstau steht und mit ohnmächtiger Wut die Blaulichtkarossen vorbeifliegen sieht (Blauhütchen-Bewegung).

Die Krise hat nicht Wenigen von ihnen ungewohnte Schwierigkeiten ge-

bracht. Im ganzen Land sollen rund fünf Millionen Hochschulabsolventen mit Job und Einkommen unzufrieden sein, und manche würden lieber ausreisen. 57 % der 25- bis 35-Jährigen haben Hochschulabschluss, 80% der bis Dreißigjährigen. Das gibt es nur noch in Kanada, Südkorea und Japan. In den nächsten 10 bis 15 Jahren müssen für die Hochschulabsolventen 10 bis 15 Millionen Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist aber nur möglich, wenn die durchgehende Modernisierung der Industrie endlich greift. Mit einer einseitigen Ressourcenwirtschaft, so wichtig der Riesenbesitz an Naturreichtümern für das Land und die Behauptung in der internationalen Auseinandersetzung auch ist, kann das nicht gepackt werden.

Sorge bereitet auch, dass unter diesen Jungen westliche Einflüsse besonders stark sind, Geschichtsbewusstsein (Unkenntnis über die Jelzin-Zeit, die Leistungen der Sowjetunion, z.B. im Großen Vaterländischen Krieg) nicht sehr entwickelt ist.

Putin konnte sich im Wahlkampf auf die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die Bevölkerung auf dem flachen Land verlassen. Putin hob das hervor, als er sich als erstes bei den Arbeitern in einem traditionsreichen Rüstungsbetrieb im Ural in einer Video-Sendung bedankte.

Der Kampf um die junge, aufstrebende Mittelschicht und die Industrierevolution, sowie die Einschränkung sozialer Ungerechtigkeiten sind die Herkules-Herausforderungen für Putin und seine Mannschaft. Hier wird sich entscheiden, ob er in den sechs Jahren seine Mission erfüllen kann.

Putin wird bestrebt sein, das auch international abzusichern. Man weiß im Westen natürlich, dass Putin ein berechenbarer Partner ist. Und man braucht ihn und Russland, in Krisenzeiten allemal. Aber wann hört man endlich auf, alberne Belehrungen und Voreingenommenheiten, gar Feindbilder abzusondern. Helmut Schmidt hat ja Recht, wenn er in seinem Buch „Außer Dienst“ klarstellt, dass wir Deutsche nun überhaupt kein Recht haben, uns gegenüber Russland so zu verhalten. Putin hat in seiner deutschen Rede im Bundestag die Vertrauensfrage gestellt. Sie endlich zu beantworten und mit Russland, das gemeinsam mit den anderen Sowjetrepubliken, die größten Opfer des Faschismus zu beklagen hat, eine Politik der Gleichheit und gleichen Sicherheit zu betreiben, müsste eigentlich Staatsräson sein. Das Fenster des Ausverkaufs russischer Interessen wie zur Jelzin-Zeit hat sich unter Putin fest geschlossen (frei nach Roland Etzel, Neues Deutschland, 6.3.12).

Wolfgang Grabowski

* BRICS = Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika

Kurdistan: Newroz 2012 von schweren Auseinandersetzungen überschattet

Die diesjährigen Newrozfeiern waren kurz vorher verboten wurden. Die zu den Festplätzen strömenden Menschenmassen wurden mit Fahrzeug- und Panzerbarrikaden aufgehalten und von den türkischen Sicherheitskräften mit Gasgranaten, Wasserwerfern und scharfer Munition angegriffen. Trotz aller Versuche, die Feiern zu unterbinden, setzten Hunderttausende von Menschen die Feiern durch.

In Diyarbakir (siehe Bilder) strömten wie jedes Jahr bis zu eine Million Menschen zusammen und durchbrachen die Barrikaden. In Van, Batman, Urfa, Cizre, Nusaybin, Yüksekova, Hakkari, Silopi, Idil, Bitlis, Mersin, Iskenderun, Antalya, Istanbul – überall die gleichen Szenen: Menschenmassen erzwingen sich den Weg zu den Kundgebungsplätzen. In Diyarbakir wurde der Platz aus Hubschraubern angegriffen, die Überwachungsfahrzeuge der Polizei am Rande der Kundgebung gingen in Flammen auf. In Batman wurde der Bus der Kurdenpartei BDP, in dem sich u.a. Ahmet Türk und Beobachter aus dem Ausland befanden angegriffen und der Parlamentsabgeordnete Türk zusammengeschlagen. In Istanbul wurde der BDP-Funktionär Haci Zengin bei einem Polizeiübergriff getötet und die BDP-Abgeordnete Mülkiye Birtane schwer verletzt. In Cizre wurde das Parteigebäude der BDP mit scharfer Munition angegriffen.

Die blutige Bilanz der Newrozfeiern: Hunderte teils Schwerverletzte, unzählige Festnahmen, drei Tote (darunter ein Polizist).

Osman Baydemir, Oberbürgermeister von Diyarbakir, sagte in seiner



Rede: „Diejenigen die das kurdische Volk nicht anerkennen, sollen auf das heute statuierte Exempel schauen ... Die gesamte Welt und Ankara sollen wissen, dass das kurdische Volk und Kurdistan die Statuslosigkeit nicht mehr akzeptieren werden. Wenn ihr unsere Sprache verbietet, werden wir eben sämtliche Barrikaden brechen und auf diesen Platz hier kommen ... Kommt und werdet Menschen.“

Ahmet Türk erklärte: „Heute habt ihr die Politik des Staates gebrochen. Auch mit gewaltigen Einschüchterungsversuchen kann die Bevölkerung Kurdistans nicht zum Schweigen gebracht werden. Die Politik und der Despotismus des Staates sind heute wirkungslos geblieben. Das kurdische Volk wird bis zum Schluss Widerstand leisten. Ihr müsst die Rechte unseres Volkes anerkennen. Herr Öcalan hat für die Lösung mehrere Schritte getan. Wir sagten Frieden, sie haben Öcalan in die Isolierung getan. Wir sprachen von Geschwisterlichkeit, über 7000 kurdische PolitikerInnen wurden in die Gefängnisse gesteckt.“

Aysel Tugluk, DTK-Co-Vorsitzende: „Amed hat heute Geschichte geschrieben. Gegen die Gwalt Herrschaft und Unterdrückung habt ihr Widerstand geleistet. Diesen Platz habt ihr gefüllt. Mit Panzern und Geschützen haben sie Amed besetzt. Gehört dieses Volk irgendwelchen feindlichen Kräften, dass ihr es besetzt. Wir laden den Ministerpräsidenten nach Amed ein ... Sie sollen kommen und sehen. Ihr könnt den Friedensmarsch dieses Volkes nicht stoppen. Heute habt ihr am Newroztag einen Neuanfang gemacht ... Was dieser

Politische Gefangene in der Türkei

Die BDP verlangte in einer parlamentarischen Anfrage Aufklärung über die Anzahl der angeklagten und verurteilten Menschen seit Beginn der „KCK-Operationen“ (verbotene Union der Gemeinschaften Kurdistans). Aus der Antwort des türkischen Justizminister Sadullah Ergin wird der ganze Umfang deutlich, wie die kurdische Demokratiebewegung und ihre legalen Organisationen bekämpft werden.

Laut offiziellen Angaben wurden in diesem Zusammenhang angeklagt:

2005: 14 035 Männer und 2 205 Frauen
2006: 20 308 Männer und 2 511 Frauen
2007: 25 671 Männer und 3 684 Frauen
2008: 26 000 Männer und 3 941 Frauen
2009: 47 693 Männer und 5 593 Frauen
2010: 56 237 Männer und 6 880 Frauen

Zu Haftstrafen verurteilt wurden im Zusammenhang mit den KCK-Operationen:

2005: 2 314 Männer und 412 Frauen

2006: 3 355 Männer und 374 Frauen
2007: 5 284 Männer und 647 Frauen
2008: 5 432 Männer und 649 Frauen
2009: 8 299 Männer und 912 Frauen
2010: 8 686 Männer und 1 206 Frauen

Die Zahl der im Gefängnis einsitzenden Kinder soll sich laut Bericht des Justizministers von 17 im Jahr 2005 auf 1 023 im Jahr 2010 erhöht haben. Die meisten von ihnen wurden wegen Steinwürfen und Teilnahme an nicht genehmigten Demonstrationen verurteilt.

Für die Jahre 2011 und 2012 fehlen Angaben. Kurdische Organisationen gehen derzeit von über 6.500 inhaftierten Politikern, Gewerkschaftern, Menschenrechtlern und Journalisten aus. Darunter befinden sich sechs Parlamentarier, 31 Bürgermeister, 630 Lokalpolitiker, 36 Anwälte, 104 Journalisten. Derzeit sollen über 10 000 politische Gefangene in den Gefängnissen der Türkei einsitzen.

Quellen:

demokratiehintertgittern.blogspot.de, Junge Welt, 22.3.2012, bianet.org

Staat dem kurdischen Volk zufügt, ist entweder der Tod oder das Gefängnis. Gegen diesen Despotismus werden wir bis zum Schluss Widerstand leisten.“

Der Angriff auf die Newrozfeiern ist der vorläufige Höhepunkt des repressiven Vorgehens der AKP-Regierung gegen die kurdische Bewegung. Nahezu täglich werden Politiker der BDP, Gewerkschafter, Menschenrechtler, Anwälte und Journalisten unter dem Vorwurf festgenommen, sie gehörten der KCK an, dem politischen Arm der PKK. Über 6 500 sitzen derzeit in Haft. Die AKP und der Staatsapparat versuchen die legalen kurdischen Strukturen auszubluten, was ihnen aber bis heute nicht gelungen ist. Die schweren Niederlagen bei den Parlaments- und den Bürgermeister- und den Kommunalwahlen in den kurdischen Gebieten, machen der AKP schwer zu schaffen. Versuchte die AKP eine Zeitlang, durch Lockerungen des Sprachverbots, Zulassung von kurdischen Radio- und TV-Sendern und Gesprächen mit Öcalan und der PKK einen Ausweg in der Kurdenfrage auszuloten, ist sie auf einen Vernichtungskurs eingeschwenkt. Die BDP und kurdischen Organisationen haben dagegen eine neue Taktik entwickelt: Die Entwicklung autonomer Strukturen in den kurdischen Gebieten mit Zweisprachigkeit usw. So versuchen sie, die Verfassungsdebatte in Richtung Föderalismus zu beeinflussen.

Die Bürgermeisterin von Nusaybin, Ayse Gökkan, berichtet dazu: Mit über

82 Prozent der Wählerstimmen hat die BDP in Nusaybin bei den Kommunalwahlen alle Sitze im Stadtrat gewonnen, keine andere Partei hat auch nur einen einzigen Abgeordneten hineingebracht. Umso mehr Opposition bekommt der Stadtrat von der Justiz, berichtet die Bürgermeisterin. Gegen den gesamten Stadtrat laufen Ermittlungen, weil er kurdische Straßennamen eingeführt und mehrsprachige



Wegweiser in der Stadt aufgestellt hat – außer Kurdisch und Türkisch auch Arabisch, Aramäisch und Armenisch. Das Innenministerium versucht nun per Verwaltungsverfahren, den Stadtrat auflösen zu lassen. Allein gegen Frau Gökkan sind über 100 Ermittlungsverfahren eingeleitet worden.

In einem Massenprozess in der Regionalhauptstadt Diyarbakir stehen 152 kurdische Kommunalpolitiker vor

Gericht, darunter die Bürgermeister von Cizre und von Kiziltepe. Die Anklageschrift, mehr als 7 500 Seiten stark, legt ihnen die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung und Angriff auf die territoriale Integrität der Türkei zur Last. Die Staatsanwaltschaft fordert langjährige Haftstrafen bis hin zu lebenslänglich.

Der türkische Ministerpräsident Erdogan verteidigt dieses Vorgehen: „Wer diesen Kampf gegen den Aufbau einer parallelen Struktur, diesen Kampf gegen den Terror kritisiert, der sitzt einer Täuschung auf. Als Ministerpräsident unterstütze ich diese Razzien und werde das auch weiter tun. Diese Leute stehen im Dienste der PKK und versuchen in ihrem Auftrag, unsere nationale Einheit zu untergraben. Unser Rechtsstaat kann solche illegalen Strukturen nicht dulden. Und deshalb tut unsere Justiz das Notwendige.“

Durch die Unterstützung der USA, Nato und EU wiegt sich die türkische Regierung bei ihrem Vorgehen gegen die Kurden in Sicherheit. Die Türkei ist für die westlichen Bündnisse der Stabilitätsfaktor im Nahen und Mittleren Osten. Eine Verschärfung der politischen Krisen mit Syrien und dem Iran bis hin zu militärischen Interventionen wird deshalb einen weitere Steigerung der Repression gegen die Kurden zur Folge haben.

Rudolf Bürgel

Quellen: Tagesspiegel, 22.3., Neue Rheinische Zeitung, 21.3., Junge Welt, 19.3., ANF 18.3., Deutschlandfunk 23.3., ISKU, bianet.org

Ikea-Arbeitnehmer schließen sich zusammen

Ikea-Beschäftigte und Gewerkschaftsvertreter aus 14 Ländern gründeten Anfang März auf einer internationalen Konferenz in Istanbul unter dem Dach der globalen Dienstleistungs-Internationalen, der UNI Global Union, eine weltweit agierende Ikea-Allianz. Auch die GPA-djp beteiligte sich aktiv an den Bemühungen um globale Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Gewerkschaftern im Ikea-Konzern. Der Abhaltung des Treffens und die Gründung der globalen Ikea-Allianz in Istanbul waren bewusste Zeichen internationaler Solidarität mit den Kollegen von Ikea in der Türkei. Das Franchiseunternehmen MAPA, das die Ikea-Einkaufszentren in der Türkei führt, ist wiederholt gegen Gewerkschaftsaktivisten der türkischen Handelsgewerkschaft KOOP-Is Sendikası mit Drohungen und Entlassungen vorgegangen.

„In der globalisierten Wirtschaft sind Arbeitnehmerrechte und die Kooperation mit lokalen Gewerkschaften eine unersetzbare Basis für eine humane Arbeitswelt. Die GPA-djp

unterstützt jede Initiative, mit der sich lokale Gewerkschaften an dieser globalen Vernetzung beteiligen. Wir wollen für alle Arbeitnehmer in allen Ländern mit Ikea-Standorten gute Rahmenbedingungen am Arbeitsplatz erreichen und standardisieren“, berichtete Georg Grundei, betreuende GPA-djp Sekretär für den Ikea-Konzern, aus Istanbul.

Quelle: <http://www.gpa-djp.at>, 18.3.2012

Generalstreik am 29. März in Spanien

Nach den Massenmobilisierungen am 19. und 29. Februar, bei denen Millionen auf die Straße gingen, wurde am 11. März ein dritter Aktionstag veranstaltet. Im Rahmen landesweiter Proteste nahmen 1,5 Millionen aufgebrachte Bürger an 60 Kundgebungen teil, wobei schätzungsweise eine halbe



Million Menschen in Madrid und Barcelona auf die Straße gingen.

Die Regierung stellt sich weiterhin taub gegenüber allen Diskussionen der Arbeitsgesetzgebung, die durch ein Dekret der Exekutive umgesetzt wurde, und der Haushaltskürzungen. Auf Geheiß der Europäischen Kommission und der Banken hat sich die Regierung dazu verpflichtet, den sozialen und den Arbeitsplatzschutz abzubauen und die öffentlichen Ausgaben zu kürzen, und das zu einer Zeit, da das Land immer tiefer in die Rezession und Massenarbeitslosigkeit stürzt.

Die Gewerkschaften haben daher zu einem 24-stündigen Generalstreik am 29. März aufgerufen. Die Aktion wurde auf einem Treffen der Vorstände der beiden nationalen Gewerkschaftszentralen CC.OO und UGT am 9. März beschlossen, dem ersten gemeinsamen Treffen dieser Art überhaupt.

Die spanische Gewerkschaftsbewegung wehrt sich nicht nur gegen die eigene Regierung, sondern auch gegen die europaweiten Sparmaßnahmen, die in gewaltigem Ausmaß Wohlstand verlagern und öffentliche Dienste vernichten.

Quelle: <http://cms.iuf.org>, 22.3.2012

Schweiz: Volksabstimmung zum Mindestlohn

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat gemeinsam mit seinen Verbänden und Partnerorganisationen Anfang des Jahres mehr als 111 000 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht, um per Volksgehren Mindestlöhne in der Verfassung verankern zu lassen. Die Volksabstimmung steht in etwa drei Jahren an. Stimmen die Schweizer/innen der Änderung zu, haben Bund und Kantone den Auftrag, „Maßnahmen zum Schutz der Löhne zu treffen“, wie es in einer Erklärung des SGB heißt. Das soll über die Förderung von Mindestlöhnen in Gesamtarbeitsverträgen (in Deutschland sind das die Tarifverträge) und über einen nationalen gesetzlichen Mindestlohn geschehen. Ausgegangen wird für 2011 von einem Mindestlohn in Höhe von 22 Franken pro Stunde, umgerechnet 18,21 Euro, der jährlich angepasst werden soll. Gleichzeitig können die Kantone regional höhere Mindestlöhne festlegen. Rund die Hälfte der Arbeitnehmer/innen in der Schweiz ist von Gesamtarbeitsverträgen geschützt. Allerdings profitieren nur drei Viertel dieser Arbeitnehmer/innen von darin vereinbarten Mindestlöhnen. Betrachtet man alle Beschäftigten, sind rund 60 Prozent der Lohnabhängigen nicht durch Mindestlöhne abgesichert. Die Forderung nach 22 Franken pro Stunde orientiert sich an einem Existenzminimum von 3800 Franken, umgerechnet rund 3150 Euro. Bezogen auf eine Vollzeitstelle mit 40 Wochenstunden könnte der Betrag mit 22 Franken pro Stunde erreicht werden.

Rund ein Jahr lang hatten die Gewerkschaften des SGB Unterschriften für ihre Initiative gesammelt. Nach einer repräsentativen Umfrage befürworten rund 85 Prozent der Schweizer/innen die Mindestlohn-Initiative der Gewerkschaften.

Quelle: Verdi news, 03/Febr. 2012 – www.mindestlohn-initiative.ch

Aldi-Textilien aus Bangladesch – Missachtung von Arbeitsrechten

In einer Pressemitteilung vom 20.3. informierte die Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign, CCC) über die Ergebnisse der Studie über die Arbeitsbedingungen in Zulieferbetrieben von deutschen Discounter in Bangladesch, insbesondere des Aldi-Konzerns. Die Recherchen in den Betrieben, die Aktionswaren für den größten deutschen Discounter herstellen, deckten massive Arbeits- und Menschenrechtsverletzungen auf. Khorshed Alam von der Alternative Movement for Resources and Freedom Society (AMRF Society) aus Bangladesch hat die Arbeitsbedingungen bei

Aldi-Zulieferern von Textilwaren in Bangladesch untersucht. „Die meist weiblichen Beschäftigten arbeiten bis zu 100 Stunden pro Woche und können dennoch von ihren kargen Löhnen kaum leben. Der Arbeitsdruck ist enorm“, fasst Khorshed Alam die erschreckenden Ergebnisse zusammen. „Es handelt sich um Verletzungen von Arbeits- und Frauenrechten, wie sie in der arbeitsintensiven Industrie Bangladeschs durch den Preisdruck von hiesigen Importunternehmen typisch sind. Die Schnäppchenhits bei Aldi werden mit systematischen Missachtungen von Sozialstandards bei globalen Zulieferern erkaufte“, ergänzt Sandra Dusch Silva, Co-Autorin der Studie und Referentin der Christlichen Initiative Romero, einer Trägerorganisation der CCC.

Eine öffentliche Kampagne soll nun den Druck auf den Discounter-Riesen erhöhen und dafür sorgen, dass das Unternehmen dem eigenen Anspruch einer weltweiten sozialen Verantwortung gerecht wird und sich unabhängig überprüfen lässt.

„Im Visier: Discounter“ unter www.sauberekleidung.de.

Mexiko: Sprecher des Minenwiderstands in Oaxaca ermordet

Bisher unbekannte Täter haben am Donnerstagabend in Mexiko den Sprecher der „Koordination der Dörfer des Tales von Ocotlán“ ermordet. Bernardo Vázquez Sánchez war ebenfalls Aktivist gegen die Silbermine der Firma Cuzcatlán, eine Tochtergesellschaft der kanadischen Fortuna Silver. Der Überfall ereignete sich am Eingang des Dorfes Santa Lucia Ocotlan. Auch die Begleiter von Vázquez, Rosalinda Dionicio Sánchez und sein Bruder Andrés Vázquez Sánchez, erlitten Schussverletzungen. Gemäß ersten Informationen der Überlebenden waren die drei auf dem Rückweg aus Oaxaca-Stadt, wo sie Gespräche mit der Regierung des Bundesstaates geführt hatten. Der getötete 32-jährige Agraringenieur Bernardo Vázquez Sánchez hatte erst im Januar 2012 die Ermordung eines Gemeindemitglieds von San José del Progreso, dem Sitz der Silbermine, angeprangert. Gemäß Augenzeugen und Fotografien der Minengegner waren Gemeindepolizisten und private Pistoler des Gemeindepräsidenten die Angreifer.

Quelle: <http://amerika21.de>, 16.3.2012

Brasilien: VW scheitert mit Leiharbeit

Volkswagen ist wegen Beschäftigung von Leiharbeitern in der Endproduktion zu einer Geldstrafe verurteilt worden. Ein Arbeitsgericht im Bundesstaat São Paulo verhängte letzte Woche gegen VW do Brasil eine Strafe

von umgerechnet 440 000 Euro. Obwohl sie „Schulter an Schulter“ mit den VW-Arbeitern tätig seien, verdienten die Leiharbeiter nur halb so viel wie die Festangestellten und hätten auch weniger Zusatzvergünstigungen und Rechte, sagte Staatsanwalt Rafael de Araújo Gomes. Innerhalb von zwei Monaten muss Volkswagen den Vertrag mit der Drittfirma SG Logística auflösen, ordnete das Gericht an. Außerdem wurde der Multi darauf verpflichtet, allen Arbeitern die gesetzlich vorgeschriebenen Ruhepausen zu gewähren.

VW do Brasil geht in die Revision. Silva: „Bis zu einer endgültigen Entscheidung können noch viele Jahre vergehen.“ Dennoch ist das jetzige Urteil über den Fall VW hinaus ein wichtiges Signal für die brasilianische Debatte über Leiharbeit.

Quelle: <http://www.nachdenkseiten.de>

Neuseeland: Aufschub für Entlassungen im Hafen

Beschäftigte im Hafen von Auckland (Neuseeland) haben in ihrem Kampf für sichere Arbeitsplätze erneut einen Sieg verzeichnet. Der Hafenbetreiber Ports of Auckland Limited (Poal) möchte 300 Mitglieder der Maritime Union of New Zealand (Munz) entlassen und ihre Verladearbeiten an andere Dienstleister vergeben. Die Gewerkschaft hat den Fall bereits erfolgreich beim Arbeitsgericht vorgetragen, heute



wurde ein weiterer zeitlich begrenzter Aufschub in Form einer einstweiligen Verfügung gewährt. Dies steht im Zusammenhang mit dem Standpunkt der Munz, dass die Vergabe von Arbeit an Dritte gesetzeswidrig sei. Dem Unternehmen sind nun per gerichtlicher Anordnung bis zu einer materiellen Anhörung im Mai die Hände gebunden. So darf Poal u.a. keine Munz-Mitglieder mehr entlassen, keine Firmenfremden mit der Ausführung der Arbeit von streikenden oder ausgesperrten Arbeitnehmer/innen beauftragen und Munz-Mitglieder nicht mehr dazu animieren, sich als Vertragsbeschäftigte zu bewerben.

Unterdessen hält die Solidarität mit den Hafenbeschäftigten in Auckland weltweit an. Mehr als 6 000 Menschen haben Schreiben an Len Brown, den Bürgermeister von Auckland, gesandt. Quelle: <http://www.itfglobal.org>, 27 März 2012

Den europäischen Flüchtlingsschutz neu regeln

Nach der wegweisenden Entscheidung des Europäischen Menschenrechtshofs vom 23. Februar 2012 („Hirsi und andere gegen Italien“) müssen der europäische Flüchtlingsschutz neu geregelt und die menschenrechtlichen Verpflichtungen stärker beachtet werden. Auch Deutschland steht in der Verantwortung und muss Konsequenzen ziehen. Die Große Kammer des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR) hat am 23. Februar 2012 ein Urteil gefällt, welches wegweisend für den Schutz von Flüchtlingen in Europa ist. Der Gerichtshof hatte in dem Fall („Hirsi und andere gegen Italien“) zu entscheiden, ob es mit der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) vereinbar ist, dass Italien im Mai 2009 südlich von Lampedusa Flüchtlinge auf Hoher See gestoppt und auf italienischen Militärschiffen nach Libyen gebracht hat. Bei den Beschwerdeführenden handelt sich um 24 Personen aus Somalia und Eritrea, die ihre Fahrt auf dem Mittelmeer von Libyen aus gestartet hatten. Der italienische Innenminister hatte einen Tag nach den Ereignissen in einer Pressekonferenz das Handeln Italiens durch Bezugnahme auf ein Abkommen gerechtfertigt, das Italien im Februar 2009 mit Libyen geschlossen hatte. Die besondere Bedeutung der Entscheidung des EGMR liegt in der verbindlichen Feststellung, dass der menschen- und flüchtlingsrechtlich verbriefte Grundsatz der Nichtzurückweisung (Refoulement-Verbot) auch auf Hoher See zu beachten ist. Der Gerichtshof hat damit klargestellt, dass sich die Vertragsstaaten ihren Verpflichtungen aus den Menschenrechten nicht entziehen können, indem sie Grenzkontrollen auf die Hohe See vorverlagern. Die Entscheidung ist für die europäische Flüchtlingspolitik von erheblicher Bedeutung, da alle Mitgliedstaaten der EU Vertragsstaaten der EMRK sind und die EU selbst an die EMRK gebunden ist. Der Gerichtshof hat einstimmig festgestellt, dass Italien die Europäische Menschenrechtskonvention verletzt hat. Festgestellt wurden Verletzungen von Art. 3 EMRK (Verbot von Folter und unmenschlicher Behandlung), Art. 4 des Vierten Zusatzprotokolls zur EMRK (Verbot der Kollektivausweisung) und Art. 13 der EMRK (Recht auf einen effektiven Rechtsbehelf). Diese Bestimmungen garantieren jedem Menschen, der Schutz vor schweren Menschenrechtsverletzungen sucht, das Recht auf Zugang zu einem Verfahren, in dem sein Antrag auf Schutz individuell geprüft wird. Personen, denen bei Zurückweisung oder Abschiebung

Menschenrechtsverletzungen wie Folter oder unmenschliche Behandlung drohen, haben ein Recht auf Schutz. Zudem müssen den Betroffenen im Falle einer Ablehnung ihres Schutzantrages effektive Rechtsschutzmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Um diese Rechte – und den Schutz, der aus der Genfer Flüchtlingskonvention resultiert – geltend machen zu können, ist der Zugang zu einem Verfahren erforderlich, in dem ein Antrag auf Asyl oder anderen internationalen Schutz gestellt werden kann. Ein solches Verfahren wie auch die Wahrnehmung von Rechtsschutzmöglichkeiten im Falle einer Ablehnung des Schutzantrags kann aus praktischen Gründen nur auf dem Territorium eines Vertragsstaates durchgeführt werden und nicht etwa auf einem Schiff auf Hoher See ... Mehr unter: www.institut-fuer-menschenrechte.de

PädagogInnen gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo

STUTTGART. 3 000 Menschen aus dem pädagogischen Bereich haben im März 2012 den Aufruf Pädagoginnen und Pädagogen gegen Abschiebung von Roma in den Kosovo“ unterschrieben, darunter mehr als 200 Professor/innen und Lehrende von Hochschulen und



Grafik "Full Circle" von www.nottsansimilitarism.wordpress.com

Universitäten und viele Vertreter/innen wichtiger gesellschaftlicher Gruppen und Verbände. Sie übergaben diesen mit einem Schreiben am 28. März an den Petitionsausschuss des Landtags. Darin heißt es: „Die bisher öffentlich gewordene Diskussion nach der Delegationsreise des Petitionsausschusses deutet darauf hin, dass nicht mit einer gänzlichen Aussetzung der Abschiebungen von Roma in den Kosovo zu rechnen ist. Und dies obwohl niemand ernsthaft die Berichte von UNICEF, Amnesty International und Human Rights Watch bestreitet, wonach dreiviertel der zurückgekehrten Roma-Kinder keine Schule besuchen, sie keine Chance auf Ausbildung haben, kaum eine Familie Arbeit findet, nur wenige Familien eine Wohnung haben und Roma weiterhin systematisch diskriminiert werden ...

Der für die allermeisten mit der Abschiebung verbundene völlige Zusammenbruch von Lebens- und Bildungsperspektiven reicht als Abschiebehindernis nicht aus. Gerade für Kinder und Jugendliche, die ihr ganzes Leben in Deutschland verbracht haben und lange hier heimisch geworden sind, ist diese Argumentation zynisch ... 30% der „ausreisepflichtigen“ Roma, die allermeisten seit vielen Jahren hier lebend, wurden seit 2009 bereits abgeschoben. Was wir erwarten ist kein Schlusstrich unter die deutsche Geschichte, sondern ein Schlusstrich unter diese Abschiebepolitik. Kein neuer Abschiebestopp für ein paar Monate, sondern eine Bleiberechtsregelung auf Dauer.

www.aktionbleiberecht.de

Stilles Leid. Kinder leiden unter schweren psychosozialen und gesundheitlichen Problemen

BERLIN. Bei Abschiebungen oder Rückführungen von Flüchtlingen und Migranten werden das Kindeswohl und die seelische Gesundheit von Kindern nicht ausreichend beachtet. Dies ist das alarmierende Ergebnis der UNICEF-Studie „Stilles Leid“. Hierfür hat ein internationales Team aus Psychologen, Ärzten und Sozialwissenschaftlern 164 Jungen und Mädchen sowie 131 Eltern befragt. Sie waren 2010 aus Deutschland und Österreich – meist gegen ihren Willen – in den Kosovo zurückgebracht worden. Die systematische Untersuchung der Heranwachsenden und ihrer Familien zeigt: Viele leiden unter schweren psychosozialen und gesundheitlichen Problemen:

- Fast die Hälfte aller Jugendlichen (44,2 Prozent) leidet an Depressionen, ein Viertel (25,5 Prozent) berichtet von Gefühlen der Hoffnungslosigkeit und ein Fünftel (19,1 Prozent) empfindet das Leben als nicht lebenswert.
- Ein Viertel (25,5 Prozent) hat Selbstmordgedanken, was in einer Region mit traditionell niedrigen Selbstmordraten außerordentlich hoch ist.
- 40 Prozent der Mädchen zwischen 6 und 14 Jahren hat große soziale Probleme, ein Drittel (33 Prozent) zeigt Symptome einer klinischen Depression, 35,2 Prozent leiden unter Angstzuständen.
- Jedes dritte Kind zwischen 6 und 14 Jahren (29 Prozent) und jeder dritte Jugendliche (30,4 Prozent) in der Befragung leidet unter klinisch nachweisbaren posttraumatischen Belastungsstörungen und benötigt dringend psychiatrische Hilfe.
- Zwei Drittel der befragten Kinder gehören einer ethnischen Minderheit an. Diskriminierung, Sprachbarrieren, fehlende soziale und psychologische Unterstützung im Kosovo verstärken die psychologischen Probleme.

„Bei allen Entscheidungen über Abschiebungen, von denen Kinder betroffen sind, müssen das Wohl jedes einzelnen Kindes und seine Gesundheit im Mittelpunkt stehen“, sagte Tom Koenigs, UNICEF-Vorstand und Vorsitzender des Menschenrechtsausschusses des Deutschen Bundestages, bei der Vorstellung der Studie in Berlin. „Kein Kind darf zurückgeführt werden, wenn seine gute körperliche und seelische Entwicklung nicht sichergestellt sind.“ ... www.unicef.de

Kulturelle Umzingelung in Gorleben am 28. April 2012

GORLEBEN. Antiatominitiativen rufen zur Großkundgebung in Gorleben auf mit anschließender kultureller Umzingelung des Bergwerks am 28. April um 13 Uhr gegen die Fortsetzung des Gorleben-Desasters und für den sofortigen Stopp der Atomtüllproduktion. In ihrem Aufruf heißt es: „Seit Ende 2011 verhandelt Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) mit den Vertretern der Länder um ein Endlagersuch-Gesetz. Ein oder zwei weitere Standorte will Röttgen mit Gorleben als ‚Referenzstandort‘ vergleichen ... Die Fehler der Vergangenheit werden wiederholt. Eine Konsultation mit kompetenten und engagierten Akteuren wie den Umweltverbänden, Anti-Atom-Initiativen, Gewerkschaften und Kirchen bleibt aus. Ein reiner Parteienkonsens ist kein gesellschaftlicher Konsens. Erneut werden Fakten geschaffen, statt eine umfassende Atomtülldebatte zu führen. Es werden keine Konsequenzen aus den Skandalen um die havarierten Atomtüllendlager in Morsleben und der Asse gezogen ... Wir fordern einen echten Neuanfang: Das Endlagerprojekt Gorleben muss unumkehrbar aufgegeben werden – mit einem sofortigen, endgültigen Bau- und Erkundungsstopp. Die vorläufige ‚Sicherheits‘analyse muss abgebrochen werden. Eine umfassende öffentliche Atomtülldebatte ist überfällig.“

www.ausgestrahlt.de

ILO fordert: Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte

BONN. Anlässlich des Equal Pay Day am 23. März hat der Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (Venro) die Bundesregierung aufgefordert, die im Juni 2011 verabschiedete ILO-Konvention für mehr Rechte für Hausangestellte zu ratifizieren. Zudem solle Deutschland die Umsetzung der Konvention auf europäischer und internationaler Ebene vorantreiben. Nach Schätzungen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) arbeiten weltweit mehr als 100 Millionen Menschen als Hausangestellte in Privathaushalten.

Prozentual gesehen sind das zwei bis drei Prozent der Arbeitenden in Industrieländern und vier bis zehn Prozent in Entwicklungs- und Schwellenländern. Weltweit sind 80 Prozent der Hausangestellten Migrantinnen. Die Einkünfte von Migrantinnen und Migranten machen einen bedeutenden Teil der Überweisungen in Entwicklungsländer aus, die sich insgesamt auf mehrere Milliarden US-Dollar pro Jahr belaufen. Hausarbeit ist unterbewertet und gesetzlich unzureichend geregelt. Hausangestellte sind häufig Menschenrechtsverletzungen und ausbeuterischen Bedingungen ausgesetzt, etwa extrem langen Arbeitszeiten ohne Pausen, der Einbehaltung von Lohn und körperlichem und sexuellem Missbrauch. Durch internationale Standards kann die rechtliche Situation von Hausangestellten verbessert werden, so Venro. www.venro.org

ACTA im Petitionsausschuss, Vorratsdatenspeicherung nicht umsetzen

BERLIN. Am 7. Mai wird der Petitionsausschuss des Bundestages ACTA im Rahmen einer öffentlichen Sitzung beraten. Grundlage der Beratung ist eine E-Petition, die inzwischen mehr als 60 000 Mitzeichnungen erhalten hat, und deren Mitzeichnungsfrist am 22.3.2012 endete. Darin wird gefordert, „die Ratifizierung des – Anti-Counterfeiting Trade Agreement – (ACTA) auszusetzen.“ Dass der Petitionsausschuss eine öffentliche Anhörung zu einem solch frühen Stadium ansetzt, ist ungewöhnlich, und gab es nach Angaben eingeweihter Kreise bislang nicht. Es dürfte zwei Gründe haben: Erstens ist die Petition inzwischen unschädlich, da mit der Entscheidung der Europäischen Kommission, ACTA vom Europäischen Gerichtshof prüfen zu lassen, die Ratifizierung in der Praxis bereits ausgesetzt ist.

Zweitens besteht immer noch kein Termin für eine Anhörung einer E-Petition zum Verbot der Vorratsdatenspeicherung. Deren Mitzeichnungsfrist endete bereits im Oktober letzten Jahres und sie übertraf mit 64.704 Mitzeichnern ebenfalls das Quorum von 50 000, ab dem eine öffentliche Behandlung erforderlich wird. Die Koalitionsmehrheit im Petitionsausschuss verhindert bislang eine Befassung. Schwarzwald ist das Thema Vorratsdatenspeicherung zu aktuell und zu heiß, das erst einmal auf Eis liegende Thema ACTA nicht. Ein Thementausch kommt da gerade recht. <http://blog.die-linken.de/digitallinke/acta-im-petitionsausschuss-vorratsdatenspeicherung-nicht/>

„Vielen Dank an den NSU“ – Was wusste der „Weisse Wolf“?

„Vielen Dank an den NSU, es hat Früchte getragen ;-) Der Kampf geht wei-

ter...“. Dieser Satz steht – fett und deutlich hervorgehoben – mitten im Vorwort der Ausgabe 1/2002 (Nr. 18) des neonazistischen Fanzines „Der Weisse Wolf“. Ein Gruß der damals nicht auffiel – aber heute Fragen aufwirft. Ein Gruß wie hunderte andere an die „Kameraden“ und Freunde, die in den einfach gestalteten Magazinen der Szene abgedruckt werden. Durch einen Hinweis stieß das apabiz in einem neonazistischen Fanzine auf den bemerkenswerten Gruß „an den NSU“. Der kurze Satz erschien bereits in der ersten Jahreshälfte 2002, als die Öffentlichkeit noch nichts von der Terrorzelle des „Nationalsozialistischen Untergrund“ ahnte, diese aber bereits mitten in ihrer Serie von Terror und Morden steckte. Die Buchstaben „NSU“ sind jedenfalls kein bekanntes Kürzel in der Szene, der Hinweis im „Weissen Wolf“ ist die erste uns bekannte Verwendung in Veröffentlichungen der Neonazi-Szene oder in deren Kontext. Entstanden war „Der Weisse Wolf“ 1996 als „Rundbrief inhaftierter Kameraden der Justizvollzugsanstalt Brandenburg“, entwickelte sich aber über die Jahre zu einem zentralen Fanzine für Mecklenburg-Vorpommern. „Wenn die Zeiten härter werden – muss der Kampf es auch werden. Unterstützt die Kameraden in Haft, im Rechtskampf, auf der Straße, bildet Netzwerke – nur vom Musikhören und Feiern kommt die Wende nicht“, schrieb der Herausgeber mit dem Pseudonym „Eihwaz“ 2002 im Vorwort. Gefüllt sind die Hefte mit Aufmarsch- und Konzert-Berichten, Texten über die germanische Mythologie und Tipps zum Schutz vor den Behörden. Dass der „Weisse Wolf“ bestens in der Szene vernetzt ist, zeigen die vielfältigen Anzeigen für Neonazi-Läden und -Versände und Interviews mit Bands. Auffällig dabei ist die häufige Bezugnahme auf Bands und Autoren aus dem Blood & Honour-Spektrum (auch noch nach dem Verbot von Blood & Honour im Jahr 2000) und Combat 18. Ebenso berichtet „Eihwaz“, der ab 2000 als Herausgeber auftritt, regelmäßig über Treffen der HNG („Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige“, verboten 2011). Der heutige Abgeordnete der NPD im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern, David Petereit, war lange Jahre eine zentrale Figur des „Weissen Wolf“. Er trat um das Jahr 2000 als Anmelder der Internetseite der Publikation auf, als Herausgeber tritt ab dieser Zeit ein „Eihwaz“ auf. Später wird als Verfasser und Hersteller David Petereit angegeben. Durch einen Hack wurde bekannt, dass Petereit in einem neonazistischen Auktionshaus das Pseudonym „Eihwaz“ benutzte. apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum e.V., <http://nsu-watch.apabiz.de>

NRW-Landtagswahl: Partei Die Linke hat Liste aufgestellt

Der Landesparteitag NRW der Partei Die Linke hat am 30. März und am 1. April die Kandidatinnen und Kandidaten für die Landesliste zur NRW-Landtagswahl am 13. Mai gewählt. Als Ergebnis sind fast alle elf ehemaligen Landtagsabgeordneten wieder auf die vorderen Listenplätze gekommen, mit Ausnahme von Rüdiger Sagel der nicht mehr kandidierte. Damit ist die Kontinuität gesichert und der Wahlkampf, der auch auf Erfolge der bisherigen Landtagsarbeit abzielt, kann in dieser Hinsicht als glaubwürdig gelten. Bereits zwei Wochen vor dem Parteitag hat die Landessprecherin Katharina Schwabedissen, die bisher nicht im Landtag war, auf dem Landesparteirat ihre Kandidatur zur Spitzenkandidatin erklärt. Bei der Parteibasis ist dieses als Selbstinthronisierung wahrgenommen worden, was zu dem Wahlergebnis von rund 70 Prozent trotz fehlender Gegenkandidatur geführt hat (s. Kasten). Mit

vier zentralen Botschaften (s.u.) will die Linkspartei in den Wahlkampf ziehen. Zwei Botschaften beziehen sich direkt auf die Landespolitik (Kitas und Sozialticket). Die Forderung nach mehr Kita-Plätzen ist aktuell, weil NRW noch unter der ohnehin geringen bundesweiten Quote bei der U-3-Betreuung von zwanzig Prozent liegt. Die von der linken Fraktion geforderte Einführung eines landesweiten ÖPNV-Sozialtickets für 15 € war die Hauptbruchstelle, an der die Haushaltsverhandlungen mit der rot-grünen Landesregierung gescheitert sind und zu den Neuwahlen geführt hat. Die Botschaft zur Lohn-erhöhung dürfte mit dem Abschluss im öffentlichen Dienst einigermaßen überholt sein. Die vierte Botschaft („Millionärsteuer als Schuldenbremse“) ist vom Lafontaine-Wahlkampf aus dem Saarland übernommen worden. Teile der bürgerlichen Medien werten diese Losung als Beleg dafür, dass Die Linke

Die ersten 14 Listenplätze

01. Katharina Schwabedissen, 70,3%
02. Wolfgang Zimmermann, 79,3%
03. Bärbel Beuermann, 79,3%
04. Carolin Butterwegge, 60,8%
05. Gunhild Böth, 86,5%
06. Ralf Michalowsky, 74,6%
07. Anna Conrads, 92,5%
08. Ali Atalan, 61,0%
09. Özlem Demirel, 82,9%
10. Michael Aggelidis, 72,0%
11. Hamide Akbayir, 31,5% (1. Wg.), 51,3% (2. Wg.)
12. Helmut Eigen, 27,0% (1. Wg.), 60,5% (2. Wg.)
13. Barbara Schmidt, 29,0% (1. Wg.), 53,4% (2. Wg.)
14. Marc Mulia, 24,6% (1. Wahlgang), 50,6% (2. WG)

eines der dringendsten Probleme NRWs, die übermäßige Verschuldung der öffentlichen Haushalte, nicht ernst genug nimmt und angeblich nur reduzierte Konzepte dagegen vorlegen kann. Damit würde die Linkspartei im Landestrend des Mitte-Links-Lagers liegen. Bei den Umfragewerten befindet sich Die Linke NRW bei drei bis vier Prozenten, schafft es aber relativ weitgehend ihre Mitglieder zu mobilisieren und die üblichen innerparteilichen Auseinandersetzungen erstmal (auch relativ) zurückzustellen.

Thorsten Jannoff

Dokumentiert von www.dielinke-nrw.de vom 30.3.2012

Klare Aussagen für den Wahlkampf präsentiert

„Nur mit uns“ – unter diesem Motto geht Die Linke mit vier konkreten Forderungen in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Die vier zentralen Plakate dazu wurden heute in der Landesgeschäftsstelle der Partei in Bochum vorgestellt. „Kita für alle – jetzt & gebührenfrei!“, „Löhne rauf – Ihr seid es wert!“, „Millionärsteuer als Schuldenbremse!“ und „Sozialticket für ganz NRW!“ sind die zentralen Botschaften, die Die Linke in den nächsten Wochen in ganz NRW plakatieren wird.

„All diese Forderungen werden nur mit einer starken Linken im Landtag gehört werden“, erläuterte Landessprecherin Katharina Schwabedissen. „Das hat die von SPD und Grünen vorzeitig beendete Legislaturperiode gezeigt, und das wird auch in Zukunft so sein.“

Mit den vier zentralen Plakaten gehe es darum zu zeigen, für welche Inhalte Die Linke in NRW konkret stehe, sagte Schwabedissen. „Bei den anderen Parteien sind die bisher vorgestellten Wahlkampfparolen ja reichlich vage.“

Nur eins ist klar: Alle wollen bei den Sozialausgaben kürzen.“

Keine der anderen Parteien sei bereit, die notwendigen Investitionen für Bildung zu tätigen und den Kollaps eines großen Teils der Kommunen aufzufangen.

Landessprecher Hubertus Zdebel erklärte: „Nur für uns ist klar: Die Einnahmen müssen rauf – deshalb brauchen wir eine Millionärsteuer. Nur für uns ist klar: Der geltende Rechtsanspruch der Kinder auf Kitaplätze wird von der Regierung schlicht ignoriert. Nur für uns ist klar: Mobilität ist Grundrecht und ein Sozialticket für Bus und Bahn ist nicht nur fair, sondern auch ökologisch bitter notwendig. Und nur für uns ist klar: Die Löhne müssen nach Jahrzehnten der Reallohnsenkungen endlich steigen!“ Zdebel rief dazu auf, am 13. Mai Die Linke erneut in den Landtag NRW zu wählen: „Nur mit uns wird es Verbesserungen der Lebens- und Arbeitsbedingungen für die Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen geben.“

Dokumentiert von www.dielinke-nrw.de vom 1.4.2012

Die einzige Kraft, die sich wirklich für die Menschen einsetzt

Mit einem Spitzentrio geht Die Linke in den Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen. Auf Listenplatz eins kandidiert die Landessprecherin Katharina Schwabedissen, auf den folgenden Plätzen die Vorsitzenden der Landtagsfraktion Wolfgang Zimmermann und Bärbel

Beuermann. Alle drei wurden ohne Gegenkandidaturen nominiert.

„Die Linke hat nicht ein Gesicht, Die Linke hat nicht drei Gesichter, Die Linke hat viele Gesichter“, sagte die 39-jährige Schwabedissen nach der Wahl des Trios. Unter dem Applaus der über 200

Delegierten stimmte sie die Partei auf den Wahlkampf ein: „Wir sind gekommen, um zu bleiben. Wir werden kämpfen. Und wir werden bleiben!“

Hauptforderungen der Partei im Wahlkampf sind ein landesweites Sozialticket für 15 Euro, gute und gebührenfreie Kita-Plätze für alle Kinder, höhere Löhne sowie die Einführung einer Millionärsteuer zur Finanzierung von Investitionen.

Bereits am Vormittag hatte der Bundesvorsitzende Klaus Ernst in einer kämpferischen Rede die Notwendigkeit des Wiedereinzugs seiner Partei in den Landtag begründet: „SPD und Grüne sind weit davon entfernt, soziale Politik zu machen. Nur solange es eine starke Linke gibt werden sie wenigstens getrieben das zu tun, was sie versprochen haben.“

Die FDP bezeichnete Ernst in Zusammenhang mit ihrer Verhinderung einer Transfergesellschaft für die Schlecker-Beschäftigten als „asoziale Trümmertruppe“. Die Linke sei „die einzige Kraft, die sich wirklich für die Menschen einsetzt“.

Die Kölner Schlecker-Betriebsratsvorsitzende Henriette Kökmen rief dem Parteitag zu: „Die Linke ist die einzige Partei, die zu uns gestanden hat. Dafür danke ich Euch!“ Kökmen war gestern in Die Linke eingetreten. „Es kann nicht sein, dass es da über Jahre Missmanagement gibt und die Leute unten müssen dran glauben!“

Sarah Wagenknecht rief die Parteimitglieder dazu auf, „den Widerstand auf die Straße (zu) tragen“.

Interview mit Uli Schippels, Spitzenkandidat der Linken

KIEL. Am 6. Mai 2012 sind in Schleswig-Holstein vorgezogene Landtagswahlen. Zweieinhalb Jahre nur dauerte diese Wahlperiode. Sechs Abgeordnete der Linken sitzen im Kieler Landtag. Die derzeitigen Umfragewerte des Norddeutschen Rundfunks (NDR) vom 29. März lassen die Genossinnen und Genossen hoffen, wieder in den Landtag einzuziehen. Von März auf April ist die Partei Die Linke in Schleswig-Holstein in der Wählergunst immerhin von drei auf vier Prozent gestiegen: „Jeden Monat legen wir ein Prozent zu!“ war der tapfere Kommentar der Landessprecherin. So könnte es im Mai mit dem Wiedereinzug tatsächlich klappen. Alles kommt nun darauf an, im Endspurt der letzten Wochen, die Mitgliedschaft zu mobilisieren. SPD und Grüne rechnen sich aus, mit dem Kieler Oberbürgermeister Thorsten Albig als Ministerpräsidenten die Koalition von CDU und FDP ablösen zu können. Der Südschleswigsche Wählerverband (SSW) vertritt die Dänische Minderheit im Lande. Er ist nicht an die Fünf-Prozent-Hürde bei der Wahl gebunden.

Die POLITISCHEN BERICHTE haben Uli Schippels (49), Platz zwei auf der Landesliste der Linken, um ein Interview gebeten. Edda Lechner führte das Gespräch am 27. März 2012 im Kieler Landeshaus.

POLITISCHE BERICHTE: *Etwas mehr als zwei Jahre Erfahrung mit dem Parlamentarismus liegt hinter Dir: Was war für Dich als Abgeordneten die wichtigste Erkenntnis?*

ULI SCHIPPELS: Also, ich habe immer gesagt, die anderen Parteien kochen auch nur mit Wasser. Darin fühle ich mich durch die zwei Jahre auf jeden Fall erst mal bestätigt: Da sind viele bei den anderen Fraktionen dabei, die nicht viel politisches „Standing“ haben. Das ist schon eine merkwürdige Ansammlung von Menschen dort unten im Landtag. Natürlich gibt es da politische kluge Köpfe, die auch wirklich was reißen können. Aber darüber hinaus ist das wirklich ein Dorfparlament und kleinkariert.

PB: *Oppositionsarbeit ist ein hartes Brot. Wie konntet Ihr linker Politik überhaupt Gehör verschaffen?*

ULI SCHIPPELS: Erstens finde ich es toll, dass wir es geschafft haben, dass die Mindestlohndebatte auf die Agenda gesetzt wurde. Wir als Linke haben die ja auf die Tagesordnung gebracht. Dass es gelungen ist, dass auch SPD und Grüne und auch SSW darüber reden. Selbst die CDU und FDP hier im Landtag, also der Sozialminister Garg versucht sich ja als Vorreiter des Mindestlohns darzustellen. Das heißt, wir haben es an dem Punkt geschafft, gesellschaftlich so stark zu sein, dass sich der Wind dreht. Und ich denke, der Mindestlohn wird ja über kurz oder lang kommen. Der ist übrigens auch sehr wichtig für Schleswig-Holstein, wo wir über 23 Prozent Menschen haben, die Vollzeit beschäftigt sind und im Niedriglohnssektor arbeiten. Der höchste Anteil in der alten Bundesrepublik. Also ich glaube schon, wir haben was bewegt.

Auf der anderen Seite, wenn wir nicht aufpassen, dann dreht sich der Wind auch wieder in die andere Richtung. Also, ich möchte hier nicht eine Regierung von SPD und Grünen erleben, die nur Kritik von Rechts ausgesetzt ist. Dann werden sie sofort zusammenklappen und werden wieder dem Mainstream hinterher reiten. Also sie brauchen uns schon, mindestens, damit wir sie erinnern an die Wahlversprechen, die sie gegeben haben.

PB: *CDU/FDP haben in den Augen vieler Menschen abgewirtschaftet und diesem Land nichts gebracht außer unsoziale Sparprogramme – vom ausgedünnten Küstenschutz bis zu den zusammengestrichenen Blindengeld. Nun möchte die SPD mit Thorsten Albig als Ministerpräsidenten wieder ran an die Regierung. Am liebsten mit den Grünen. Wird dann alles besser für die Menschen in Schleswig-Holstein?*

ULI SCHIPPELS: Also, wenn ich mir Thorsten Albig angucke, dann ist der wirklich so ein Mensch, der sagt: Ich mach das Bisherige so weiter, aber ich bin der freundlicherere Ministerpräsident. Der junge Mann hat ja auch schon in Kiel bewiesen, dass er

nichts durchsetzt. Er hat in Kiel zum Beispiel, am 15. März 2009 war ja die Wahl zum Kieler Oberbürgermeister, versprochen in Kiel ein Sozialticket einzuführen. Bis heute haben wir nicht das Sozialticket. Er versucht sich sehr moderat darzustellen, sozusagen als Landesvater. Aber er wird nichts bewegen. Selbstverständlich werden einige Härten abgefedert werden. Davon gehe ich auch aus. Aber auf der anderen Seite, wenn ich mir SPD und Grüne angucke, ich glaub die sind ganz froh, dass die Kürzungen gemacht worden sind von CDU und FDP. Auf der Grundlage werden sie weiter machen. Sie werden nichts substantiell verändern.

PB: *Warum ist die Linke so hartnäckig gegen die „Schuldenbremse“? Ist die Verschuldung von Schleswig-Holstein mit 27 Mrd. €. Euch noch nicht hoch genug?*

ULI SCHIPPELS: Das ist nicht der Punkt! Schulden sind ja die eine Seite. Die andere Seite sind auch hohe Vermögen. Und wir wollen selbstverständlich die hohen Vermögen besteuern und darüber die Schulden reduzieren. Das heißt, wir haben ein Einnahmeproblem im Land, wir haben kein Ausgabeproblem. Die anderen wollen ja über die Schuldenbremse vor allem die Ausgaben reduzieren. Wir sagen, nein, nein, nein, wir müssen die Einnahmen erhöhen. 10 Billionen Euro haben die obersten 10 Prozent der Bevölkerung hier auf der Kante. Und da müssen wir ran! Dann können wir auch Bund, Land und Kommunen entschulden. Deren Schulden sind ja zwei Billionen ungefähr. Hätten wir eine vernünftige Vermögenssteuer für Vermögen über 500 000 Euro, 5 % Besteuerung, dann hätten wir 20 Milliarden Euro in der Bundesrepublik. Das wären für Schleswig-Holstein alleine 700 Millionen. Wir hätten das strukturelle Defizit mit einem Schlag beendet. Aber es geht immer in die andere Richtung: Es gibt immer nur Steuerrechtsänderungen zu Lasten der Länder. Und das macht uns letztendlich kaputt.

Edda Lechner und Landtagsabgeordneter Uli Schippels im Gespräch am 27. März 2012 im Kieler Landeshaus



PB: *In den beiden letzten Jahren wurde ja unter großem Protest in sozialen Bereichen gespart. Und am Schluss, wenn ich mich recht erinnere, stellte man fest, dass doch mehr Geld da ist, als gedacht war.*

ULI SCHIPPELS: Ja. Das ist ja das Irre! Ich guck mir ja nicht nur dieses Parlament an. Ich guck mir ja auch an, wie hier Finanzpolitik gemacht wird. Da wird vom Finanzminister Wiegard mit Zahlen operiert, die möglichst gruselig dargestellt werden, um extern gegenüber der Öffentlichkeit ein Bild zu produzieren: Wir müssen alle den Gürtel enger schnallen. Es ist absurd. Der Minister ist in den Haushalt 2011 gegangen in der Planung mit einem Defizit von ungefähr 1,2 Milliarden Euro. Wir hatten dann ein Minus von unter 500 Millionen. Dafür wird er dann gelobt. Ich würde sagen, Mensch, was ist der für ein schlechter Finanzminister, dass er so daneben gehauen hat um 800 Millionen! Und das hat er natürlich nicht gemacht, weil er einfach schlecht rechnet. Nein, er benutzt das, um den Sozialstaat zu zerschlagen. Die Regierung in Kiel baut einen Popanz auf, um ihre Grausamkeiten durchzusetzen. Und die anderen laufen einfach hinterher, SPD, Grüne und SSW. Das haben wir ja vorgefunden, als wir ins Parlament gekommen sind. Und da haben wir gesagt: Nee, nee, so geht das nicht! Und ich glaube, die Botschaft kommt langsam an. Sogar bei SPD, Grünen und SSW. Aber viel zu langsam. Kürzungen, die dafür sorgen, dass Frauenhäuser geschlossen werden, dass das Blindengeld weg ist: Das saniert den Haushalt in keinsten Weise. Das ist wirklich nur Politik. Die wollen das. CDU und FDP wollen kürzen. Der Schuldengießer wird an die Wand gemalt. Die benutzen dieses Instrument, um ihre Politik, die sie schon immer machen wollten, durchzusetzen. Für diejenigen, die viel Geld haben und gegen diejenigen, die kein Geld haben.

PB: *Im Süden von Schleswig-Holstein, im Hamburger Umland, lebt fast ein Drittel der Bevölkerung. Der Hamburger Hafen ist Schleswig-Holsteins größter Arbeitgeber. Die geplante Elbvertiefung hat für Schleswig-Holstein schlimme ökologische Folgen. Wie geht die Linke damit um?*

ULI SCHIPPELS: Ja. Nicht nur ökologische Folgen. Man muss ja gucken Richtung Hochwassersicherheit, Küstenschutz, aber auch die Häfen versanden. Und die Situation der Elbe, wie sie schon jetzt ist, führt zu einer Versandung der Häfen und auch das hat Folgekosten für Schleswig-Holstein. Friedrichstadt ist bedroht. Häfen, die im Delta der Elbe liegen sind betroffen zu versanden. Der zweite Punkt ist: Wir sollten nicht so kleinteilig denken. Es

wird ja gerade der Jade-Weser-Port gebaut in Wilhelmshaven. Tiefwasser geeignet. Und wenn man ein norddeutsches Hafenkonzept hätte und versucht, sich nicht mehr gegeneinander im Wettbewerb den Verkehr abzuluchsen. Wenn man da rangehen würde, das gemeinsam zu organisieren: lass uns gucken, dass wir alle von der Situation profitieren, dann ginge es auch ohne Hafenvertiefung. Davon bin ich völlig überzeugt. Denn in zehn Jahren müsste die nächste Hafenvertiefung kommen, die Schiffe werden immer größer. Das funktioniert so nicht. Also sollten wir uns an einen Tisch setzen und gucken, wie kriegen wir diese Verkehrsströme am besten geregelt. Wir müssen uns über ein gemeinsames Hafenkonzept einigen, übrigens nicht nur für die Nordsee, sondern auch für die Ostsee. Es gibt ja auch Konkurrenz zwischen Lübeck und Kiel, oder auch Rostock, Lübeck und Kiel.

PB: *Kiel ist ein wichtiger Kriegshafen mit Werften, wo zum Beispiel U-Boote gebaut werden: Was sagt Ihr den KollegInnen und Kollegen, die um ihre Arbeitsplätze in den Rüstungsbetrieben bangen? Fühlen sie sich nicht von der Anti-Kriegspolitik der Linken zu recht bedroht?*

ULI SCHIPPELS: Also, die Situation der Beschäftigten ist ja wirklich schwierig. Das sind Leute, die sind schon zwanzig, dreißig Jahre auf der Werft. Die haben ein kleines Häuschen gebaut, das sie abzahlen müssen, sie haben Familie. Und denen einfach zu sagen: Hier, wir streichen das ersatzlos, das ist schwer.

Aber auf der anderen Seite sieht man auch, wenn man sich die Situation auf den Werften anguckt, dass jemand, der auf Rüstung setzt, letztlich auf Sand baut.

Wir haben hier in Kiel einen großen Oberbürgermeister gehabt, den letzten sozialdemokratischen Oberbürgermeister Andreas Gayk, der nach dem Zweiten Weltkrieg gesagt hat: Kiel soll eine Friedenswerkstatt sein. Kiel soll Friedensproduktion machen. Aus den Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges. Kiel ist ja groß geworden als Marinehafen. Und hat dann unendlich im Zweiten Weltkrieg gelitten: 90 % wurde zerstört. Das ist mein Ansatz: Kiel soll Friedenswerkstatt sein, soll Friedensproduktion machen. Und selbstverständlich müssen den Kolleginnen und Kollegen auf der Werft Alternativen angeboten werden. Es ist so, dass die sehr hoch spezialisierte, hochtechnologisch hochwertige Arbeitsplätze haben.

Andere Konversionsprojekte zeigen ja, da geht was. Wenn wir jetzt daran denken, was auf uns zukommt mit der Energiewende. Was dort alles geleistet werden muss an gesellschaftlicher Anstrengung, um rauszukommen aus

dem atomar-fossilen Zeitalter. Also ich glaube schon, dass man für alternative Technologien, das sind auch Großtechnologien wie Windräder, diese Leute braucht. In die Richtung muss es gehen.

PB: *Wir hoffen ja alle, dass die Linke am 6. Mai wieder in den Landtag einzieht: Wie seht Ihr Eure zukünftige Rolle in diesem Parlament?*

ULI SCHIPPELS: Ich glaube, dass die Situation für uns besser wird. Besser wird, weil man einen Ministerpräsidenten Albig besser fordern kann, als einen CDU-Ministerpräsidenten Carstensen, der alles nur aussitzt. Albig, er ist ja Sozialdemokrat, zumindest glaubt er das ja, muss auch diese Flanke bedienen. Er kann dann nicht nur so neokonservative und liberale Politik machen. Ich glaube, dass wir viel mehr Möglichkeiten haben, Akzente zu setzen im Parlament. Wir werden die linke Opposition sein, und es wird für uns einfacher. Und: Wir hoffen, dass es dann irgendwann mal eine Entscheidung gibt, und sei es nur auf einem kleinen Feld, wo wirklich etwas in die richtige Richtung geht. Wenn es z.B. darum geht, die Roma und Sinti in der Landesverfassung als Minderheit zu verankern. Das kostet kein Geld. Das wäre zum Beispiel möglich. Oder wenn es um die Frauenhäuser geht, das kostet ja auch nicht viel Geld. Ebenso wenn es z.B. darum geht, wieder Mädchentreff einzurichten und nicht ausbluten zu lassen.

PB: *Um das zu erreichen, was kannst Du den Mitgliedern unserer Partei empfehlen? In wie weit kann man sagen, es würde was bringen, wenn die Mitglieder sich noch kräftig beteiligen?*

ULI SCHIPPELS: Mit den Mitgliedern steht und fällt der Wahlkampf. Man kann irgendwelche Großflächen schalten. Man kann Plakate aufhängen. Aber das wichtigste sind die Gespräche. Wir müssen raus auf die Straße, face-to-face-Wahlkampf machen. Mit den Leuten diskutieren und unsere alternativen Positionen darstellen. Ich glaube, dann wird es auch funktionieren. Es geht tatsächlich darum, ein gutes Ergebnis zu haben, damit die Linke wieder in den Landtag kommt. Logischerweise in Schleswig-Holstein. Aber dann auch in NRW. Je stärker die Linke, desto schwächer die FDP. Dann wird auch auf Bundesebene dieses schwarz-gelbe Desaster beendet sein. Wenn in Schleswig-Holstein und in NRW die FDP raus fällt, dann wird auch die Bundesregierung am Ende sein. Und das eröffnet dann Perspektiven dafür, dass es vielleicht ein bisschen menschenfreundlicher in diesem Land zu geht.

POLITISCHE BERICHTE: *Ich bedanke mich für das Gespräch!*

„Veräußerung von Streubesitz“:

FREIBURG. Den Anträgen der Stadtverwaltung mit den Titeln „Veräußerung von Streubesitz“ und „Verkauf von Reihenhäusern der Freiburger Stadtbau GmbH“ (G-11/020 und G-12/021) wurde von der neoliberalen grün-schwarzen Mehrheit am 27.3.12 zugestimmt. Weder Verfassung noch Gesetze schützen die Gemeinschaftsgüter der Stadt davor, von den Neoliberalen in Stadtverwaltung und Gemeinderat an Akteure der Wirtschaft zu veräußern. Damit wird von OB Salomon und seiner grün-schwarzen Mehrheit trotz des 2006 deutlich gegenteilig geäußerten Bürgerwillens die Privatisierung von städtischen Mietwohnungen stetig, wenn auch in überschaubaren Mengen ziemlich unbekümmert fortgesetzt, obwohl allgemein bekannt ist, dass bezahlbarer Wohnraum für die breite Mehrheit der Freiburger Bevölkerung stetig abnimmt und zudem in den nächsten Jahren mehrere tausend Wohnungen aus der Sozialbindung herausfallen. Nachdem offenbar über Jahrzehnte hinweg auch dringend notwendige Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen an den städtischen Häusern wohl mit Wissen und Absicht unterlassen wurden, wirkt das Argument schon ziemlich zynisch, dass die betroffenen Häuser und Wohnungen kostenmäßig nun nicht mehr sanierbar seien und deshalb privatisiert werden müssten. Wie viel investiert eigentlich derzeit die FSB jährlich in ihre Wohnungen? (10 € pro qm?) Aus ideologischen Gründen kommt für die grün-schwarze Mehrheit des Gemeinderats auch ein Verkauf von einigen Häusern an das Miethäuser-Syndikat oder an eine andere Genossenschaft nicht in Frage. Auch ist Gentrifizierung für die Rathausmehrheit offensichtlich kein Problem und auch kein Grund zu besonderer Initiative. Dies zeigt sich auch am deutlich geäußerten gleichgültigen Unwillen des EBM, Einfluss auf die Gagfah zu nehmen, ihre Häuser (Erbbaurecht bei der Stadt!) im Bereich von Rennweg, Stefan-Meier-Straße und Sautierstr. an den Bauverein (alternativ an die FSB) zu verkaufen.

www.linke-liste-freiburg.de

Bedarf bedienen, Kinderarmut bekämpfen!

BONN. Angesichts der enormen Summe von 4,8 Mio. Euro aus Mitteln der Bundesförderung für Bildung und Teilhabe gilt es alle Akteure, die im Bereich Kinderarmut tätig sind an einen Tisch zu holen und konstruktive Vorschläge zu beraten. So kann mit dem Geld ein Aktionsprogramm gegen Kinderarmut aufgestellt werden. Die Linksfraktion veranstaltet daher bald ein Hearing, zu dem alle Initiativen und Organisationen wie auch die Wohlfahrtsverbände eingeladen werden. Jedenfalls darf das Geld aus der Bundesförderung für Bildung und Teilhabe auf keinen Fall in den

Untiefen des städtischen Haushalts versickern. Bislang teilte die Verwaltung aber sinngemäß mit, dass sie nicht ausschließen könne, dass mit den Mitteln andere Löcher gestopft würden. Erst nach der Großen Anfrage der Linksfraktion, die die Frage der Verwendung der überschüssigen Mittel erstmals öffentlich ansprach, scheint hier ein Umdenken der Verwaltung erkennbar“, so Irmgard Cipa, Jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion Bonn. „Aber auch eine Beschränkung auf die Jugendförderung der Sportvereine ist allein nicht ausreichend. Eine Stärkung der Kinder- und Jugendarbeit der Sportvereine ist zweifellos ein wichtiger Beitrag im Kampf gegen Kinderarmut. Doch wie das aus dem Bildungspaket stammende Geld insgesamt wirksam eingesetzt werden kann, sollte nach Meinung der Linksfraktion gemeinsam mit allen in diesem Bereich wirkenden Organisationen, Verbänden, den politischen Parteien und Verwaltung beraten werden. Denn: sei es der Bereich der Frühen Hilfen, der Sprachförderung, der Familienberatung, der Lernförderung oder beim Bonn-Ausweis oder eben der Jugendarbeit der Sportvereine: Überall gibt es Ansatzpunkte zur Hilfe für die rund 16.500 Kinder, die in Bonn von Armut betroffen sind“, betont Cipa abschließend.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Ratsantrag zur geplanten Jubelveranstaltung Welfenhochzeit:

BRAUNSCHWEIG. Unter dem Titel „1913-2013 Geschichte statt Geschichten“ beantragt die Linksfraktion im Rat der Stadt Braunschweig, dass die geplante Jubelveranstaltung zur Hochzeit von Viktoria Luise von Preußen und Ernst August von Hannover inhaltlich und organisatorisch erheblich verändert wird. So soll bereits die Konzepterstellung nicht vom ehem. Berliner Landeschef der CDU, Prof. Christoph Stölzl, erfolgen, sondern von parteiunabhängigen Fachleuten, die den nötigen Sachverstand besitzen. Im Zentrum der Veranstaltung sollen die Verhältnisse der gesamten Bevölkerung stehen und es soll erforscht werden, warum der Adel bis in die heutige Zeit glorifiziert wird. Außerdem sieht Die Linke eine Veranstaltung dieser Dimension, an der bereits jetzt ein hohes öffentliches Interesse besteht, nicht als Geschäft der öffentlichen Verwaltung an. Deshalb können die Ratsgremien nicht mit Mitteilungen abgespeist werden, sondern müssen in jeder Projektphase die Verwaltungsvorschläge beschließen.

www.die-linke.de/nc/politik/kommunal/aktuellesausdenkommunen

Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet:

HANNOVER. Die Linksfraktion in der Regionsversammlung hält nichts von der von SPD und Grünen beschlossenen regionsweiten Bürgerbefragung

zur D-Linie. „Wieso sollen die Einwohner der Umlandkommunen über etwas abstimmen, was sie wegen fehlender Betroffenheit nicht interessiert und was sie deshalb meist auch gar nicht kennen?“, fragt der linke Verkehrspolitiker Michael Fleischmann. „Die Befragung gefährdet so die Realisierung der ersten Niederflurbahn in Hannover.“ Die Linke, die seit jeher für die Niederflurbahn steht, befürwortet eine Bürgerbefragung in den betroffenen Stadtteilen Hannovers. „Man befragt etwa bei der geplanten Einführung von Expresszügen nach Springe auch nicht die Einwohner der gesamten Region Hannover“, betont Fleischmann. „Die Grünen sind beim Thema D-Linie mit großspurigen Worten als Tiger gestartet und nun als Bettvorleger gelandet. Die Grünen haben Angst vor der eigenen Courage, anstatt der SPD die Pistole auf die Brust zu setzen.“ Fleischmann kritisiert die Grünen, weil sie seiner Meinung nach die Koalitionsfrage hätten stellen müssen: „Es ist sonnenklar, dass es aus städtebaulicher Sicht nur eine Niederflurbahn auf der Linie 10 geben kann“.

www.linksfraktion-hannover.de

Städtische Wohnungsbauoffensive beschleunigen!

MÜNCHEN. Stadträtin Brigitte Wolf will die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG dazu veranlassen, jährlich mindestens 1000 neue Wohnungen zu erstellen, sei es durch Nachverdichtung auf eigenem Grund oder durch Neubau auf neuen Flächen. Dabei soll insbesondere geförderter Wohnraum entstehen, für den die Stadt langjährige Belegungsrechte erhalten soll.

Antrag: Städtische Wohnungsbauoffensive beschleunigen! Der Stadtrat möge beschließen: 1) Die städtischen Wohnungsbaugesellschaften GWG und GEWOFAG werden beauftragt, jährlich mindestens 1000 neue Wohnungen zu erstellen, sei es durch Nachverdichtung auf eigenem Grund oder durch Neubau auf neuen Flächen. Dabei soll insbesondere geförderter Wohnraum entstehen, für den die Stadt langjährige Belegungsrechte erhalten soll. 2) Durch die Inhouse-Vergabe von Flächen, vor allem in den anstehenden Neubaugebieten, stellt die Stadtverwaltung die dafür benötigten Grundstücke bereit. 3) Die Verwaltung prüft, ob und wie ggf. die Eigenkapitalbasis der städtischen Wohnungsbaugesellschaften gestärkt werden kann, um die erforderlichen Zielzahlen zu erreichen. Denkbar wäre hierfür z.B. der Einsatz langfristiger städtischer Finanzreserven wie die ‚Freiwillige Pensionsrücklage‘. Durch eine marktübliche Verzinsung könnten diese Finanzreserven zudem gestärkt werden. 4) Im Planungsreferat werden die erforderlichen Personalstellen zugeschaltet, um die nötige Schaffung von Baurecht zu beschleunigen. Be-

gründung: Die einhellig gewünschte Wohnungsbaupolitik im Rahmen von Wohnen in München V muss angesichts des überhitzten Münchner Wohnungsmarkts beschleunigt umgesetzt werden. Ziel muss es sein, den städtischen Anteil an Mietwohnungen in einem Umfang zu steigern, dass überhaupt die Möglichkeit entsteht, mietpreisdämpfend zu wirken. Dazu müssten mindestens 15 % der Wohnungen in München im städtischen Zugriff sein. Für dieses langfristige Ziel ist die Stärkung der städtischen Wohnungsbaugesellschaften unerlässlich. Aber auch die Personalbasis im Planungsreferat muss für die erforderlichen Beteiligungsprozesse gestärkt werden.

www.dielinke-muenchen-stadtrat.de

Ohne Hilfe vom Bund geht es nicht! BOCHUM. Die Bochumer KommunalpolitikerInnen sollen erneut ein riesiges Kürzungspaket schnüren, am Ende müssen mindestens 51,5 Millionen Euro jährlich gestrichen werden. Das ist nach Meinung der Linksfraktion nicht mehr machbar, ohne dass wichtige soziale, kulturelle oder auch sportliche Angebote massiv beeinträchtigt werden. Dazu erklärt der Fraktionsvorsitzende Uwe Vorberg: „Der Kämmerer hat mehrfach dargestellt, dass Bochum in einer Vergeblichkeitsfalle steckt. Selbst wenn alle freiwilligen Leistungen gestrichen werden, bleiben wir in einem strukturellen Defizit. Ohne die Hilfe des Bundes geht es nicht mehr. Es macht keinen Sinn, wichtige Infrastrukturen – und damit meinen wir auch städtisches Personal – abzubauen, um für ein Jahr einen genehmigten Haushalt zu bekommen. Viel länger wird das Zahlenwerk nicht halten. Die Linksfraktion hält die Zielvorgaben für unrealistisch. Von den im Haushaltssicherungskonzept 2011 beschlossenen 121 Millionen Euro Kürzungen sind bereits jetzt 15,6 Millionen als nicht umsetzbar eingestuft. Ähnlich wird es sich auch mit dem neuen Kürzungshaushalt verhalten. Zu den Sparvorschlägen hat die Linksfraktion bereits in den Fachausschüssen zahlreiche Änderungsanträge gestellt. Einige ganz schlimme Auswüchse wie die Einstellung des Bochum-Passes wurden über die Fraktionsgrenzen hinweg zurückgenommen. Aber gerade im Bereich Personal sind die Vorschläge mit der heißen Nadel gestrickt. Es fehlt in allen Bereichen an Konzepten, wie die Personalkürzung aufgefangen werden soll. Da verfährt die SPD-Grüne-Koalition nach dem Motto: ‚Augen zu und durch‘. So kann man unseres Erachtens nicht mit Personal umgehen.“ www.dielinke-bochum.de

Linke will Obdachlose dezentral unterbringen: BRAUNSCHWEIG. Bereits in den Beratungen zum Haushalt 2012 hat Die Linke die untragbare Situation im Woh-

nungslosensammellager „An der Horst“ thematisiert. Sie konnte erreichen, dass die sozialarbeiterische Betreuung der 69 Plätze von 0,5 auf 1,5 Stelle erhöht wird. Doch dies ist für Die Linke nur der erste Schritt in die richtige Richtung. Mittelfristig sollen Sammelager aufgelöst und die Wohnungslosen dezentral untergebracht werden. Da die Verwaltung erkennbar eine gegenteilige Politik verfolgt, hat die Linksfraktion einen entsprechenden Ratsantrag gestellt.

www.linksfraktion-braunschweig.de/

Streik hilft Stadt: STUTTGART. Eltern suchen händeringend einen Kita-Platz. Derweil berichten Erzieherinnen, dass offene Plätze nicht belegt werden und Eltern Absagen erhalten, weil Personal fehlt. Da kann die Stadt nichts machen? Falsch! Zwar beschloss der Gemeinderat Maßnahmen zur Personalgewinnung. Zentral ist jedoch eine Bezahlung, die der hohen Verantwortung und Belastung der Erzieher/-innen gerecht wird und ihnen eine Familiengründung erlaubt. In anderen Städten Baden-Württembergs und im Umland der Stadt sind die Erzieher/-innen in S8 eingruppiert, in Stuttgart jedoch die Mehrheit in S6. Das muss sich ändern. Zudem sollte die Stadt im eigenen Interesse die Forderung von Verdi unterstützen, mit einem Sockelbetrag von 200 Euro die Bezahlung der Beschäftigten in den unteren Einkommensgruppen des öffentlichen Diensts zu verbessern. www.domino1.stuttgart.de/grat/soesundlinke.nsf

Pro städtischem Betriebsprüfer 1 Mio. Euro Gewerbesteuer zusätzlich! KÖLN. Durch jeden Betriebsprüfer, den die Stadt im Bereich Gewerbesteuer einsetzt, nimmt sie pro Jahr etwa eine Million Euro zusätzlich ein. Das teilte die Verwaltung heute schriftlich dem Finanzausschuss mit. Jörg Detjen, Fraktionssprecher der Linken, dazu: „Mit jedem Betriebsprüfer nimmt die Stadt mehr als das Zehnfache seiner Personalkosten ein. Es ist seit Langem klar, dass die Stadt ihre Einnahmen stärken muss. Wie viele Millionen der Stadt durch mangelndes Personal in diesem Bereich entgehen, das kann man nur vermuten.“ Die Zusatzeinnahmen lagen in 2011 bei 4,2 Mio. Euro. In 2011 waren nur vier der sechs eingerichteten Stellen besetzt. Die Verwaltung hat inzwischen die fünfte Stelle besetzen können und hat die sechste ausgeschrieben. Claus Ludwig, Ratsmitglied und Vertreter der Linken im Finanzausschuss, dazu: „Berechtigte Steuerforderungen gegen Unternehmen müssen auch durchgesetzt werden. Wir können die Verwaltung nur ermutigen, über die bisherigen sechs Stellen hinaus noch weitere Betriebsprüfer einzustellen. Wir glauben, da ist noch Luft nach oben.“ www.linksfraktion-koeln.de

„Finanzlage hat sich 2011 insgesamt

verbessert – gleichwohl weiter angespannte Situation“. BERLIN.

„Die Daten zum Jahresabschluss des kommunalen Gesamthaushalts 2011 zeigen: Die Finanzlage der Kommunen hat sich im vergangenen Jahr insgesamt verbessert, vor allem dank steigender Steuereinnahmen. Das ist eine erfreuliche Tendenz, die sich voraussichtlich in diesem Jahr fortsetzen wird. In vielen Städten bleibt die Finanzlage gleichwohl äußerst angespannt. Das kann auch der deutliche Rückgang des Jahresdefizits für die Gesamtheit der Kommunen auf 2,9 Milliarden Euro nicht verdecken. In strukturschwachen Regionen in West und Ost leiden zahlreiche Städte unter einer immensen Schuldenlast, weil ihre Wirtschaftskraft schwächer als in prosperierenden Regionen ist oder die fremdbestimmten Ausgaben immer erdrückender werden. Kommunale Kassenkredite von bundesweit mehr als 44 Milliarden Euro legen davon Zeugnis ab. Gravierend ist weiterhin die in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegene Belastung mit Sozialausgaben auf mittlerweile über 43 Milliarden Euro. Gerade strukturschwache Städte haben dadurch keine Handlungsspielräume mehr. Das Thema Soziallasten der Kommunen bleibt auf der Tagesordnung – auch nach der hilfreichen schrittweisen Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund.“

www.staedtetag.de

Länder verantwortlich, nicht die Sparkassen: BERLIN. Der Deutsche Landkreistag wendet sich in der Financial Times Deutschland gegen Forderungen aus Nordrhein-Westfalen, die Sparkassen stärker an der Haushaltskonsolidierung der Kommunen zu beteiligen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke sagte der Zeitung: „Als Deutscher Landkreistag vertreten wir mit den Landkreisen rund 70 % der Sparkassenträger. Die Sparkassen brauchen ihr Eigenkapital, um als Institutsgruppe zu überleben. Sparkassen können zwar je nach der Situation vor Ort an ihre Träger ausschütten, wenn es ihnen gut geht. Es darf aber keinen gesetzlichen Zwang dazu geben. Es ist gefährliches Zündeln, weil die Länder für die kommunale Finanzausstattung Sorge tragen müssen und nicht ihre Verantwortung auf die Sparkassen abwälzen können. Ein Träger misst den Nutzen seiner Sparkasse im Übrigen nicht an ihrer Ausschüttung, sondern an dem, was sie vor Ort etwa für die Förderung von Mittelstand und Handwerk bewirkt. Dem Innenminister von Nordrhein-Westfalen möchte ich daher ein ganz großes Stoppschild vorhalten. Als Innenminister ist er für den kommunalen Finanzausgleich und die finanzielle Situation der Kommunen zuständig. Die Sparkassen können ihm da nicht aus der Misere helfen.“

www.landkreistag.de/

(Zusammenstellung: ulj)

Vergleich der Maurerausbildung in acht europäischen Ländern

Wie die Europäische Union vor dem Hintergrund stärkerer Angleichungstendenzen bezüglich der Anforderungsstruktur an die Arbeitskräfte im europäischen Wirtschaftsraum verstärkt auf die Berufsbildungssysteme Einfluss nimmt, war Thema in den Politischen Berichten 3/2012 (S. 15-17). Eine Schlussfolgerung war, dass die Frage, ob sich künftige Qualifikationsanforderungen und Arbeitsorganisation direkt aus der Technikentwicklung ableiten oder ob soziale Entscheidungen eine gestaltende Rolle spielen, in den entsprechenden Debatten umstritten ist. Die Kommissionsdokumente blenden diese Frage regelmäßig aus und folgern schlicht, es gehe um die Anpassung der Arbeitskräfte an die betrieblichen Anforderungen.

In diesem Zusammenhang hatten auf Initiative des Gewerkschaftsverbandes (EFBH – Europäische Föderation der Bau- und Holzarbeiter) die europäischen Sozialpartner des Bausektors ein gemeinsames Projekt durchgeführt, in dem die Anwendbarkeit der europäischen Instrumente (Europäischer Qualifikationsrahmen/EQR und Europäisches Kreditpunktesystem für die Berufsbildung) am Beispiel eines Berufes geprüft werden sollte. Es ging darum, die Maurerausbildung in acht europäischen Ländern zu vergleichen. Es ging auch darum, zu prüfen, wie sich (national) unterschiedliche Qualifikationslevels und Anforderungsprofile entwickelt haben. Die Untersuchung fokussierte auf folgende Aspekte:

- den institutionellen Rahmen und die Tradition der jeweiligen Berufsbildungssysteme
- die aktuellen Curricula des Maurerberufes
- den Themenbereich Lernorte und Methoden
- die Erwartungen, die Praktiker der Berufsbildung (Ausbilder, Lehrer, Arbeitgeber und Belegschaftsvertreter) an die künftige Qualifikationsentwicklung haben
- den „Arbeitsmarktwert“ der Maurerqualifikation und die tarifliche Stellung.

Der komplette Abschlußbericht liegt in Englisch vor (1), ein Synthesebericht in acht Sprachen übersetzt, darunter deutsch (2).

Einige Ergebnisse:

In bestimmten Ländern (z. B. England) konzentriert sich die Maurerqualifikation größtenteils tatsächlich auf das Verlegen von Steinen, während sie in anderen Ländern viel mehr Aufgaben beinhaltet. (Siehe auch die Tabelle nächste Seite.) Die französische Maurerqualifikation beispielsweise geht davon aus, dass ein qualifizierter „maçon“ in der Lage ist, mit Hilfe anderer Fachleute ein Haus zu errichten. Die Qualifikation beinhaltet die folgenden spezifischen Fertigkeiten: Vorbereitung der Arbeiten; Organisation des Arbeitsplatzes; Installieren einer Struktur; Verarbeitung der Bauabfälle;

Gerüstbau; Schalenkonstruktion mit Blöcken und Steinen; Mauerwerk; Armierung; Einschalen; Beton; Bauteile; Verputzen und wasserdicht machen; Rohrleitungen verlegen; Ausrüstung in gutem Zustand halten; Informationsaustausch. Die Unterschiede hinsichtlich des Umfangs zwischen den Ländern sind erheblich, aber dies berücksichtigt der EQR nicht. Infolgedessen kann er nur eine oberflächliche Übersicht der jeweils erforderlichen beruflichen und fachlichen Fertigkeiten und Kompetenzen darstellen. Jeder Qualifikationsrahmen für Maurer (oder andere Berufe) müsste deshalb eingehend die Inhalte der Qualifikation angeben, um eine echte Vergleichbarkeit möglich zu machen. (S. 10)

Ein weiteres Problem der Anwendung des Europäischen Qualifikationsrahmens liegt in den verschiedenen Konnotationen der benutzten Begriffe (Wissen, Kenntnis, Qualifikation, Kompetenz usw.). „Der englische Begriff „competence“ und die entsprechenden Begriffe in den anderen Sprachen – zum Beispiel „Kompetenz“ im Deutschen und „compétence“ im Französischen – haben eine genau abgegrenzte Bedeutung im Kontext der Berufsbildung. Der englische Begriff verweist auf ein bestimmtes Niveau des Erwerbens einer Fertigkeit oder einer Reihe von Fertigkeiten. Er verweist nicht auf die persönliche Selbstständigkeit oder das Urteilsvermögen, wie dies beispielsweise gemäß den niederländischen, französischen und deutschen Begriffen erlernt wird.“ (S. 9) Allerdings führen diese Schwierigkeiten des EQR-Konzeptes nicht zu einem völligen Auseinanderfallen der Einordnungspraktiken. Üblicherweise werden Berufsausbildungen in dem achtstufigen Qualifikationsrahmen in die Niveaus 3 und 4 eingeordnet. So auch die Maurerausbildung und den beteiligten Ländern. Relevant sind die beschriebenen Unterschiede dann eher für die tariflichen Eingruppierungen.

In den acht untersuchten Ländern lassen sich drei vorherrschende Berufsbildungsmodelle mit unterschiedlichen Konzepten der Maurerausbildung unterscheiden. Es gibt Unterschiede zwischen dem Betriebszweig (siehe den

Tätigkeitsumfang des französischen maçon) und dem Beruf, beschränkte und breit konzipierte Aufgabenstellungen, Praxiserfahrung und schulische Ausbildung.

Die drei ausgemachten Gruppen können in etwa wie folgt charakterisiert werden:

Gruppe 1 – England und Italien: Hier steht der Maurerberuf unter Druck. Das zeigt sich aus der niedrigen Wertschätzung der Berufsbildung, einem Mangel an Lehrstellen, Änderungen des Umfangs der Aufgabenstellung, der Integration in den Bildungsprozess, der Art der Sozialpartnerschaft und des Konzeptes von Fertigkeiten und Projektverwaltungsvermögen. In Italien sind die Regionen für die Berufsbildung verantwortlich. Dies stellt auch im inneritalienischen Arbeitsmarkt durchaus ein Problem dar.

Gruppe 2 – Polen: Wird generell als typisches System einer Berufsfachschulbildung betrachtet, genauso wie in Frankreich (auch wenn das Beispiel des Maurers in Frankreich nicht kennzeichnend ist, weil die Lehre vorherrschend ist und die Sozialpartner eine starke Rolle im Berufsbildungssystem spielen). Diese Gruppe kennzeichnet sich durch eine holistische und breite Konzeption der Qualifikation und einem spezifischen Konzept der Kompetenzen in Zusammenhang mit der Entwicklung der Projektverwaltungsvermögen aus. Im Gegensatz zu Frankreich verfügt Polen nicht über ein gut entwickeltes Sozialpartnersystem, in dem diese – einschließlich der Gewerkschaften – eine wichtige Rolle bei der Organisation und der Verwaltung der Berufsbildung spielen.

Gruppe 3 – Belgien, Dänemark, Frankreich, Deutschland und Niederlande: Kennen das duale Berufsbildungssystem (auch wenn in Belgien die Berufsbildung sehr schulisch ist), wobei der Staat, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften die Trägerschaft haben. Diese Länder haben eine ausgesprochene Berufsbildungsidentität und eine umfassendere Vorstellung von beruflichen Kompetenzen. Das Lernen erfolgt am Arbeitsplatz, in der Werkstatt und in der Klasse. Frankreich wird dieser Gruppe zugewiesen, weil das duale System von Lernen und Arbeiten die vorherrschende Berufsbildungsform für Maurer ist. Die Systeme der Gruppe kennzeichnen sich durch eine breitgefächerte Aufgabenstellung und ihre Betonung der Allgemeinbildung und der Entwicklung von Fertigkeiten des Projektmanagements. Es gibt kaum Unterschiede hinsichtlich der technischen Aufgaben zwischen Belgien, Dänemark und Deutschland, aber die Aufgabenstellung des niederländischen Maurers ist beschränkter und entspricht vielmehr dem in England.

Tabelle: Arten und Umfang der Kenntnisse

	Allgemeinbildung u. berufliche Spezialisierung	Sektorbezogen	Berufliche Kenntnisse (Umfang)
Deutschland	Deutsche Sprache; Wirtschaftswissenschaft; Sozialwissenschaften; Mathematik; Technisches Zeichnen	Arbeitsrecht; Sicherheit und Gesundheitsschutz; Umweltschutz	Übernahme von Aufträgen; Beaufsichtigung der Bauarbeiten; Arbeitsplanung und Arbeitsschema; Einrichtung, Sicherung und Aufräumen von Baustellen; Überprüfung, Lagerung, Auswahl von Baustoffen; Zeichnungen lesen und anwenden, selbst Zeichnungen machen; Messungen vornehmen; System für Qualitätssicherung und Berichterstattung; Holzbauteile machen; Beton; Dämmung, Putzarbeiten, Bodenbelag von Gebäuden, Bepflastern, Bauen von Trockenkonstruktionen ohne Mörtel; Einrichtung von Baugruben und Gräben, Straßenbau, Wasserversorgung und Kanalisation.
Dänemark	Dänische Sprache; Sozialwissenschaften; IKT; Mathematik; Technisches Zeichnen	Arbeitsumwelt; Baustoffe; Entwurf; Unternehmerische Fähigkeiten und Innovation; Produktgestaltung und Dienstleistung	Fliesen; Bodenbelag; Zeichnungen vorbereiten und auf Grund von Zeichnungen arbeiten; Handhabung von Baustoffen und Werkzeugen; mauern und Oberflächenbehandlung, mathematische Kalkulationen; Gerüstbau; Arbeitsplanung, einschließlich Kontakt und Rücksprache mit Kunden; mit anderen Beteiligten am Arbeitsprozess zusammenarbeiten; Entwurfskonzepte; Sicherheit und Gesundheitsschutz; Dämmungsarbeiten; Maurerarbeiten; Bedachung; Planung
Belgien	Muttersprache; Mathematik; Technisches Zeichnen	Ja	Elementares Maurerwerk; Stahlfundierung; oberirdisches Maurerwerk; elementare Betonkonstruktionen; Fundierungsarbeiten und Kanalisation; Fassade; Betonkonstruktionen.
Polen	Wirtschaftswissenschaft; Sozialwissenschaften; Elementare IKT; Mathematik; Polnische Sprache; Technisches Zeichnen	Arbeitsrecht; Sicherheit u. Gesundheitsschutz; Baustoffe; Unternehmerische Fähigkeiten	Organisation und Planung der Arbeit; Baustoffe, Werkzeuge und Ausrüstung; Erdarbeiten; Steinwände; Decken, Stürze und Gesimse; Tischlerei und Eisen; Beton machen; Putzarbeiten; Fugen; Reparaturarbeiten; Abbrucharbeiten
Niederlande	Niederländ. Sprache; Englische Sprache; Mathematik	Nein	Verlegen von Steinen; verleimen
Frankreich	Französische Sprache; Eine Fremdsprache; Geschichte; Geographie; Staatsbürgerkunde; Sport; Technisches Zeichnen	Arbeitsrecht; Sicherheit und Gesundheitsschutz	Vorbereitung der Arbeit; Organisation des Arbeitsplatzes; Installieren einer Struktur; Verarbeitung von Bauabfällen; Gerüstbau; Schalenkonstruktion mit Blöcken und Steinen; Mauerwerk; Armierung; Einschalen; Beton; Bauteile; verputzen und wasserdicht machen; Rohrleitungen; Ausrüstung in gutem Zustand alten; Informationsaustausch
England	Funktionelle Fertigkeiten (Lesen und Schreiben, Rechnen, IKT)	Sicherheit und Gesundheitsschutz; Umweltschutz	Verlegen von Steinen: Einhaltung der allgemeinen Sicherheit auf der Baustelle; Einhaltung wirksamer Baustellenpraktiken; Hilfsmittel für Beförderung und Handhabung; Errichtung einer Mauerwerkstruktur; Organisation einer Mauerwerkstruktur
Italien	Italienische Sprache, it. u. EU-Vorschriften; IKT	Sicherheit und Gesundheitsschutz	Wechselt je nach der Region

Die durchgeführten Befragungen ergaben, dass die beschriebenen Unterschiede in den jeweiligen Aufgaben des Maurers und der Arbeitsteilung aus den tradierten Strukturen der jeweiligen Systeme rühren, aber auch aus Traditionen des Bauens und eines ebenfalls tradierten Verständnisses von Beruflichkeit und im Engeren des Verhältnisses von Hand und Kopfarbeit.

Trotz der starken Unterschiede lässt die starke Mobilität der Arbeitskräfte im europäischen Baugewerbe vermuten, dass arbeitssuchende Maurer über Kenntnisse der jeweiligen lokalen Qualifikationen verfügen und dass daher viele Maurer umfangreiche Erfahrungen sammeln. Hiervon zeugt beispielsweise die hohe Wertschätzung der polnischen Bauhandwerker, die gängig als am Bau universal einsetzbar betrachtet werden. Allerdings werden die informell erworbenen Kenntnisse in formaler Hinsicht bisher kaum anerkannt.

Aber auch in den Ländern, die Beruflichkeit verstehen wie in der Bundesrepublik (Selbständigkeit im beruflichen Handeln), trifft diese Vorstellung nicht einfach mit der bestehenden Berufs-

praxis zusammen. Spezialisierungen die mit der Anwendung neuer Materialien einhergehen, Arbeitsteilung in langen Subunternehmerketten und die Ausbildung neuer Arbeitsvertragsformen (Wanderarbeit, Scheinselbständige, Selbständige, Schattenwirtschaftsformen) wirken auf die bestehende Arbeitsorganisation und die Qualifikationsanforderungen – nicht selten in Form von Dequalifizierung. Gleichwohl, sowohl eine Studie der Europäischen Kommission als auch eine weitere des Europäischen Berufsbildungszentrums CEDEFOP, prognostizieren für den Bausektor in der Zukunft mehr selbstständige Tätigkeiten und sich selbst organisierende Arbeitsteams als auch eine Zunahme „transversaler“ Fähigkeiten (Planung, Kommunikation, Koordinierung).

Das Projekt selbst hat letztlich zwar wenig Ergebnisse bezüglich der Einschätzung geliefert, wie sich künftig die

Qualifikationsanforderungen und die Berufspraktiken (Umfang der Arbeitsaufgaben) verändern werden, es kann aber gesagt werden, dass die Entwicklung der Qualifikationsanforderung auch stark durch die jeweiligen Vorstellungen von Beruflichkeit und die einhergehenden Veränderungen in den Berufsbildern, den Arbeitsvertragsformen, des Technikdesigns und nicht zuletzt der Arbeitsorganisation und Arbeitsteilung mit beeinflusst werden.

Die EFBH hat jetzt für den Möbelsektor ein ähnlich Projekt wie das hier vorgestellte konzipiert. Am Beispiel des Möbeltischlers und der Polsterers soll versucht werden, ausgehend von den bestehenden Ausbildungsinhalten einen Kern von Ausbildungsinhalten zu formulieren, der in der Konsequenz dann auf eine Form Europäischer Kernberuf hinauslaufen würde.

Rolf Gehring

1 Abschlußbericht: http://www.bricklayer-llp.eu/Objects/5/Files/Bricklaying_qualifications_PDF%20final.pdf

2 Zitate aus dem Synthesebericht des Projektes. Link: <http://www.bricklayer-llp.eu/Objects/5/Files/annex%2014%20-%20transnational%20synthesis%20report%20de.pdf> Im Folgenden wird bei Zitaten oder Bezugnahmen auf die Seitenzahl des deutschen Syntheseberichtes verwiesen.

Linke Politik kann sich der Aufgabe der wirtschaftlichen Entwicklung des Standorts nicht entziehen. Aber auch wenn die Bereitstellung von Infrastruktur unabsehbare Aufgabe der öffentlichen Hand geworden ist, verwundert doch, dass eine Stadt ins hochriskante und extrem spekulative Reedereigeschäft als führender Teilhaber einsteigt. Die Hamburger Linke begründet ihre Zustimmung letztlich damit, dass ein großer Hafen auch Standort der Reederei sein muss, wenn er fort bestehen will. – Da Häfen, Bahnhöfe, Flughäfen Auslöser harter politischer Auseinandersetzungen geworden sind, wird eine Diskussion der Ziele und Methoden wirtschaftlichen Entwicklung dringlich.

Hapag-Lloyd: Linke stimmt Kauf von Anteilen unter Vorbehalten zu

Die Entscheidung über die Übernahme von weiteren Anteilen an der Reederei Hapag-Lloyd durch die Stadt Hamburg steht kurz bevor. Die Fraktion Die Linke in der Hamburgischen Bürgerschaft hat sich entschieden, dem Kauf zuzustimmen. Allerdings macht die Linksfraktion auf die mangelnde Transparenz in der Hafenpolitik und auf mögliche soziale Auswirkungen des Hapag-Lloyd-Deals aufmerksam. Deshalb wird die Fraktion drei Zusatzanträge in die Bürgerschaft einbringen.

Die Gründe, die die Linken-Abgeordneten zur Zustimmung veranlassen, sind im Wesentlichen die gleichen wie 2008, als die Stadt Hamburg erstmals Anteile an der Reederei erwarb. Das Hauptproblem ist weiterhin die Gefahr einer „feindlichen Übernahme“ von Hapag-Lloyd. Die TUI hat das vertragliche Recht, die Mehrheit der Aktien an Dritt-Interessenten verkaufen zu können „Nur eine starke Beteiligung der Stadt Hamburg sichert in dieser Phase das Fortbestehen der Reederei am Standort Hamburg“, sagt Norbert Hackbusch, hafenpolitischer Sprecher der Fraktion Die Linke

Unterstützung erfährt Hackbusch dabei von Experten wie Philip Damas von Drewry Shipping Consultants ... Der Hamburger Hafen sei zwar kräftig, aber die Erfahrung der letzten Jahre habe eindrücklich bewiesen, dass Reederinteressen die Häfen immer mehr dominieren. „Auch wenn es gegenwärtig noch keinen konkreten Interessenten an Hapag Lloyd gibt, bereiten die hohen Verwerfungen in der Seeschifffahrt große Probleme.“ Die Hafenlandschaft weise darüber hinaus Überkapazitäten vor. Die ohnehin schon von Überkapazitäten gezeichnete Hafenlandschaft werde durch den Ausbau vom Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven und vor allem durch Maasvlakte 2 in Rotterdam noch erweitert.

Kritik äußert Hackbusch an dem hohen Preis, den die Stadt an TUI zu zahlen hat. Dieser sei, „vorsichtig ausgedrückt“, auch der unglücklichen Vertragsklausel geschuldet, die TUI garantiert, im kritischen Fall die Mehrheit des Unternehmens verkaufen zu können ... Ohnehin sei der Kauf „riskanter als dargestellt“, sagt Hackbusch. Die Krisensituation in der Schifffahrt werde noch einige Zeit

bestehen bleiben. „Das belastet Hapag-Lloyd, obwohl das Unternehmen insgesamt gut und produktiv im Markt arbeitet. Der Börsengang ist daher nur luftige Hoffnung.“ Das bedeute auch, dass das Engagement der Stadt wahrscheinlich länger als bisher geplant andauern und dadurch entsprechend riskanter sein werde. „Auch die Auswirkungen auf den Hamburger Haushalt mit 50 Mio. EUR Zinsen pro Jahr sind nicht zu unterschätzen.“

Aus diesem Grund hat die Fraktion Die Linke drei Zusatzanträge gestellt:

1. *Die Transparenz in der Hafenpolitik muss erhöht werden.* Der besondere zeitliche Druck, unter dem diese Drucksache entschieden werden musste, ist ein erstes Problem. Zusätzlich sind viele ökonomische Entwicklungen und Einschätzungen bei Geheimhaltungen und Intransparenz von uns Abgeordneten kaum zu verstehen und damit auch nicht zu kontrollieren. Das gilt in Hamburg für den gesamten Hafen, wo die Transparenz mit der Gründung der Hamburg Port Authority noch einmal kräftig eingeschränkt wurde. Die erneute große Investition in den Hafen erfordert, die Entwicklungen des Hafens für alle BürgerInnen der Stadt und auch für die Abgeordneten öffentlich darzustellen. Erste wichtige Schritte fordern wir mit diesem Antrag.

2. *Die regional-ökonomischen Kenntnisse der Stadt über den Hafen müssen verbessert werden.* Es hat mich schon erschreckt, wie dürr die Kenntnisse des Senats bezüglich der regional-ökonomischen Bedeutung des Hafens für die Stadt und die Region sind. Unser Antrag soll hier Besserung schaffen.

3. *Die neuen Investitionen der Stadt in den Hafen dürfen nicht zu Lasten der sozialen Infrastruktur in dieser Stadt gehen.*

Die Ankündigung der Sozialbehörde, die Rahmenzuweisungen an die Bezirke im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit pauschal um 10 Prozent zu kürzen, bedroht in Hamburg eine soziale Infrastruktur, die angesichts der Kinderarmut unerlässlich ist. „Die Investition in den Hamburger Hafen darf nicht durch Kürzungen im Sozialbereich bezahlt werden“, sagt Hackbusch.

Norbert Hackbusch,

www.linksfraktion-hamburg.de, 30.3.2012

Zeitarbeitsbranche sieht sich als Sprungbrett. FAZ, Mo., 19.3.2012. Rund 300 000 Leiharbeitskräfte seien im vergangenen Jahr in die Stammbeschaftungen von Kundenunternehmen übernommen worden, so der Bundesarbeitgeberverband der Personaldienstleister (BAP). Der Trend zu solchen Übernahmen habe sich im Jahresverlauf deutlich erhöht was die große Integrationsleistung der Zeitarbeitsbranche für den Arbeitsmarkt zeige, so der BAP-Präsident V. Enckerts. Der DGB hält die Zahl von 300 000 Übernahmen für durchaus plausibel. Allerdings liege die Zahl der Menschen, die innerhalb des vergangenen Jahres in der Zeitarbeit beschäftigt waren, nach Schätzungen von DGB-Arbeitsmarktexperte J. Jakob bei rund 1,8 Millionen. Jakob kommt so auf eine Quote von 15 %. „Das ist viel zu niedrig, um auf die starke Verbreitung der Leiharbeit zu rechtfertigen.“ Der wahre Grund liege gerade im produzierenden Gewerbe in den hohen Lohnunterschieden zwischen Stammbeschaftungen und Zeitarbeitern.

Stromversorger über Minister Röttgen empört. FAZ, Die., 27.3.2012. Die deutsche Energiewirtschaft empört sich über die Vorwürfe von Umweltminister N. Röttgen, der den Unternehmen mehrfach die Verantwortung für steigende Strompreise zugeschrieben hatte. Seit der Liberalisierung des Strommarktes 1998 seien die Preise für Erzeugung, Transport und Vertrieb um 8 % erhöht worden, die staatlich veranlassten Steuern und Abgaben dagegen um 178 % gestiegen, sagte die Chefin des Bundesverbands der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) H. Müller, die Politik müsse ihren Teil der Verantwortung auch bei der Preisdebatte übernehmen.

Handelsbeschränkungen wegen Frauenquote möglich. FAZ, Mi., 28.3.2012. Deutschen Unternehmen drohen Nachteile beim Export in Länder der EU, in denen es eine gesetzliche Frauenquote gibt. Zu diesem Schluss kommt das Auswärtige Amt. Die Brüsseler Justizkommissarin Viviane Reding setzt sich für eine stärkere Beteiligung von Frauen an der Spitze von börsennotierten Aktiengesellschaften ein. Schon heute müssten Unternehmen verschiedene nationale Quotengesetze erfüllen, wenn sie sich im Ausland um Aufträge der öffentlichen Hand bewerben. „Dies könnte über kurz oder lang dazu führen, dass deutsche Unternehmen nicht mehr an Ausschreibungen beispielsweise in Spanien oder Frankreich teilnehmen dürften, da sie nicht die Voraussetzungen der dort geltenden Quotengesetze erfüllen“, heißt es in einer Analyse des Außenministeriums. In Industriekreisen zeigt man sich besorgt über die Auswirkungen auf die Exportindustrie.

Zusammenstellung: rst

Handelt die SPD uns gegenüber irrational?

Zur Frage, ob die SPD uns gegenüber, also mit ihrer „Ausgrenzungs- und Vernichtungsstrategie“, ich würde eher von einer Strategie nichtkooperativen Verhaltens sprechen, in den Ländern, aber auch im Bund (siehe das Interview mit A. Nahles) irrational, d.h. gegen ihre eigenen Interessen handelt oder eben nicht.

Meine Auffassung ist dazu kurz zusammengefasst die folgende:

Um diese Frage zu entscheiden, sollten wir uns die Struktur und Dynamik der großen Konfliktlinien (Cleavages) in Deutschland anschauen. Da sieht man einerseits, dass der Sozialstaatskonflikt (Frage der sozialstaatlichen Umverteilung) hinter den Standortkonflikt (Deutschland im globalen Wettbewerb) zurückgesetzt bleibt und die SPD wie Die Linke darum in der Defensive bleiben. Das kann Merkel besser.

Andererseits ist die Cleavage libertär – autoritär nach wie vor stark.

Neu ist, dass seit Mitte 2011 die Grünen sich das entsprechende Potential mit den Piraten teilen.

Beide zusammen ziehen jedoch nach wie vor ca. ein Viertel der Stimmen.

Die SPD ist nicht in der Vorhand, kann die soziale Karte nicht spielen.

Es kommt hinzu, dass zwei weitere rotrote Landesregierungen bundespolitisch auf 2013 hin Druck aufgebaut hätten, diese Option nach der Bundestagswahl zu ziehen.

Aber diese Option hätte es in sich. Ein tatsächlicher Richtungswechsel würde erstens bedeuten, den Sozialstaatskonflikt aufzuwerten. Das aber wäre zwingend verbunden mit einem Schwenk im Standortkonflikt, also in der Europa-, Wirtschafts- und Finanzpolitik und das dürfte hochgradig riskant sein. Eine Destabilisierung der Lage, der Verlust der deutschen Position wären zu befürchten, negative Folgen für die deutsche Beutegemeinschaft, eine formidable Herrschaftskrise.

Also wartet man auf die rotgrüne Chance für sanfte Modifikationen (die möglicherweise wirklich zu begrüßen wären) und verschafft sich Ressourcen in Form von Ämtern und Mandaten. Dafür reichen Juniorpartnerschaften allemal. Und dafür braucht es keine personelle Entscheidung an der Spitze und keine politische Einengung im Wahlprogramm.

Dass die SPD auch Chancen nutzen kann, hat die Frankfurter OB-Wahl gezeigt.

Warum, bitte schön, sollte die SPD sich also auf uns einlassen?

Dr. Harald Pätzolt, 3.4.2012

1. Hat sich die Ausgangslage für Die Linke durch den Wechsel der SPD von der Regierung in die Opposition, also seit Herbst 2009, verändert?

2. Hat sich die Lage der Linken, im Vergleich zur Zustimmung 2009, durch ihr eigenes kritikwürdiges Verhalten verschlechtert?

THESE: DL und SPD gehören im deutschen Parteiensystem zu einem Lager, einer Parteienfamilie. Social Democrats and Radical Lefts. Potentiale haben eine große Schnittmenge. Logik oszillierender Röhren: Rückt die SPD nach rechts, was beim Eintritt in eine Regierung der Fall sein kann, aber nicht muss, gibt sie Platz auf der Linken frei, den DL besetzen kann. So geschehen seit 2003 bis 2009. Andersherum: Rückt sie wieder nach links (praktisch politisch oder symbolisch) erobert sie linke Räume zurück. DL verliert Anhänger an die SPD.

THESE: Die Stärke der Dynamik hängt davon ab, auf wessen Seite das *historische Momentum* ist. Wird eine der beiden Parteien von einer aus der Gesellschaft kommenden Bewegung angestoßen und nimmt sie diese auf, wird sie temporär Bewegungspartei. Dann beschleunigt sich die Landnahme. So geschehen der SPD W. Brandts und für DL 2005 bis 2009. Geht das Bewegungsmoment, das *historische Momentum* verloren (was in der Natur desselben liegt), wird man auf seine Stammländereien zurückgeworfen, die es selbst noch zu verteidigen gilt. Das dürfte die Lage der Linken seit 2009 sein.

THESE: Der Verlust des *historischen Momentums* ist für jede Partei nur schwer zu verkraften, bringt Irritationen, Verwerfungen, personelle Auseinandersetzungen mit sich. Suche. Gelingt es nicht, rasch zu neuer Identität zu finden (Identität ist das gelungene Resümee, das eine Partei aus den Erfahrungen der vergangenen, abgeschlossenen Periode politischen Wirkens zieht), entsteht ein Bild der Zerrissenheit, wird sie Anhänger nicht nur an die Konkurrenz, sondern auch ans sogen. Nichtwählerlager verlieren. So geschehen der Linken seit 2009.

Das alles geschieht freilich nicht nach Art von Naturgesetzen oder schicksalhaft, sondern das sind Ergebnisse kollektiven Handelns und sozialer Entscheidungsprozesse der politischen Akteure einerseits, der Bürger andererseits. Auf die Bürger als Wähler komme ich gleich. Zunächst zu den Akteuren, den Parteien.

Aus Sicht der Linken ist die Frage, inwiefern diese Vorgänge, das Ver-

hältnis zur SPD einerseits, das zur Wählerschaft andererseits, durch eigenes politisches Handeln verursacht und also auch zu verändern sei, vollkommen richtig gestellt.

THESE: Verkennt man den Verlust des *historischen Momentums* oder glaubt, ihn (jederzeit) von sich aus, also aus der Partei heraus, wieder erzeugen zu können, erzeugt man in der Beziehung zur Anhängerschaft möglicherweise Dissonanzen, schreckt eventuell Wähler ab, die selbst vom Bewegungsmodus aus Nutzenskalkül umgeschaltet haben. Voluntarismus. Positiv gewendet wäre diese Auffassung strategisch nützlich, wenn sie damit rechnete, dass aus den vielfältigen, überall in der Gesellschaft steckenden Bewegungsmomenten unter entsprechenden Umständen eine größere, weit überregionale Bewegung sich ergeben könnte, vergleichbar mit S21. Darauf sollte DL vorbereitet sein durch engste Beziehungen zu vielen solcher Problemorte.

THESE: Akzeptiert man den Verlust des Momentums und anerkennt dass, trotz allen eigenen Zutuns, die SPD durch ihre Verweigerungsstrategie die Linke in eine parteipolitische Isolation (= keine Machtoption) gedrängt hat, bleibt nur die klassische Minderheitenstrategie: „Wir gegen Alle“, um die eigene Anhängerschaft zu binden. Zugleich soll diese durch Protestwähler, die DL als den Knüppel sehen, mit dem der Esel SPD geschlagen werden kann, erweitert werden.

THESE: Zur Wählerschaft. Ist das *historische Momentum* erstorben, das Bürger und Partei in einer Bewegung, also kollektiv, miteinander verband, fallen sie in ihre individuellen Lebenslagen zurück und bringen, soweit sie nicht in enger Parteilbindung sind, bei der Entscheidung für eine Partei das Nutzenkalkül in Anwendung.

Dabei werden erwartete Nutzengröße und Wahrscheinlichkeit des Nutzeneintritts abgeschätzt.

DL wird dabei deutlich mehr in ihrer instrumentellen Funktion, Druck auf die andern Parteien zu machen, wahrgenommen und „benutzt“. Soziale Probleme klarer benennen und konsequenter verfolgen, unabhängig, nicht korrupt zu sein, auf der Seite der kleinen Leute zu stehen.

Fazit: Die Antwort auf beide Fragen lautet: Ja!

Eine Stimme aus dem Saarland ist für die Politischen Berichte ein Novum. Walter Kappmeiers Beitrag läßt begreifen, dass der Nimbus Oskar Lafontaines sich aus praktisch-politischen Erfolgen ergab, aus dem geschickten Einsatz öffentlicher Mittel zu wirtschaftlichen Zwecken, die dem Saarland über die Krise der 1980er Jahre halfen. Eine übergreifende Ausstrahlung entstand, weil in der Linken-Strategiediskussion die Ereignisse im Saarland als Beweis gelten konnten, dass die Politik die Wirtschaft führen könne und müsse. Als eine Übertragung dieser Strategie auf die Bundespolitik nicht gelang, verblasste auch die Ausstrahlung auf die SPD und auf die Wähler. Wird es der Fraktion der Linken im Saarland gelingen, bei der Sanierung des schwer angeschlagenen Landes eine Rolle zu spielen? Mit 16,1% Zustimmung und dieser Vorgeschichte ein Muss.

Die Linke im Saarland nach der Wahl 2012

Die Linke im Saarland erzielte in der Landtagswahl vom 25. 3. 2012 16,1% der gültigen Stimmen. Das sind 5,1 Prozentpunkte oder 36 052 Stimmen weniger als 2009. Damit nimmt die Linke im Saarland immer noch eine Spitzenposition in den westdeutschen Landesverbänden ein (Berlin 12,6, dann HH 7,0) und nähert sich den Ergebnissen in den neuen Bundesländern (MV 18,7).

Der Mythos Oskar Lafontaine

Nach Ansicht des Mainzer Politikwissenschaftlers Jürgen Falter, der als ehemaliger Assistent an der Saaruniversität die Verhältnisse sehr gut kennt, sind 8 bis 10 Prozentpunkte dieses Ergebnisses dem Mythos Oskar Lafontaine geschuldet. Wie lässt sich dieser Mythos fassen und ist er auf die Bundesebene übertragbar?

Lafontaine, geb. 1943, ist Sohn einer Kriegerwitwe. Der Vater war Bäcker, stammte also aus dem Arbeiter- bzw. kleinen Handwerkermilieu, die Mutter arbeitete als Sekretärin. Seine Schulzeit verbrachte er im bischöflichen Konvikt in Prüm. Dieser Aufenthalt brachte ihm später den Ruf eines Jesuitenschülers ein und umgab ihn mit dem Flair einer gewissen Raffinesse, signalisierte aber auch seine Verwurzelung im saarländisch-katholischen Milieu. Wie viele seiner katholischen Kommilitonen wandte er sich im Rahmen des in den 60er Jahren an den Universitäten vorherrschenden politischen Klimas der SPD zu, der er 1966 beitrug, an der Protestbewegung beteiligte er sich nicht. Gemeinsam mit seinem Freund Reinhard Klimmt bereitete er dann seine Karriere in der saarländischen SPD vor. Bereits 1976 wurde er Oberbürgermeister in der Landeshauptstadt Saarbrücken.

Seinen Mythos begründete er mit der Sanierung der zum Teil als Rotlichtviertel verwahrlosten Altstadt im Stadtteil St. Johann, die heute als Touristenattraktion mit Einkaufsmöglichkeiten, Cafés, Restaurants und Kneipen zu einem Schmuckstück der Stadt geworden ist. Zudem gelang es ihm, den Haushalt der Stadt zu sanieren und auszugleichen. Sein Ausbau des Personennahverkehrs brachte ihm die dauerhafte Sympathie der Busfahrer ein.

Als er nach einem gescheiterten Anlauf 1980 zum zweiten Mal 1985 für die SPD als Ministerpräsident kandidierte, galt er bereits als Favorit. Mit seinem

Wahlsieg beendete er eine 40jährige CVP/CDU-Herrschaft, die, nimmt man die Vorkriegszeit unter Völkerbundmandat hinzu, über das Zentrum bis zur Kaiserzeit zurückreichte.

Bestimmend für den Wahlerfolg von 1985 waren:

1. Die Krise der saarländischen Stahlindustrie. Die Eigentümer der Stahlwerke in Neunkirchen, Saarbrücken und Völklingen hatten seit Abzug der Franzosen 1955 nicht mehr investiert, sondern die Gewinne in andere Unternehmungen in der übrigen BRD investiert. Die saarländische CDU/FDP-Regierung suchte daher einen Partner zur Übernahme der Stahlindustrie und fand ihn im Luxemburger Stahlkonzern Arbed, der die gewinnbringenden Segmente nach Luxemburg transferierte und den Rest für 1,00 DM zum Kauf anbot. Im Kabinett traten nacheinander drei FDP-Wirtschaftsminister zurück, da sie keinen neuen Partner fanden. Der Vorschlag der SPD, die Stahlindustrie zu verstaatlichen, wurde von der CDU/FDP-Koalition aus ideologischen Gründen zurückgewiesen, da der Staat nicht als Unternehmer tätig werden dürfe. Lafontaine kündigte im Wahlkampf an, diese Mark bezahlen zu wollen. Nach dem Kauf des Unternehmens gründete er eine Auffanggesellschaft und holte Stahlmanager aus dem Ruhrgebiet, die die Stahlindustrie sanierten. Die Rettung der Arbeitsplätze gilt daher als seine Meisterleistung.

2. Sein Ansehen stieg daher auch bei saarländischen Unternehmern, die diese Leistung anerkannten.

3. Der Auflösungsprozess des katholischen Milieus, der bereits in den 50er Jahren im Ruhrgebiet und am linken Niederrhein eingesetzt hatte, erreichte im Saarland zwischen 1980 und 1985 seinen Höhepunkt. Katholische Arbeitnehmer, die bisher über die katholischen Verbände der CDU verbunden waren, wandten sich nun der SPD zu,

die erfolgreich mit Oskar Lafontaine ihre Arbeitsplätze verteidigt hatte.

4. Vor allem im Bildungsbereich galt das Saarland als provinziell und veraltet gegenüber den übrigen Bundesländern, die das Schulwesen in den 70er Jahren modernisiert hatten. Mit Diether Breitenbach und seiner Crew holte er einen Kultusminister ins Saarland, der eine Modernisierung des Bildungssektors und den Anschluss an die übrigen Bundesländer versprach. Damit sprach er vor allem das linke Bildungsbürgertum an und band es an die SPD.

5. Mit Jo Leinen deckte er das ständig wachsende Segment der Umweltpolitik ab. Es gelang damit, potentielle linke Wähler der Grünen an die SPD heranzuführen und die Grünen selbst unter 5% zu drücken, nachdem er angekündigt hatte, auf keinen Fall eine Koalition mit den Grünen eingehen zu wollen, sondern lieber in die Opposition zu gehen.

6. Der Dialekt: der saarländische Dialekt (im Nordwesten moselfränkisch, im übrigen Saarland rheinfränkisch) galt seit der Herrschaft der preußischen Beamten zwischen 1815 und 1919 in Bergbau, Verwaltung und Stahlindustrie als Unterschichtensprache, die zwar Solidarität, Nähe und Wärme versprach, aber ungeeignet war im Umgang mit den Herrschenden. Saarländische Politiker bemühten sich daher, hochdeutsch zu sprechen (was ihnen nicht immer gelang).

Der Wahlkampf, den der saarländische Literat Gerhard Bungert für seinen Freund Oskar organisierte, fuhr daher zweigleisig:

- ein Lafontaine-Wahlkampf: Dunkler Anzug im Rathausaal Saarbrückens, deren Oberbürgermeister er war, vor einem Gemälde der Brebacher Hütte, hochdeutsch;

- ein Oskar-Wahlkampf: Offenes Hemd mit kurzem Arm, eine Baguette unter dem Arm auf dem (sanierten) St. Johanner-Markt, am Arm eine St. Johanner Marktfrau, die als Original bekannt war; Dialekt: „Enner von uns“.

Der Wahlkampf signalisierte damit Kompetenz und Volkstümlichkeit. Die Folge war eine starke Aufwertung des saarländischen Selbstbewusstseins einschließlich des Dialektes. Die Saarländer, die sich als Armenhaus „denen im Reich“ unterlegen fühlten, gewannen ihren Stolz zurück, der Dialekt wurde wieder identitätsstiftend. Diese Aufwertung der regionalen Sprache

passte in den Zeitgeist, der sich mit der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft nun dem entgegengesetzten Pol, der Region zuwandte und diese – etwa durch Fernsehfilme wie „Heimat“ – aufwertete.

Die Wahl wurde also gewonnen durch eine Koalition der klassischen SPD-Wähler aus der Arbeiterschaft, den nach neuer Orientierung suchenden katholischen Arbeitern und dem an Bildung und Umweltschutz interessierten Bildungsbürgertum sowie den nach Selbstbestätigung suchenden bodenständigen Saarländern. Diese Koalition verband sich mit dem Namen Oskar Lafontaine.

Die Koalition aus Gewerkschaftlern und Bildungsbürgern geriet spätestens mit der Wahl von 1999, als die SPD die Mehrheit an die CDU verlor, in die Krise.

Angesichts der Belastungen des saarländischen Haushalts infolge der Bergbaukrise und den Folgekosten der deutschen Einheit wurden, um die Eigenständigkeit des Landes zu sichern, massive Sparmaßnahmen vorgenommen, die vor allem die Polizei und den Bildungsbereich einschließlich der Universität betrafen. Massive Proteste von Professoren, Studenten, Lehrerverbänden (GEW und Beamtenbund gemeinsam), Eltern und Schülern bis zu Schulstreiks waren die Folge. Der Innenminister wurde von seinen Polizisten ausgepöffelt. Es gab zahlreiche Parteiaustritte. So zeichnete sich schon vor der Wahl von 1999 ab, dass die früheren sozialdemokratischen Wähler nur schwer zu mobilisieren sein würden.

Vor allem die Wähler aus dem Bildungsbürgertum blieben 1999 zu Hause. Lafontaine war in dieser Wahl nicht nur der Kommunikator, sondern auch der Polarisierer: Während vor allem Arbeitnehmer und Gewerkschaftler in ihm nach wie vor vornehmlich „de Oskar“ sahen, gab es nicht nur beim politischen Gegner CDU und FDP, also fast der Hälfte der Wählerschaft, sondern auch in der eigenen Anhängerschaft aus dem Bildungsbürgertum erhebliche Aversionen.

Die Entwicklung der Linken bis 1999

Infolge des Kalten Krieges gab es im Saarland keine nennenswerte KPD- oder DKP-Tradition (in der Zwischenkriegszeit war dies anders). Die heutige saarländische Linke besteht in erster Linie aus ehemaligen SPD-Wählern und -Mitgliedern, einigen ehemaligen Grünen und ehemaligen Nichtwählern. Zwischen 1994 und 2004 wurde die Wählerschaft der SPD mehr als halbiert. Für den Verlust zwischen 1994 und 1999 von 92780 Stimmen, fast einem Drittel der Wählerschaft, war wohl eher die Sparpolitik der Landesregierung verantwortlich, die von den

Meinungsführern und Wählern nicht akzeptiert wurde, Einfluss hatten vielleicht auch die handwerklichen Fehler der rot-grünen Bundesregierung, die diese in den ersten Monaten nach der Regierungsübernahme machte, während die Landesregierung unter Klimmt sich bemühte, die negativen Folgen der Rentenkürzungen durch eine Konfrontationspolitik mit der Bundesregierung aufzufangen. (Dies sehe ich anders als der Politikwissenschaftler Winkler, der von Mainz und Berlin aus die Wahl in der ZParl 2010 kommentierte.)

Auf die Agenda 2010 reagierten die SPD-Wähler 2004 mit Stimmenthaltung. Die Partei verlor noch einmal 111087 Stimmen, also fast die Hälfte ihrer schon 1999 geschrumpften Wählerschaft. Nur wenige fanden den Weg zur PDS, die ihren Anteil gegenüber der DKP 1999 von 0,8 oder 4490 Wählern auf 2004 2,3%, 10240 Wählern, steigerte. In diesen Wahlkampf griff Lafontaine mit scharfer Kritik an der Bundesregierung ein und drohte mit einer Parteineugründung, falls die Bundesregierung ihr sozialpolitisches Konzept nicht aufgebe. Diesen Schritt vollzog er im Vorfeld der Bundestagswahl 2005, ein Jahr nach der Landtagswahl. Das Verhalten der Wähler 2004 entsprach damit seiner abwartenden Haltung. Die Bundestagswahlen sollen hier nicht zum Vergleich herangezogen werden, weil sie anderen Modalitäten unterliegen als Landtagswahlen, z. B. in der Wahlbeteiligung.

In der Landtagswahl 2009 gewann

die saarländische Linke 21,3 Prozent oder 113664 Stimmen. Den größten Teil ihrer Wähler, nämlich 43000, gewann sie aus dem Nichtwählerbereich, die übrigen verteilten sich auf SPD (26 000), CDU, FDP, NPD und Splitterparteien, insgesamt aus dem Bereich der konkurrierenden Parteien 44 000 (Horst Kahrs). Dieser Mobilisierungserfolg war in erster Linie ihrem Spitzenkandidaten geschuldet, der mit 76% als wichtigstes Motiv, links zu wählen, angegeben wurde. Seine Person überstrahlt auch die Sachkompetenzen: während der Linken sonst die Hauptkompetenz bei der sozialen Gerechtigkeit zugesprochen wurde, dominierte 2009 an der Saar die Kompetenz in der Wirtschaftspolitik (Horst Kahrs), offensichtlich eine Erinnerung an den Haushaltssanierer und Retter der Stahlindustrie.

Die Linke würde ein Ergebnis in dieser Höhe nur schwer wiederholen können, da vor allem aus dem Nichtwählerbereich, aber auch von den Wechselwählern der übrigen Parteien viele nicht aus programmatischen Gründen, sondern wegen der Aktualität links gewählt hatten. Auch war damit zu rechnen, dass die SPD mit größerem zeitlichen Abstand von der Agenda 2010 und einer vorsichtigen Absetzbewegung von der Schröderschen Sozialpolitik einen Teil ihrer Wähler würde zurückgewinnen können.

Die Regierungsbildung 2009 und das Ende der Jamaika-Koalition

Im Wahlkampf zur Landtagswahl 2009

Landesergebnis Saarland

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl 2012

Gegenstand der Nachweisung	Stimmen 2012		Stimmen 2009		Diff *
	Anzahl	%	Anzahl	%	
Wahlberechtigte	797.513	-	804.622	-	-
Wähler	491.603	61,6	544.220	67,6	-6,0
Ungültige	10.354	2,1	9.427	1,7	0,4
Gültige	481.249	97,9	534.793	98,3	-0,4
CDU	169.594	35,2	184.537	34,5	0,7
SPD	147.160	30,6	131.241	24,5	6,0
Die Linke	77.612	16,1	113.664	21,3	-5,1
FDP	5.871	1,2	49.064	9,2	-8,0
GRÜNE	24.248	5,0	31.516	5,9	-0,9
FAMILIE	8.393	1,7	10.710	2,0	-0,3
NPD	5.604	1,2	8.099	1,5	-0,3
FREIE WÄHLER	4.172	0,9	-	-	0,9
DIREKTE DEMOKRATIE	720	0,1	-	-	0,1
Die PARTEI	2.229	0,5	-	-	0,5
PIRATEN	35.646	7,4	-	-	7,4
Übrige	-	-	5.962	1,1	-

* Differenz zu 2009 in Prozent-Punkten. Es können Rundungsabweichungen auftreten.

©2012 Die Landeswahlleiterin, Statistisches Amt Saarland

favorisierte die SPD eine rot-grüne Regierungsbildung unter Heiko Maas, schloss aber einen Einschluss der Linken nicht aus, falls sie für eine Regierungsbildung benötigt werden würde.

Die Grünen ließen deutlich Sympathien für eine rot-grüne Regierung erkennen. Da Programminhalte und Frontstellung gegen die CDU/FDP-Landesregierung mit der von SPD und Linken übereinstimmten, entstand der Eindruck eines Lagerwahlkampfes rot-rot-grün gegen schwarz-gelb. Eine Zusammenarbeit mit der Linken in einer Koalition wurde von der Spitze der Grünen nicht ausgeschlossen. Als Oskar Lafontaine vor einem Wechsel der Grünen zu Schwarz-Grün warnte, um linke Grün-Wähler zu gewinnen, reagierte die Partei mit einem Plakat, auf der eine Oskar-Karikatur zu sehen war mit extrem kurzen Beinen und dem Text „Lügen haben kurze Beine“. Dieses Plakat wurde als Absage an Schwarz-Grün verstanden.

Nach der Wahl mobilisierte der grüne Parteivorsitzende Hubert Ulrich sein innerparteiliches Netzwerk und setzte die Jamaika-Koalition durch. Die Glaubwürdigkeit der Partei hat durch Jamaika vor allem gegenüber den linken grünen Wählern gelitten. Der Parteivorstand trug dem dadurch Rechnung, dass er 2012 eine linke Grüne, die ehemalige Umweltministerin Simone Peter, auf Platz 1 der Landesliste setzte und Hubert Ulrich zurücknahm auf Platz 2. Mit 5,0 %, genau 186 Stimmen mehr als die Sperrklausel, schafften die Grünen 2012 knapp den Einzug

ins Parlament. Dass die saarländischen Grünen an ihren bundesweiten Höhenflug, soweit er noch vorhanden ist, auch nicht im entferntesten anknüpfen können, scheint daher eher landespolitische Ursachen zu haben.

Anlass für die Aufkündigung der Koalition durch die Nachfolgerin von Peter Müller im Amt des Ministerpräsidenten Annegret Kramp-Karrenbauer war die FDP. Sie befindet sich zwar bundespolitisch im freien Fall, allerdings haben zur Misere im Saarland die heimischen Liberalen entscheidend beigetragen. Die fünfköpfige Landtagsfraktion überzog sich gegenseitig mit Anzeigen wegen Unterschlagungen und Beleidigung; der Landespartei vorsitzende Hartmann trat zurück, blieb aber Wirtschaftsminister, auch weil sich die Partei auf keinen anderen Kandidaten einigen konnte. Nachfolger als Parteivorsitzender wurde ein unbekannter Bundestagsabgeordneter, der von Berlin aus kaum Einfluss hatte, während sich die Fraktion vor den Augen der staunenden saarländischen Öffentlichkeit selbst zerlegte. Der Fraktionsvorsitzende trat der CDU-Fraktion bei, und die Restfraktion war nicht in der Lage, sich auf einen neuen Vorsitzenden zu einigen. Ein möglicher Kandidat wurde nach Indiskretionen von der Staatsanwaltschaft wegen einer Dienstwagenaffäre aus dem Rennen geworfen. Schließlich kündigte die Ministerpräsidentin wegen der Handlungsunfähigkeit der FDP-Fraktion am 6. Januar die Koalition auf. Ihre Begründung wurde von

den saarländischen Medien, SR und „Saarbrücker Zeitung“, insgesamt zustimmend übernommen; der Einwand des Wirtschaftsministers Hartmann, die Querelen der FDP hätten sich nicht auf die Koalition ausgewirkt, da sie immer geschlossen abgestimmt habe, lässt aber den Schluss zu, dass Maas und Kramp-Karrenbauer die große Koalition seit längerem verabredet hatten und einen Anlass für das Ende der Koalition suchten. Das Ergebnis der FDP von 1,2% ist damit vor allem hausgemacht.

Die Linke

Im Mittelpunkt des Wahlkampfes der Linken stand die Person Oskar Lafontaines, der auf ca. 80% der Wahlplakate zu sehen war und an seine Erfolge als Oberbürgermeister Saarbrückens und als Ministerpräsident erinnerte. Hauptgegner war die SPD mit dem offensichtlichen Ziel zu verhindern, dass Heiko Maas Seniorpartner in einer großen Koalition wurde, um sich anschließend als Partner in einer Linkskoalition präsentieren zu können. Lafontaine attackierte die Konsequenzen der Schuldenbremse für die Arbeitnehmer und setzte auf linke Wähler der SPD, nach der Wahl auf die Unterstützung der linken SPD-Mitglieder, und dies nicht ganz ohne Erfolg. Gewerkschaftsmitglieder, die auf sicheren Plätzen der SPD-Landesliste standen, erklärten öffentlich in der „Saarbrücker Zeitung“, über eine Koalition werde erst nach der Wahl entschieden, eine klare Absage an

Die wichtigsten Probleme im Saarland und welche Partei die Probleme am besten löst, Forschungsgruppe Wahlen

Die wichtigsten Probleme		Welche Partei löst die Probleme am besten....		
		CDU	SPD	LINKE
Arbeitsplätze	34%	29%	30%	9%
Verschuldung/Finanzen	32%	30%	25%	7%
Schule/Bildung	17%	26%	33%	6%
Affären/Politikverdruss	9%			
Kosten/Löhne	9%			
Wirtschaft		31%	29%	7%
Soziale Gerechtigkeit		19%	39%	17%
Zukunft		28%	30%	7%

Image der Linken	
„Löst keine Probleme, nennt die Dinge aber beim Namen“	83%
„Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich“	47%
„Ist eine gute Alternative für enttäuschte SPD-Wähler“	45%

Wähler/-innenwanderung 2012, Quelle: www.wahlarchiv.tagesschau.de/wahlen

	CDU	SPD	LINKE	FDP	Grüne	PIRATEN	Andere	Nichtw.
CDU		-7.000	2.000	12.000	0	-4.000	3.000	-12.000
SPD	7.000		7.000	8.000	6.000	-3.000	0	-7.000
LINKE	-2.000	-7.000		3.000	0	-7.000	0	-17.000
FDP	-12.000	-8.000	-3.000		-2.000	-4.000	-2.000	-9.000
Grüne	0	-6.000	0	2.000		-3.000	0	-1.000
PIRATEN	4.000	3.000	7.000	4.000	3.000		3.000	8.000
Andere	-3.000	0	0	2.000	0	-3.000		-6.000
Nichtw.	12.000	7.000	17.000	9.000	1.000	-8.000	6.000	

die Koalitionsverabredung zwischen Heiko Maas und der CDU. Um die Schuldenbremse einhalten zu können verlangte er weitere Einnahmequellen für das Land, die über den Bundesrat durchgesetzt werden sollten. CDU und SPD warfen der Linken vor, sie wolle die Schuldenbremse nicht einhalten und stehe daher nicht auf dem Boden der Verfassung, die CDU lehnte Bundesratsinitiativen ab. Nach der Wahl nahm Maas die Anregungen der Linken auf und wollte sie zum Gegenstand der Koalitionsverhandlungen machen. Die Schuldenbremse war damit ein zentrales Thema der Auseinandersetzung neben dem Thema „große Koalition“.

Die frühzeitige Festlegung auf eine große Koalition dürfte insgesamt gesehen auf die Wähler, auch auf die der Linken, demotivierend gewirkt haben. Zwar lässt sich argumentieren, dass die Ablehnung der großen Koalition auf die linken Anhänger mobilisierend wirkte, andererseits haben wahrscheinlich die ursprünglich aus dem Nichtwählerbereich 2009 Gewonnenen nun die Wahl verloren gegeben und sind zu Hause geblieben. Dann hätte sich niedrigere Wahlbeteiligung gegenüber 1999 und 2009 auch auf die Linke ausgewirkt – 2004 kann als Vergleich wegen der Auseinandersetzung um die Agenda 2010 nicht als Vergleich herangezogen werden.

Die meisten Stimmen, nämlich 17000 verlor die Linke 2012 an den Nichtwählerbereich, aus dem sie 2009 43000 Stimmen gewonnen hatte. An die Piraten, die, solange man nichts Genaues über sie weiß, unter der Rubrik „Protestwähler“ gefasst werden können, gab sie 7000 ab, ebensoviele wie an die SPD, von der sie 2009 26000 erhalten hatte. Lediglich an die NPD gab sie keine der 2009 gewonnenen 5000 Stimmen zurück; diese stecken aber möglicherweise als Protestwähler in den Abwanderern an die Piraten. Die CDU, die 2009 10000 Stimmen an die Linke verlor, gewann 2000 zurück. Nur von der FDP konnte sie zu den 2009 gewonnenen 1000 Abwanderern noch 3000 hinzugewinnen. Über die Motive der aus CDU und FDP gewonnenen Wähler kann nur spekuliert werden; möglicherweise ließen der Mythos und die wirtschaftliche Kompetenz Oskar Lafontaines ihn für diese Wähler attraktiv erscheinen, falls es sich nicht einfach um Arbeiterwähler handelte, die zwischenzeitlich bürgerlich gewählt hatten und nun der linken Programmatik zustimmten. Dies könnte eine genauere Analyse der Daten oder ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeigen.

Sehr große Defizite zeigt die Linke bei den Parteikompetenzen: Gleichgültig, ob man die erreichten Werte auf die gültigen Stimmen (16,1%) oder den Prozentsatz der Wahlberechtigten

(9,7%) bezieht, außer auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit trauen ihr nicht einmal ihre eigenen Wähler die Bewältigung der Probleme zu. Dem entspricht das gesamtgesellschaftliche Image der Partei, wobei positiv anzumerken ist, dass ihr das im Vergleich zu anderen Parteien stärkere Bemühen um sozialen Ausgleich zuerkannt wird, ein Image, das wohl mit der Kompetenz auf dem Gebiet der sozialen Gerechtigkeit korrespondiert. Im Übrigen „nennt sie die Probleme beim Namen, ohne sie lösen zu können“, und „ist eine gute Alternative zur SPD“, wird also negativ, nicht positiv definiert. Es ist damit auch Oskar Lafontaine im Wahlkampf nicht gelungen, die von ihm beanspruchte wirtschaftliche Kompetenz den Wählern zu vermitteln und auf die Partei zu übertragen. Auch Heinz Bierbaum, Professor für Betriebswirtschaft an der Hochschule für Technik und Wirtschaft des Saarlandes, konnte dieses Image-Manko nicht beheben. Allerdings war er im Wahlkampf kaum sichtbar.

Da sich die Linke in den alten Bundesländern vor allem im Streit über die Agenda 2010 definiert, sind die Arbeitslosen ein wichtiger Adressat. Tatsächlich gewann sie mit 26% (infratest/dimap) weit mehr als im Durchschnitt, blieb jedoch anders als 2009 hinter der SPD zurück (Hinweis von Horst Kahrs), die mit 30% zwar über dem Ergebnis der Linken, aber knapp unter dem SPD-Durchschnitt blieb. Hier hat die SPD aufgeholt, die Linke ist nicht mehr die bevorzugte Sachwalterin der Arbeitslosen. Auch bei den Arbeitern liegt sie zwar deutlich über ihrem Durchschnitt (28%), aber unter dem SPD-Ergebnis, die mit 35% die meisten Arbeiter an sich binden kann und über ihrem Durchschnitt liegt. Die Forschungsgruppe Wahlen unterscheidet nicht zwischen Arbeitern und Arbeitslosen, das Ergebnis aber ist das gleiche. Nur knapp unter dem Durchschnitt, aber immer noch erstaunlich hoch ist der Anteil der Selbständigen, die die Linke an sich binden konnte. Dies ist der einzige Bereich nach Berufsgruppen, in dem die Linke nicht verloren, sondern hinzugewonnen hat. Dies ist möglicherweise auf den Zuzug der FDP-Stimmen zurückzuführen (Hinweis von Horst Kahrs). Immerhin böte sich hier eine Chance für die Linke, aus dem reinen Getto einer Arbeiterpartei herauszukommen und für das linke Bildungsbürgertum interessant zu werden. Bei den Angestellten liegt sie nach der Forschungsgruppe knapp unter ihrem Durchschnittsergebnis und hat gegenüber 2009 verloren, schwach ist sie nach wie vor unter den Beamten vertreten.

Entsprechend sind die Hauptschulabgänger überrepräsentiert, während Abiturienten und noch deutlicher

Merkmal Tätigkeit		Merkmal Alter	
Alle	21		
Arbeiter	34	18-24 Jahre	18
Angestellte	18	25-34 Jahre	20
Selbständige	12	35-44 Jahre	21
Rentner	21	45-59 Jahre	26
in Ausbildung	12	über 60 Jahre	18
Arbeitslose	46		

Linke Wähler Saarland Landtagswahl 2009 nach beruflichem Status und Alter

Hochschulabsolventen schwächer vertreten sind. Hier ist die Verteilung bei den SPD-Wählern günstiger, während bei Grünen und Piraten die höheren Abschlüsse überwiegen.

In der Alterspyramide hat sich die Situation der Linken seit 2009 deutlich verschlechtert. Während sich ihre Wählerschaft 2009 nahezu gleichmäßig über alle Altersschichten verteilte bei leichtem Übergewicht der 45- bis 59jährigen, hat sie in allen Altersschichten verloren, deutlich aber bei den Erst- und Jungwählern. Hier dominieren eindeutig die Piraten, die Wählerschaft der Linken erscheint überaltert.

Nach wie vor ist die Linke eher eine Partei der männlichen Wähler, wie auch die Piraten, während CDU, SPD und Grüne eher von Frauen bevorzugt werden.

Nach der Wahl ist vor der Wahl. Nachdem die große Koalition unter CDU-Führung beschlossen ist, hat die Linke nun die Chance, sich als größte Oppositionspartei zu profilieren. Allerdings steht sie auch in Gefahr, weitere Wähler zu verlieren, da die Oppositionsrolle den Harmoniewünschen der Wähler entgegensteht und wenig zur direkten Verbesserung der Situation beitragen kann. Ähnlich ambivalent ist der mögliche Wechsel Oskar Lafontaines in die Bundespolitik. Einerseits spielt dann „enner von uns“ in der ersten Liga mit, andererseits ist er entfernt von der Landespolitik; das Fehlen des Übervaters gibt aber auch anderen Mitgliedern der Fraktion eine größere Chance, sich zu profilieren und so aus Oskar-Wählern vielleicht doch langfristig Wähler der Linken zu machen.

Walter Kappmeier

Aus Gründen der Lesbarkeit habe ich auf den Ausweis von Fußnoten und Zitaten verzichtet. Ich habe mich im Wesentlichen gestützt auf Dr. Benjamin-Immanuel Hoff, Horst Kahrs, Die Ergebnisse der Landtagswahl im Saarland am 30. August 2009 – Wahlbericht und erste Analyse, diess., Die Ergebnisse der Landtagswahl im Saarland am 25. März 2012 – Wahlbericht und erste Analyse; ich danke Horst Kahrs für die Überlassung der Manuskripte und Hinweise.

Walter Kappmeier, Die Linke Saarland, arbeitet mit im Gesprächskreis Parteien und Bewegungen der Rosa Luxemburg-Stiftung

Was bedeutet Inklusion? Zu diesem Thema fand am 3. März in Köln eine gemeinsame Veranstaltung der linken Fraktion in der Landschaftsverband Rheinland, des Kommunalpolitischen Forums NRW und dem Herausgabekreis „thema in nrw“ statt. Es referierten Marita Reinecke, Behindertenbeauftragte der Stadt Köln, Ulrike Detjen, Fraktionsvorsitzende der Fraktion Die Linke im Landschaftsverband Rheinland, und Carolin Butterwege, MdL Die Linke im Landtag NRW. Die Ergebnisse wurden im Heft 3 der Reihe „thema in nrw“ dokumentiert, das Heft kann im Internet unter <http://themainnrw.wordpress.com> nachgelesen werden. André Nowak, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert, Die Linke, hat das Heft für die Politischen Berichte rezensiert.

Umfassende Teilhabe ermöglichen

von André Nowak

Die UN-Behindertenrechtskonvention gibt es seit über fünf Jahren. Seit dem 26. März 2009 ist sie (uneingeschränkt) geltendes Recht in der Bundesrepublik Deutschland. Die Umsetzung dieser ersten Menschenrechtskonvention des 21. Jahrhunderts ist ein langer und schwieriger aber auch spannender Prozess, welcher nicht nur das Leben von Menschen mit Behinderungen verändern wird. Es geht nicht nur um die Interessen von ein paar Behinderten, sondern um Veränderungen zum Nutzen aller.

Veranstaltungen und Publikationen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention außerhalb der Behindertenbewegung gehören noch nicht zum Alltag. Auch nicht bei den Linken. Schon deswegen gilt dem Kommunalpolitischen Forum NRW und der Fraktion Die Linke im Landschaftsverband Rheinland unser Dank. In diesem Sinne stimme ich auch den Gedanken von Michael Heveling zu. Wir brauchen auch innerhalb der Partei den Erfahrungsaustausch in unterschiedlichsten Formen. Dabei fangen wir nicht bei Null an. Der Vorstand der Partei Die Linke beschloss am 17. Oktober 2009: „Die Partei Die Linke fühlt sich den Zielen der UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen verpflichtet. Im Programm der Partei stellt sich dar, dass der ressortübergreifende Ansatz behindertenpolitischer Schwerpunkte auch inhaltlich umgesetzt wird. Der Parteivorstand unterstützt die Leitgedanken der BAG Selbstbestimmte Behindertenpolitik vom September 2009 und macht sie sich für die eigene Arbeit zu eigen. In den Strukturen der Partei Die Linke sind die Leitgedanken zu kommunizieren und in die Praxis umzusetzen. Besonders die neue Sicht auf den Menschen als Individuum, dessen Talente, Fertigkeiten und Fähigkeiten zu fördern sind, entspricht linker Politik. Menschenwürde und gegenseitige Achtung ist für uns unverzichtbar und stellen unseren Anspruch an die Vielfalt der Gesellschaft dar.“

Der Landesverband Hessen hat auf einem Landesparteitag im Jahr 2011 das Thema zu einem eigenen Tagesordnungspunkt gemacht und gemeinsam mit der LAG Selbstbestimmte Behin-

detenpolitik dazu einen Leitantrag eingebracht. Auch die von Dr. Carolin Butterwege aufgeführten Aktivitäten der Landtagsfraktion in NRW sind bemerkenswert.

Das Wort „Inklusion“ hat ähnlich wie in den letzten Jahrzehnten das Wort „nachhaltig“ das Potential, zu einer oft (auch an unpassenden Stellen) genutzten und trotzdem leeren Worthölse zu verkommen. Deswegen ist es wichtig, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, was Inklusion bedeutet.

Marita Reinecke zitiert in ihrem Beitrag die UN-Behindertenrechtskonvention. Es lohnt, immer wieder mal in das Dokument zu schauen. Beachtet werden

sollte dabei, dass es zwei Übersetzungen in die deutsche Sprache gibt: Eine von der Bundesregierung publizierte und eine „Schattenübersetzung“. Diese wurde vom Netzwerk Artikel 3 erstellt, um noch besser den Geist der Konvention zu erfassen. Dazu zwei Beispiele: In der „offiziellen“ Übersetzung wird an Stelle des Wortes „Inklusion“ das Wort „Integration“ und an Stelle von „Barrierefreiheit“ das Wort „Zugänglichkeit“ verwendet. Im Dossier der Bundestagsfraktion Die Linke „UN Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen“ und auch in der parlamentarischen Arbeit des behindertenpolitischen Sprechers der Fraktion, Dr. Ilja Seifert, wird grundsätzlich mit der Schattenübersetzung gearbeitet.

Köln scheint auf dem Gebiet der Behindertenpolitik durchaus zu den vorbildlichen Kommunen zu gehören. Deren Erfahrungen, von der Behindertenbeauftragten Marita Reinecke anschaulich geschildert, motivieren zur Nachahmung. Interessant wäre sicher zu erfahren, welche Probleme auf diesem Weg zu überwinden waren und sind und wie dies gelang.

Widerstände können auch von den Betroffenen selbst kommen. (Aus)Sondereinrichtungen wie Sonderschulen und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen durch eine „Schule

für Alle“ und einen inklusiven Arbeitsmarkt überflüssig zu machen ist ein schwieriger Weg. Wenn „Inklusion zum Nulltarif“ durch Abschaffung von bisherigen Nachteilsausgleichen und Förderungen erfolgen sollen, gehen die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen, aber auch die in diesen Einrichtungen Beschäftigten berechtigt auf die Barrikaden.

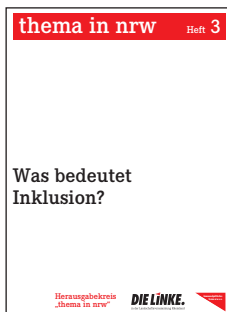
Dass es – auch in Köln – immer wieder Rückschläge gibt, macht Hannelore Weiland u.a. am Beispiel des neuen Schwimmbades deutlich. Trotz UN-Behindertenrechtskonvention und vielen anderen guten Gesetzen und Verordnungen gibt es noch viele Probleme und wir (die Menschen mit Behinderungen) bekommen nichts geschenkt. Jeder Abbau einer Barriere muss erkämpft werden und manchmal fühlt man sich wie in einem Hamsterrad, wenn es um die Vermeidung neuer Barrieren geht. Auch Gesetze und Verordnungen müssen in Folge der Konvention verändert werden. Das betrifft zum Beispiel das Sozialgesetzbuch und das Baurecht. Es geht nicht nur um ein paar Wohnungen für Behinderte, sondern um möglichst umfassende Barrierefreiheit in der gesamten Infrastruktur, in allen Wohnhäusern und Arbeitsstätten.

Interessant für mich sind, u.a. bei Ulrike Detjen, die Querverweise auf Migrantinnen und Migranten. Hier wird deutlich, dass alle Menschen ein Recht auf umfassende Teilhabe haben müssen und dazu verschiedenste Barrieren zu überwinden sind. Widerspruch gibt es zu den Rückblicken von Ulrike Detjen. Natürlich zwingt zur Verfügung stehender Platz in einem Artikel zu Verkürzungen. Der Blick auf die Behindertenpolitik in der DDR zeugt aber von fehlendem Wissen.

Auf eine Publikation mit einer realistischen differenzierten Beschreibung und Bewertung dieses Teils der Geschichte der DDR kann ich allerdings nicht verweisen. Diese muss erst noch geschrieben werden.

Hilfreich ist die beigelegte Übersicht über die Behindertenbeauftragten in NRW. Für die erste Nachauflage wünsche ich mir ergänzend auch Ansprechpartner/innen und Kontaktadressen innerhalb der Partei Die Linke und ihren Fraktionen sowie zu Behindertenorganisationen.

Der Autor (51) ist wiss. Mitarbeiter beim Bundestagsabgeordneten Dr. Ilja Seifert und ehrenamtlich stellv. Vorsitzender des Berliner Behindertenverbandes.



Inhalt

Aktuelle Meldungen

Streit um Betreuungsgeld in der Regierung • Aus Schweizer Sicht • NPD-Verbot

Tarif öffentlicher Dienst: Deutlich bei den Prozenten, kein Sockel

Griechenland: Nach dem Schuldenschnitt, vor der Parlamentswahl

Russland wählt Stabilität und Sicherheit

Kurdistan: Newroz 2012 von schweren Auseinandersetzungen überschattet

Auslandsnachrichten

Ikea-Arbeitnehmer schließen sich zusammen • Generalstreik am 29. März in Spanien • Schweiz: Volksabstimmung zum Mindestlohn • Aldi-Textilien aus Bangladesch – Missachtung von Arbeitsrechten • Mexiko: Sprecher des Minenwiderstands in Oaxaca ermordet • Brasilien: VW scheitert mit Leiharbeit • Neuseeland: Aufschub für Entlassungen im Hafen

Aktionen ... Initiativen

Den europäischen Flüchtlingsschutz neu regeln • PädagogInnen gegen die Abschiebung von Roma in den Kosovo • Stilles Leid. Kinder leiden unter schweren psychosozialen und gesundheitlichen Problemen • Kulturelle Umzingelung in Gorleben • ILO fordert: Menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte • ACTA im Petitionsausschuss, Vorratsdatenspeicherung nicht umsetzen • „Vielen Dank an den NSU“ – Was wusste der „Weisse Wolf“?

NRW-Landtagswahl: Partei Die Linke hat Liste aufgestellt

Interview mit Uli Schippels,

Spitzenkandidat der Linken Schleswig-Holstein

Kommunale Politik

„Veräußerung von Streubesitz“: Freiburg • Bedarf bedienen, Kinderarmut bekämpfen! Bonn • Ratsantrag zur geplanten Jubelveranstaltung Welfenhochzeit: Braunschweig • Als Tiger gestartet und als Bettvorleger gelandet: Hannover • Städtische Wohnungsbauoffensive beschleunigen! München • Ohne Hilfe vom Bund geht es nicht! Bochum • Linke will Obdachlose dezentral unterstützen: Braunschweig • Streik hilft Stadt: Stuttgart • Pro städtischem Betriebsprüfer 1 Mio. Euro Gewerbesteuer zusätzlich! Köln • „Finanzlage hat sich 2011 insgesamt verbessert – gleichwohl weiter angespannte Situation“. Berlin. • Länder verantwortlich, nicht die Sparkassen: Berlin

Vergleich der Maurerausbildung in acht europäischen Ländern

Hapag-Lloyd: Linke stimmt Kauf von Anteilen unter Vorbehalten zu

Wirtschaftspresse

Handelt die SPD uns gegenüber irrational?

Die Linke im Saarland nach der Wahl 2012

Broschüre: Umfassende Teilhabe ermöglichen

Neue Broschüre bei der Rosa Luxemburg Stiftung:

Politische Zielkonflikte bei der Umsetzung der Schuldenbremse auf Bundes- und Länderebene

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung hat im vergangenen Jahr eine Studie zur Problematik der Schuldenbremse in Auftrag gegeben. Der Autor Dieter Vesper fasst seine Untersuchungen folgendermaßen zusammen:

„Die Auseinandersetzung mit der sog. Schuldenbremse hat durch die jüngste Finanzmarktkrise Aktualität gewonnen. Viele sehen die Lösung der Krise darin, dass Europa das Modell der Schuldenbremse übernimmt. Doch wird die Implementierung dieser Bremse gravierende ökonomische wie politische Konsequenzen nach sich ziehen. Nicht die Existenz einer Schuldenbremse ist notwendige Voraussetzung für eine Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern ein Konjunkturaufschwung. Eine Austeritätspolitik höhlt indes die gesamtwirtschaftlichen Grundlagen aus und bewirkt im Zweifel das Gegenteil einer Konsolidierung. Die „Rationalität“ der Schuldenbremse erschließt sich nicht ohne Diskussion der wesentlichen Pro- und Contra-Argumente bezüglich der Staatsverschuldung. In einem zweiten Schritt werden die Funktionsmechanismen der Schuldenbremse skizziert. Die zentrale Schwachstelle des Konzepts ist, dass für die Trennung von „strukturellen“ und „konjunkturellen“ Defiziten kein robustes Berechnungsverfahren existiert, damit aber politisches Handeln auf eine höchst wackelige Grundlage gestellt wird.

In einem weiteren Schritt werden die finanziellen Perspektiven der öffentlichen Haushalte in Deutschland aufgezeigt. Deutlich wird, dass der geforderte Defizitabbau nur gelingt, wenn die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen günstig sind und eine äußerst zurückhaltende Ausgabenpolitik verfolgt wird. Die Lage der finanzschwachen Länder ist indes ausweglos. Die Ausgabekürzungen werden die Infrastrukturlücke vergrößern. Betroffen von Kürzungen werden vor allem die Ausgaben für Bildung sein. Dies birgt nicht nur Gefahren für die zukünftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Bereits in der Vergangenheit ist Deutschland bei der Qualifizierung des Humankapitals im internationalen Vergleich zurückgefallen. Weitere Einbußen wären verhängnisvoll. Auch für die Integrationsbemühungen in der Gesellschaft

würden weitere Barrieren aufgebaut: Der Zugang zum Bildungssystem ist Voraussetzung für die Integration in die Gesellschaft und für die Erzielung eines hinreichenden Erwerbseinkommens.“

Vesper untersucht die Probleme, die mit der Schuldenbremse verbunden sind, beispielhaft an den Ländern Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Saarland und Schleswig-Holstein. In den Projektionen der möglichen Entwicklung berücksichtigt er bei der Abschätzung der weiteren Entwicklung eine optimistische und eine pessimistische Variante (real 1,5 Prozent bzw. 0,5 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts) und vergleicht dies mit der Entwicklung der letzten 10 Jahre (etwa 1,15 Prozent). Er geht weiter davon aus, dass sich die Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen nicht weiter verschlechtert (wie das im Jahrzehnt zuvor der Fall war), dass aber die Lohnentwicklung im öffentlichen Dienst erneut hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurückbleibt. Vorausgesetzt wird weiter, dass die Beschäftigtenzahl im öffentlichen Dienst weiter rückläufig ist (um 1 Prozent pro Jahr), wie das in den meisten Ländern auch angestrebt wird. Vesper zeigt damit, dass in der gegenwärtigen Finanzverfassung, die eben durch die Schuldenbremse geprägt ist, letztlich Kürzungspolitik angelegt ist. Damit sind die Konfliktfelder der nächsten Jahre deutlich bestimmt. Von oben wird die Umverteilungsfrage gestellt. Die konstatierte Ausweglosigkeit der Lage der finanzschwachen Länder bedeutet Abbau öffentlicher Leistungen. Nach den langen Erfahrungen führt dies wiederum zu einer Abwärtsspirale auch in den finanzstarken Ländern. Die Szenarien gehen realistisch davon aus, dass der öffentliche Dienst eben nicht entwickelt wird. Weder im Umfang noch in der Bezahlung. Für die weitere Diskussion werden damit wichtige Richtungen markiert. Die Gewalt, die heute gegen das griechische Volk ausgeübt wird, soll subtiler auch hier angewandt werden. Die Schuldenbremse ist ein zentrales Instrument dabei.

Die Veröffentlichung ist im Internet als PDF-Datei erhältlich im Bereich Publikationen von <http://www.rosalux.de>

Die nächste Ausgabe der Politischen Berichte erscheint am 3. Mai 2012.

Redaktionsschluss: Freitag, 27. April.

Artikelvorschläge und Absprachen über pb@gnn-verlage.de.

Die nächsten Erscheinungstermine:

jeweils donnerstags: 31. Mai, 28. Juni, 26. Juli, 6. September, 5. Oktober, 2. Nov., 30. Nov., 9. Jan. 2013